

# Deutschtum im Ausland

Zeitschrift des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart

Jahrgang 22

Juni 1939

Heft 6

## Neue Beiträge zur Kunde des volksdeutschen Zeitschriften- und Zeitungswesens

Als neue Beiträge zur Kunde des volksdeutschen Zeitschriften- und Zeitungswesens läßt sich am besten der Hauptinhalt des vorliegenden Heftes kennzeichnen. Wir knüpfen damit an das Presse-Sonderheft unserer Zeitschrift vom Juni 1938 und an die Ergebnisse an, die auf den beiden bisherigen Tagungen der „Arbeitsgemeinschaft deutscher Zeitungen und Zeitschriften“ erarbeitet wurden. Deswegen erscheint dieses Heft wiederum zur Jahrestagung des Deutschen Ausland-Instituts und zu dem in ihrem Rahmen stattfindenden dritten Treffen der Arbeitsgemeinschaft in Stuttgart.

Die Aufsätze zur Zeitschriftenkunde beziehen sich auf den Raum des baltischen Deutschtums, des heutigen Polen, des Rumäniendeutschtums und der Vereinigten Staaten von Amerika. Daran schließen sich Beiträge über die deutschsprachige Presse in der Sowjetunion sowie zwei von meinen engsten Mitarbeitern im DAI bearbeitete Übersichten über die deutsche Presse im übrigen europäischen Ausland und in Übersee, welche die Ergänzungen und Veränderungen gegenüber dem Stand vom Juni 1938 aufzeigen.

Die Beiträge, insbesondere die zur Zeitschriftenkunde, lassen erkennen, in welchem Maße die Geschichte der Publizistik einen ganz wesentlichen Teil der Geschichte des ausen-deutschen Geisteslebens, seiner Impulse und Triebkräfte bildet (J. von Behn), zugleich aber auch die biologische und geistige Lage eines Volkes oder einer seiner Gruppen widerspiegelt (K. K. Klein). Außerdem lassen die Beiträge unserer volksdeutschen Mitarbeiter teilweise deutlich werden, daß die im Reich in organisatorischer und fachwissenschaftlicher Hinsicht heute gebräuchliche Scheidung von Zeitung und Zeitschrift nicht ohne weiteres auf das Pressewesen des Deutschtums im Ausland angewendet werden kann.

Das Heft will die während der letzten Jahre sehr wesentlich vertiefte Zusammenarbeit des Deutschen Ausland-Instituts zur gesamtdeutschen Presse zum Ausdruck bringen; es dient zugleich der Zeitungs- und Zeitschriftenpraxis, der volksdeutschen Arbeit und der Zeitungs-wissenschaft, und damit, im schönsten Sinne des Wortes: der Wissenschaft und dem Leben.

Hermann Rüdiger

## Vom baltendeutschen Zeitschriftenwesen

Vor genau einem Jahr ist im Rahmen eines Vortrages über die volksdeutsche Presse auch vom baltendeutschen Zeitungs- und Zeitschriftenwesen die Rede gewesen. Es soll im folgenden versucht werden, ein umfassenderes Bild, als das in dem erwähnten Artikel möglich war, von der baltendeutschen periodischen Presse, insbesondere den Zeitschriften in ihrem Wandel im Laufe der Jahrhunderte, zu geben. Dabei soll gleichzeitig ein Querschnitt durch das baltendeutsche geistige Leben gezogen und seine wesentlichsten Impulse und Triebkräfte aufgezeigt werden.

In Deutschland entstehen die ersten Zeitungen zu Beginn des 17. Jahrhunderts. Es sind meist reine Nachrichtenblätter ohne eigentliche redaktionelle Leitung. Zeitungsscharakter tragen sie eigentlich nur durch ihren Anspruch auf Publizität und ihr regelmäßiges Erscheinen. In Nordeuropa erscheinen 1640 in Königsberg und 1645 in Stockholm die ersten Zeitungen.

Nachdem Riga zuerst namentlich von Königsberg aus mit Zeitungsblättern versorgt worden war, erfolgte 1684 die Begründung der „*Rigischen Novellen*“, denen erst die russische Belagerung von 1710 ein Ende bereitet. Um dieselbe Zeit entstehen die „*Revalische Postzeitung*“ (1689) und die „*Narwische Postzeitung*“.

Mit dem Beginn der russischen Herrschaft über Livland und Estland stellen alle erwähnten Blätter ihr Erscheinen ein. Das Land liegt schwer darnieder, Krieg und Pest haben grauenhaft aufgeräumt. Erst allmählich beginnt sich langsam wieder geistiges Leben zu regen. Die Verbindung mit dem Mutterlande ist damals außerordentlich eng. Der Einwandererstrom aus dem Reich ins Baltikum schwillt mächtig an. Es ist die Zeit, wo Herder in Riga, Hamann in Mitau wirkt und der Ostpreuße Hartknoch in Riga sein Verlagshaus begründet, in dem später die Werke Kants und Herbers erscheinen sollten.

Jetzt setzt auch eine neue Periode des Zeitungs- und Zeitschriftenwesens ein. 1761 werden die „*Rigischen Anzeigen*“, ein reines Intelligenzblatt im Sinne der Zeit, begründet. Vorübergehend führen sie noch eine besondere Beilage, „*Gelehrte Beiträge*“, als deren Mitarbeiter Herder und der Dorpater Gelehrte Gadebusch hervorragen. 1778 tritt ein weiteres Blatt, die „*Rigische politische Zeitung*“ (seit 1797 „*Rigische Zeitung*“), hinzu, die bis in den Weltkrieg bestanden hat.

Auch in den kleinen Städten entstehen jetzt eine Reihe von Zeitungen: in Mitau 1766 die „*Mitauischen Nachrichten*“, deren Gründer wahrscheinlich Johann Georg Hamann gewesen ist, in Dorpat 1788 die „*Dörpische Zeitung*“. In Reval kommt seit 1772 das Intelligenzblatt, die „*Revalischen wöchentlichen Nachrichten*“ heraus.

Einen Wandel im Zeitungs- und Zeitschriftenwesen rufen die Französische Revolution und vor allem die Napoleonischen Kriege hervor. Es ist bekannt, daß der aus Livland gebürtige Publizist Garlieb Merkel, als er das Erscheinen des Berliner Kampfblattes gegen die Unterdrückung des Korfen, den „*Freimütigen*“, einstellen mußte, in Riga mit der Herausgabe von „*Supplementblättern zum Freimütigen*“ begann. Nach der Schlacht bei Friedland hörte auch dieses Blatt auf zu erscheinen. Doch bereits im Juli 1807 begann Merkel mit der Herausgabe einer neuen Zeitung, dem „*Zuschauer*“, der die gleiche Tendenz wie der „*Freimütige*“ hatte. — Mit diesen Blättern wurde im Baltikum zum erstenmal das politische Moment im Sinne der Beeinflussung der öffentlichen

Meinung in die periodische Presse hineingetragen und somit eigentlich erst das moderne Zeitungsweisen begründet.

Um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert entstehen unter dem Einfluß der Aufklärung auch die ersten Zeitschriften im Baltikum. Genannt seien A. W. Hupels „Nordische Miscellaneen“ (1781—1791) und ihre Fortsetzung „Neue nordische Miscellaneen“ (1792—1795). Ihre Beiträge über Altertumsfunde, Geschichte, Genealogie, Literaturgeschichte und Geographie stellen ein sehr wertvolles Material dar, und jeder, der sich mit dieser Zeit beschäftigt, wird immer wieder zu Hupels „Miscellaneen“ greifen müssen. — Ferner die „Livländische Lesebibliothek, eine Quartalschrift zur Verbreitung gemeinnütziger, vorzüglich einheimischer Kenntnisse in unserm Vaterlande“, herausgegeben von Fr. David Lenz, Oberpastor in Dorpat.

Eine Reihe belletristischer Zeitschriften aus dieser Zeit erlangt keine größere Bedeutung und kann übergangen werden. Wichtig dagegen sind die „Rigaschen Stadtblätter“, die an sich eine Rigasche Stadtchronik mit eingestreuten wirtschaftlichen und vor allem historischen Aufträgen darstellten, gleichzeitig aber auch in ihrer langen Erscheinungszeit (bis 1907) immer wieder nationalpolitische Belange vertraten.

Der bedeutende livländische Generalsuperintendent Sonntag schuf 1823 im „Dfsee Provinzialblatt“ wieder ein allgemein baltisches Organ, das eine Übersicht der Tagesereignisse liefern sollte. Mit dem Tode Sonntags ging die Schriftleitung in die Hände Carl Lieb Merkels über, der den Titel in „Provinzialblatt für Liv-, Est- und Kurland“ änderte. Das war keine glückliche Lösung. Merkel, von dem richtig bemerkt worden ist, daß er stets Außenseiter im baltischen Leben blieb, machte das „Provinzialblatt“ zum Sprachrohr platten Aufklärungsgeistes; für das Land und seine Vergangenheit ging ihm jedes Verständnis ab. Dem wiedererwachten historischen Sinn stand er völlig fremd gegenüber. So kam es, daß einem Zeitgenossen der Geist, der aus den Spalten des „Provinzialblattes“ sprach, als ein am hellen Tage umgehendes Gespenst erschien.

Im bewußten Gegensatz zu dieser Zeitschrift begründete der Dorpater Professor Friedrich Georg von Bunge 1836 in Dorpat „Das Inland. Eine Wochenschrift für Liv-, Est- und Kurlands Geschichte, Geographie, Statistik und Literatur“. Schon vorher hatte Bunge, der es für sich in Anspruch nehmen kann, an der Wiege der baltendeutschen Geschichtsforschung und Rechtswissenschaft in gleicher Weise gestanden zu haben, rege an den „Dorpater Jahrbüchern für Literatur, Statistik und Kunst besonders Rußlands“ (1833 bis 1836) mitgearbeitet; ja er war zuletzt ihr eigentlicher Redakteur gewesen.

Das „Inland“ sollte nach dem Wunsch seines Gründers ein Organ des lebhaft erwachten Sinnes für die heimatlichen Interessen sein. Bunge formulierte die Aufgabe der neuen Zeitschrift dahin: „Nur wer seine Heimat wahrhaft liebt, kann . . . ein guter und nützlicher Bürger sein, aber damit diese Gesinnung nicht bloß Instinkt und Gewohnheit sei, sondern sich zum klaren Bewußtsein, zur festen Überzeugung gestalte, muß man seinen heimatlichen Boden in allen seinen Beziehungen in der Vergangenheit wie in der Gegenwart genau kennen.“

Diesem Zweck hat das „Inland“ namentlich unter der Redaktion Bunges gedient, wenn auch die Erörterung wichtiger Tagesfragen gegenüber den historischen und rechtsgeschichtlichen Beiträgen zurücktrat. Nach Bunges Fortgang aus Dorpat — er mußte es im Zusammenhang mit der „Affäre Almann“ ver-

lassen — sank die Bedeutung der Zeitschrift. Zu Beginn der 1850er Jahre nahm sie einen neuen Aufschwung. Damals gehörten Männer wie Viktor Hehn, Karl Schirren und andere zu ihren Mitarbeitern. Allmählich aber entfremdete sich das „Inland“ dem Bedürfnis der Zeit völlig. Als in Riga die „Baltische Monatschrift“ zu erscheinen begann, war damit das Todesurteil über das „Inland“ gesprochen. Noch einige Jahre setzte es mühsam seinen Weg fort. Das Jahr 1863 brachte sein Ende.

Gleichfalls aufs stärkste mit dem Namen Bunge verbunden ist die Begründung des „Archivs für die Geschichte Liv-, Est- und Kurlands“, das 1842 sein Erscheinen aufnahm und eine wichtige Publikationsstelle historischer Arbeiten wurde. Seit Ende der 1840er Jahre diente es der Estländischen literarischen Gesellschaft als Organ.

In Verbindung mit der Theologischen Fakultät begann bald (1838) nach dem Erscheinen des „Inlandes“ Karl Christian Ulmann, der spätere Bischof, „Mitteilungen und Nachrichten für die evangelische Geistlichkeit“ (sie bestanden bis 1915) herauszugeben. Bis 1852 hat Ulmann diese Zeitschrift, deren Bedeutung über das rein kirchlich-religiöse Gebiet hinauswuchs, zuerst in Dorpat und dann in Riga redigiert. Später übernahm E. A. Bergholz, Oberpastor zu St. Jakob zu Riga, die Schriftleitung.

Auch zum lettisch-nationalen Problem sind in den „Mitteilungen und Nachrichten“ mehrfach Stimmen laut geworden. Das war nur natürlich, fühlten sich doch die Pastoren damals ganz besonders für das lettische und estnische Volk verantwortlich, das, wie sie wähten, ihrer Obhut anvertraut sei. Durch Jahrhunderte hatten sie sich ja um die Pflege dieser Volkstümer bemüht, ihr geistiges und kulturelles Leben gestaltet und geformt, ihr Schrifttum begründet. Auch die ersten lettischen Zeitungen wurden von Deutschen herausgegeben, so die 1822 begründeten „Latviešu avīzes“ (Lettische Zeitung). 1824 schlossen sich die Pastoren des lettischen Sprachgebiets zur „Lettisch-literarischen Gesellschaft“ zusammen, deren Aufgabe die Pflege der lettischen Sprache und Literatur bildete. Als ihr Organ erschien das „Magazin“, das im Laufe der Jahrzehnte eine große Zahl von Beiträgen brachte, die grammatikalische, lexikalische, orthographische und andere Probleme der lettischen Sprache behandelte; daneben standen Aufsätze, die die lettische Volkskunde, Geschichte u. a. betrafen.

Erwähnt werden müssen in diesem Zusammenhang ferner die zahlreichen anderen Organe der baltischen wissenschaftlichen Gesellschaften. Die Aufgeschlossenheit und das Interesse für die Heimat hatte zur Gründung zahlreicher Vereine geführt. Der 1815 in Mitau begründeten Gesellschaft für Literatur und Kunst folgten in den meisten größeren Orten des Landes ähnliche Gründungen. Einige seien genannt: die Gelehrte estnische Gesellschaft in Dorpat, die sich eine ähnliche Aufgabe wie die Lettisch-literarische Gesellschaft für die Esten stellte; sie gab außer „Sitzungsberichten“ noch besondere „Verhandlungen“ heraus; heute ist sie ein ganz estnischer Verein geworden; — die gegenwärtig noch bestehende Estländische literarische Gesellschaft, als deren Organ die „Beiträge zur Kunde Estlands“ in Reval erscheinen; — vor allem aber die 1834 begründete Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde in Riga, die bald der Mittelpunkt der geschichtlichen und vorgeschichtlichen Arbeit des Baltikums wurde. Von ihr wurden die jedem baltischen Historiker unentbehrlichen „Mitteilungen aus der livländischen Geschichte“ herausgegeben, die in der Gegenwart ihren Titel in „Mitteilungen aus der baltischen Geschichte“ ändern mußten. Anfangs nur kleine Beiträge enthaltend, gewann die Zeitschrift bald eine solche Bedeu-

tung, daß die Gesellschaft sich entschloß, noch besondere „Sitzungsberichte“ herauszugeben. Damit wurde es möglich, in den „Mitteilungen“ nunmehr auch größere historische Abhandlungen zu bringen. Da diese nicht in regelmäßigen Abständen erschienen, können sie eigentlich nicht mehr als Zeitschrift angesprochen werden, sondern sind als Schriftenreihe anzusehen.

Neben diesen Organen des baltischen geisteswissenschaftlichen Lebens stehen natürlich eine Reihe von Zeitschriften, die den Naturwissenschaften und den ihnen verwandten Disziplinen dienen, so das gegenwärtig noch erscheinende „Korrespondenzblatt“ des Rigaer Naturforschervereins und seine „Arbeiten“. Ein näheres Eingehen auf diese ist im Rahmen dieses kurzen Beitrages nicht möglich und liegt außerhalb der Zuständigkeit eines Historikers. Es sei nur daran erinnert, ein wie starkes Interesse gerade die Naturforschung im Baltikum zu allen Zeiten gefunden hat und eine wie große Zahl bedeutender Naturforscher aus dem baltischen Deutschland hervorgegangen ist. Diese Forschungsarbeit hat selbstredend in zahlreichen Arbeiten ihren Niederschlag gefunden.

Ein völliger Wandel trat im baltendeutschen Zeitungs- und Zeitschriftenwesen mit den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts ein. Die baltische politische Presse entstand. Ihre Entstehung ist aufs engste verbunden mit den Namen Georg Bertholz, Th. Boettcher, Viktor Hehn, Julius Ehardt. Der geistige Untergrund war das Einströmen und die Ausbreitung liberaler Ideen im baltischen Deutschland. Man erkannte die Notwendigkeit, Reformen im Sinne des Liberalismus durchzuführen. In den Dienst dieses Strebens trat die baltisch-deutsche Presse. Vor allem war es ein neues Organ, das 1859 zu erscheinen begann und der Vorkämpfer dieser neuen Richtung wurde: Die „Baltische Monatschrift“. Georg Bertholz selbst hat einmal erklärt, die „baltisch-liberale Idee“ ist es gewesen, die an der Wiege der Monatschrift gestanden hat. Bereits der Name „Baltische Monatschrift“ konnte als liberales Programm gelten, denn der Gedanke der Zusammenfassung der drei Provinzen enthielt bereits das Moment der Umgestaltung notwendig in sich, dadurch aber mußte sich der stark entwickelte Provinzialkonservatismus bedroht fühlen. Die „Preussischen Jahrbücher“ stellten das Vorbild dar, an das man sich auch in der äußeren Aufmachung bewußt anlehnte.

Nachdem die neue Zeitschrift zunächst eine gewisse Reserve gewahrt hatte, trat einer ihrer Herausgeber, Boettcher, im 3. Jahr ihres Erscheinens mit einem umfangreichen Aufsatz hervor, der auf Jahre hinaus die politische Stellung der „Baltischen Monatschrift“ entschied. Unter unscheinbarem Titel rollte er das Problem des bestehenden politischen Zustandes im Lande auf und unterwarf die bestehende politische Ordnung einer scharfen und gründlichen Kritik. Es war eine alarmierende Tat, denn noch nie waren die überlieferten politischen Formen öffentlich angegriffen worden. Allen war nun klar, wes Geistes Kind die „Baltische Monatschrift“ war.

Mit dem Jahr 1862 trat Georg Bertholz in die Schriftleitung ein. Er war eine „großangelegte Natur“ (Wittram) von universalistischen Interessen, in seinem Denken entscheidend durch die Hegelsche Philosophie geprägt. Mit großen journalistischen Fähigkeiten begabt, wurde er der bedeutendste Redakteur, den die Zeitschrift überhaupt gehabt hat. Er führte ihre Blütezeit herauf und hob sie über eine rein provinzielle Bedeutung hinaus. In allen aktuellen Fragen der Provinzialpolitik nahm Bertholz meist selbst in der Zeitschrift das Wort und übte auf ihre Lösung eine Wirkung aus. In diesen Jahren wurde auch die Mitarbeit Viktor Hehns sehr reger. Politischer Radikalismus und

eine erbitterte Russenfeindschaft kennzeichnen sie. — Die Wirkung der Zeitschrift war außerordentlich stark. Die baltische Gesellschaft wurde an eine größere Öffentlichkeit des politischen Lebens gewöhnt; vor allem aber trug die „Baltische Monatschrift“ dazu bei, im gebildeten Bürgertum, das bisher am politischen Geschehen keinen Anteil gehabt hatte, ein neues Selbstbewußtsein zu wecken.

Ungültige Zensurverhältnisse, der ansteigende russische Druck und schließlich die Konkurrenz zweier neuer in Dorpat erscheinenden Zeitschriften, der von A. Bulmerincq herausgegebenen „Wochenschrift für Landwirtschaft, Gewerbetleiß und Handel“ (begr. 1863) und der „Dorpater Zeitschrift für Rechtswissenschaft“ (begr. 1868), veranlaßten Berthold die Redaktion 1869 aufzugeben. Die Vertreter des baltischen Litteratentums mußten allmählich erkennen, daß infolge der russischen Bedrohung des Landes das innere Reformprogramm zurückzutreten hatte.

Die „Baltische Monatschrift“ hörte für eine Zeitlang auf, Ausdruck eines gestaltenden Willens zu sein (Wittram). Ihre Farbe war blaß. Im Laufe der nächsten 10 Jahre ging sie von einer Hand in die andere. 1879 wurde sie nach Reval verlegt. Friedrich Bienemann, mehr Gelehrter als Journalist, übernahm die Redaktion. Ihm gelang es, die Zeitschrift zu neuer Blüte zu führen. Er gab der Zeitschrift eine entschieden konservative Richtung. Entsprechend dieser Wendung nahmen historische Beiträge ein starkes Übergewicht ein, doch die Zeitschrift behielt trotzdem einen lebendigen Zug. Diese Umstellung entsprach durchaus dem Wandel in der baltischen Geisteshaltung, im Zusammenhang mit der ständig fortschreitenden Russifizierungspolitik der Regierung. Damals glich sich im baltischen Deutschtum geschichtliches und konservatives Denken so weit an, daß es fast „synonyme Begriffe“ (Wittram) wurden. Fast 10 Jahre hatte Bienemann die Schriftleitung inne. Mit seinem Weggang nach Freiburg sank ihre Bedeutung merklich. Noch einmal gelang es dann Arnold Tiedeböhl die Zeitschrift hochzureißen. — 1914 ging die „Baltische Monatschrift“ in die „Deutsche Monatschrift für Rußland“ auf, die Alexander Eggers leitete. Der Ausbruch des Weltkrieges führte 1915 das Ende dieser Zeitschrift herbei.

Das Erscheinen der „Baltischen Monatschrift“ stellte gleichzeitig auch für die baltische Tagespresse den Anbruch eines neuen Zeitalters dar. 1860 wurde die „Revalsche Zeitung“ begründet, auch sie ausgesprochen getragen vom liberalen Zeitgeist; doch blieb das Blatt, dessen Leitung bald ganz in die Hand des journalistisch sehr fähigen Greiffenhagen überging, nur kurze Zeit ein kompromißlos selbständiges Organ, vielmehr bahnte sich bald eine fruchtbare Zusammenarbeit mit der ritterchaftlichen Landesvertretung an. 1861 wurde ferner die alte, bisher völlig unpolitische „Rigasche Zeitung“ mit Übernahme der Redaktion durch John Baerens und Julius Ehardt umgestaltet. Sie erhielt jetzt gleichfalls ihr politisches Gesicht entsprechend der Zeit und der Einstellung der Redakteure. Wohl wollten Ehardt und Baerens den historischen Rechtsboden nicht verlassen und einen Bruch mit der Vergangenheit vermeiden; so fehlte der konservative Zug nicht, aber der liberale herrschte vor. Bald kam es zu einer harten Auseinandersetzung mit dem streng konservativen „Dorpater Tageblatt“, das als Gegengewicht zur „Rigaschen Zeitung“ begründet worden war und von Karl Schirren, dem Verfasser der berühmten „Livländischen Antwort“ redigiert wurde. 1864 mußte Schirrens Blatt aber bereits sein Erscheinen einstellen.

Ein besonderes Verdienst erwarb sich die „Rigasche Zeitung“ durch die Ver-

breitung der Kenntnis über innerrussische Verhältnisse im baltischen Deutschland. — Den gleichen Zweck verfolgten die von Viktor Behn geschriebenen Petersburger Korrespondenzen der „Baltischen Monatschrift“. — Als 1864 der Angriff der russischen Presse auf die Provinzen begann, nahm die „Rigasche Zeitung“ sofort den Kampf auf. Gegen die russische Forderung der nationalen und staatlichen Gleichartigkeit betonte die baltische Presse immer wieder die deutsche Art und die Sonderstellung der Provinzen.

Diese Auseinandersetzung war sehr ungleich. Während die russische Presse in ihren Äußerungen frei war, mußten die baltischen Zeitungen unter ständig wachsenden Szensurschwierigkeiten leiden. 1867 war Eckardt des Kampfes müde und verließ die Heimat. Zwei Jahre später schied auch Baerens aus. Ihr Nachfolger wurde Leopold P e z o l d , ein überaus fähiger Journalist, der mit Energie den Kleinkrieg gegen die angreifende russische Presse fortsetzte.

Dazu trat jetzt noch ein weiteres Moment, das die ganze Aufmerksamkeit der deutschen Schriftleiter forderte: die Abwehr lettischer und estnischer Angriffe. 1864 begann in Dorpat der „Eesti Postimees“ (Estnischer Postbote) zu erscheinen. 1869 schuf sich das nationalistische Lettentum in Riga im „Baltijas Vestnesis“ (Baltischer Bote) ein Organ; andere Blätter kamen bald hinzu, 1877 die erste lettische Tageszeitung.

Die Auseinandersetzung mit dem nationalen Lettentum nahm seit der Mitte der 1870er Jahre einen immer breiteren Raum ein. Im wesentlichen war die Stellungnahme der baltischen Presse einheitlich. Erkannt wurde von den baltischen Publizisten das nationale Prinzip in seiner Tiefe und in seinem Ausmaß nicht. Wittram hat ihre Haltung, wie folgt, gekennzeichnet: „Die deutsch-baltischen Journalisten waren beherrscht von einem ungemein starken Kulturbewußtsein, in dem ihr Volksgefühl gewissermaßen unererschlossen enthalten war.“ Infolgedessen verstanden sie das lettische Streben nicht. „Sie sahen das andere Ufer nicht, von dem aus die lettischen Volksführer sprachen, weil sie ihr eigenes Volk vornehmlich im ungeheuren Vorrang seiner geistigen Bildung, nicht im unendlichen Quellgrund des Volkhaften erlebten.“

Die Grundhaltung der baltischen politischen Publizistik blieb auch jetzt die gleiche wie zur Zeit ihrer Entstehung. Im Kern ihrer Gesinnung folgte sie „dem großen Zuge binnendeutschen geistigen Lebens“ (Wittram). Das gilt namentlich für die „Rigasche Zeitung“ unter Pezold'scher Redaktion. Neben ihr war 1867 ein zweites großes Blatt in Riga entstanden, die „Zeitung für Stadt und Land“, die G. Neuschel leitete; zunächst erschien die „Zeitung für Stadt und Land“ zweimal wöchentlich, seit 1868 wurde sie Tageszeitung. Später wurde der Namen in „R i g a s c h e R u n d s c h a u“ geändert. Die „Zeitung für Stadt und Land“ wurde das Organ der jung-liberalen Opposition, während die „Rigasche Zeitung“ allmählich zu einer konservativen Haltung überging. Unter dem Druck der russischen Zensurbehörden mußte letztere am 1. 4. 1889 ihr Erscheinen einstellen. — 1876 trat noch ein weiteres Blatt hinzu: die „Neue Zeitung für Stadt und Land“, die 1882 den Namen „R i g a e r T a g e b l a t t“ annahm. Sie war vor allem Sprachrohr städtischer Kreise. — Die seit 1888 erscheinende „D ü n a z e i t u n g“ kann ihrer Tendenz nach zunächst nicht als deutsche Zeitung angesprochen werden, denn sie stand im Dienste russischer Auftraggeber und damit der Russifizierung. In schamlofer Weise zog sie gegen alles Deutsche zu Felde. 1891 gelang es, diese Zeitung käuflich zu erwerben und in den Dienst der deutschen Sache zu stellen; sie verfolgte nunmehr die Richtung der eingegangenen „Rigaschen Zeitung“.

Der Unterschied in der Ausrichtung der baltendeutschen Blätter hing jetzt wesentlich von der Einstellung zu den russischen Wünschen ab. So war in Estland der 1880 begründete „Revaler Beobachter“ für größere Nachgiebigkeit, während die „Revalsche Zeitung“ soweit es möglich war, mit Schärfe den Kampf gegen die Russifizierung führte.

Die nach der Revolution von 1905/06 einsetzende freiere Richtung in der russischen Innenpolitik, brachte auch der baltischen Presse manche Erleichterung. An die Stelle der selbstverständlichen Vertretung der Landespolitik trat jetzt vor allem der Kampf um die wirtschaftliche und kulturelle Entfaltungsmöglichkeit für das baltische Deutschtum. — Die Ansätze zu politisch-weltanschaulichen Parteigruppierungen führten zu einer Reihe neuer Zeitungsgründungen: 1906 die „Baltische Post“, 1907 die ausgesprochen freisinnigen „Rigaschen Neuesten Nachrichten“. An die Stelle der „Dünazeitung“, die 1909 einging, trat bereits 1907 wieder die alte „Rigasche Zeitung“. Für Kurland gewann die gegenwärtig noch erscheinende „Libausche Zeitung“ (begr. 1824) an Bedeutung und Einfluß.

Der Weltkrieg zwang allmählich eine baltendeutsche Zeitung nach der anderen zum Einstellen ihres Erscheinens. Im Herbst 1915 wurde als letztes Blatt Rigas die „Rigasche Zeitung“ verboten. Andere Blätter versuchten in russischer Sprache den Dienst an den Interessen des Deutschtums fortzusetzen. Nach der Besetzung des Landes durch die deutschen Truppen im Weltkrieg nahm eine Reihe von Zeitungen wieder das Erscheinen auf, doch nur für kurze Zeit. Die Bolschewienherrschaft vernichtete selbstverständlich das deutsche Zeitungs- und Zeitschriftenwesen. Von der deutschen Sektion des zentralen Volkskongresses der lettischen Räteregierung wurde in dieser Zeit die „Rote Fahne“ herausgegeben, die geeignet ist, uns ein lebendiges Bild von dem bolschewistischen Greuel in jenem Winter 1919 zu geben.

Nach der Befreiung des Landes vom roten Terror wurde die „Rigasche Rundschau“ die wichtigste deutsche Zeitung für das Gebiet des lettländischen Staates. Ihr Hauptschriftleiter war bis zum geistigen Umbruch unserer Zeit der Leader der deutschen Parlamentsfraktion Paul Schiemann. Entsprechend seiner Haltung redigierte er das Blatt in parlamentarisch-demokratischem Geist vom Standpunkt des Minderheitenpolitikers aus, womit er aber dem Charakter und der Art des baltischen Deutschtums und seiner Stellung in diesem Raum in Vergangenheit und Gegenwart in keiner Weise gerecht zu werden vermochte. Verhängnisvoll wurde ferner die von der „Rigaschen Rundschau“ damals verfochtene liberale Kunst- und Kulturpolitik, die in hohem Maße eine zersetzende Wirkung ausübte. — Einer ähnlichen Richtung wie die „Rundschau“ folgte in Estland der „Revaler Bote“ (später „Revalsche Zeitung“), doch war seine Haltung in vielem konservativer. — Die „Dorpater Zeitung“ (heute „Deutsche Zeitung“) suchte an die Tradition des „Dorpater Tageblatts“ Karl Schirrens anzuknüpfen und unterlag von allen deutschen Zeitungen wohl am wenigsten dem herrschenden Zeitgeist.

Das Ergebnis der Zeit von 1919—1933 läßt sich für das baltische Deutschtum dahin zusammenfassen: alte Bindungen wurden gelockert oder zerstört, das baltische Volksgefüge zerfiel. Konservative Kreise suchten zwar sich dagegen aufzulehnen, aber ohne nennenswerten Erfolg. Aus dem Willen, die Wirkung der „Rigaschen Rundschau“ auszugleichen, begann seit 1927 die „Baltische Monatschrift“ in Riga unter der Schriftleitung von R. Wittram (seit 1928) wieder zu erscheinen (seit 1932 führt sie den Namen: „Baltische Monatshefte“). Sie hat mit Erfolg versucht, dem baltischen Deutschtum in Lettland

und Estland seine schicksalhafte Zusammengehörigkeit wieder zum Bewußtsein zu bringen, welches Gefühl durch den Geist der Minderheitendoktrin schwer bedroht war. Schließlich war es die „Baltische Monatschrift“ vor allem, die immer wieder die Volksgruppe auf die große Aufgabe in gesamtdeutscher Schau hinwies.

In Reval gab R. Baron Engelhardt in den Jahren 1924—1933 als Beilage zum „Revaler Boten“ eine Halbmonatschrift „Aus deutscher Geistesarbeit“ heraus, die ausschließlich kulturellen Bestrebungen diente.

Geeignete Kräfte gegen die Auflösung der baltendeutschen Volkskräfte wecken konnte erst, wie überall im deutschen Siedlungsraum, der Nationalsozialismus. Der Durchsetzung der deutschen Weltanschauung diente in Estland das Wochenblatt, der „Aufstieg“ (1932/33) und in Riga die im Februar 1934 begründete „Rigaer Tageszeitung“ mit der Losung „Für Volkstum und Sozialismus“.

Die Errichtung autoritärer Regime in Lettland und Estland 1934 vernichtete diese Anfänge einer nationalsozialistischen Presse. Beide Blätter wurden verboten. Aber auch alle anderen Presseerzeugnisse in Estland und besonders Lettland wurden unter strenge behördliche Aufsicht gestellt. Zeitweise gab es in Lettland sogar eine Vorzensur. Die deutsche Pressearbeit wurde auf jede Weise erschwert.

In der Gegenwart ist die „Rigasche Rundschau“ unter der Schriftleitung von E. v. Mensenkampff zum Sprachrohr der deutschen Volksgruppe in Lettland geworden und versucht, soweit das bei den bestehenden Verhältnissen möglich ist, das Gedankengut der deutschen Erneuerungsbewegung zu vertreten und in die Volksgruppe zu tragen. — Das Wochenblatt „Rigasche Post“ (früher „Riga am Sonntag“, begründet 1927, Schriftleiter R. Kiedel) ist bemüht, sich allmählich gleichfalls den Forderungen, die heute an eine deutsche Presse gestellt werden, anzupassen, nachdem es noch nach 1933 vergeblich versucht hatte, gegen die Durchdringung der Volksgruppe mit dem geistigen Gehalt der deutschen Weltanschauung anzukämpfen. — Der Charakter der seit 1926 erscheinenden „Rigaer Wirtschaftszeitung, wirtschaftspolitisches Nachrichtenblatt für die Ostseestaaten“, ist durch ihren Namen zur Genüge gekennzeichnet.

Größte Bedeutung für die Schulungs- und Kulturarbeit der baltendeutschen Volksgruppe kommt den „Baltischen Monatsheften“ zu, die jetzt von S. Boffe redigiert werden. Hier werden alle für die Volksgruppe wichtigen grundsätzlichen Fragen eingehend behandelt; darüber hinaus arbeiten sie erfolgreich an der Neuformung der Kulturauffassung und weltanschaulichen Ausrichtung des baltischen Deutschtums.

In Estland vertreten die oben erwähnten Blätter auch in der Gegenwart die Belange der Volksgruppe.

Eine Reihe weiterer Zeitungen und Zeitschriften, die entweder nur vorübergehend erschienen oder keine nennenswerte Bedeutung erlangten, oder schließlich zwar in deutscher Sprache erscheinen, im übrigen aber in ihrer Einstellung völlig undeutsch sind (wie das Emigrantenblatt „Europa-Ost“, das 1933/34 erschien, oder „Das deutsche Blatt“, Organ des sogenannten „Deutschen Arbeitnehmerverbandes“) seien in diesem Zusammenhang übergangen.

An wissenschaftlichen Zeitschriften aber sollen hier der Vollständigkeit wegen außer den früher schon genannten, die in der Gegenwart noch erscheinen, wie den „Mitteilungen“, den „Beiträgen zur Kunde Estlands“ u. a., noch erwähnt werden: die „Rigasche Zeitschrift für Rechtswissen-

schaft", die „Baltischen familiengeschichtlichen Mitteilungen“, die heute infolge der wachsenden Bedeutung der Familien- und Sippenforschung ein besonderes Interesse verdienen, vor allem aber die „Abhandlungen der Herder-Gesellschaft und des Herder-Instituts“ in Riga, die „des Instituts für wissenschaftliche Heimatforschung an der Livländischen Gemeinnützigen und Oekonomischen Societät“ in Dorpat, sowie die „Veröffentlichungen der Volkskundlichen Forschungsstelle am Herderinstitut“. Sie alle legen ein deutliches Zeugnis von dem auch heute noch regen wissenschaftlichen Leben und Interesse des baltischen Deutschtums ab.

Damit ist dieser Überblick über das baltendeutsche Zeitungs- und Zeitschriftenwesen abgeschlossen. — Das baltische Deutschtum, das durch den Ausgang des Weltkrieges eine Katastrophe in einem Ausmaße erlebte, wie kaum eine andere deutsche Volksgruppe, hat es verstanden, heute wieder in zäher Aufbauarbeit eine Stellung zu erreichen, die es sicher in die Zukunft blicken läßt. Sein Geschick um diese Arbeit spiegeln die deutschen Zeitungen und Zeitschriften wider, sie zeugen von den Kämpfen und Auseinandersetzungen der Vergangenheit, aber auch von der Aufbaukraft und dem Lebenswillen der Volksgruppe. In dieser Richtung und in diesem Sinne zu arbeiten aber ist Aufgabe aller Pressearbeit. Jürgen v. Hehn, Riga.

## Deutsche Zeitschriften in Polen

Ebenso wie beim Zeitungswesen hat die Tatsache, daß das vor 20 Jahren aus Teilen des Russischen, Habsburger- und Deutschen Reiches entstandene Polen in dem vorhergehenden Jahrhundert eine ganz verschiedene Entwicklung durchgemacht und die weitverstreuten Teile des Deutschtums sich stark auseinandergeliebt hatten, auch im Zeitschriftenwesen deutlich ihre Spuren hinterlassen. Viele Leser bezogen wenigstens zunächst noch die altgewohnten Zeitschriften ihres ehemaligen Reiches weiter. Daneben wurden die in den einzelnen Teilgebieten bestehenden weitergeführt oder solche für einzelne Teile neu gegründet. Davon haben sich manche angesichts der allmählichen starken Verringerung der deutschen Volksgruppe von über 2 Millionen Seelen um rund eine Million besonders im ehemals reichsdeutschen Gebiet nicht halten können, gelegentlich sind aber doch wieder neue gegründet worden.

Neben diesen Teilgebietszeitschriften stellten sich aber bei der rasch fortschreitenden verwaltungsmäßigen Vereinheitlichung Polens auch bald für das gesamte Staatsgebiet bestimmte Neugründungen als nötig heraus. So werden schon seit 1920 in Posen bei der Firma „Le r“ angesichts der Tatsache, daß sehr bald die amtlichen Veröffentlichungen nur polnisch erschienen, viele Deutsche aber die polnische Sprache nicht beherrschten, halbmonatlich „Polnische Gesetze und Verordnungen in deutscher Übersetzung“ herausgegeben, von deren wichtigsten auch die Tageszeitungen Auszüge brachten, während die „Zeitschrift für polnisches Recht“ in Plesz nur kurzlebig war.

Auf wissenschaftlichem Gebiet wurde die alte provinzielle Zeitschrift der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen und die des Naturwissenschaftlichen Vereins Posen 1923 ersetzt durch die „Deutsche wissenschaftliche Zeitschrift für Polen“ (DWSP.), deren erweitertes Arbeitsgebiet sich schon aus der Überschrift ergibt, seit 1926 unter Schriftleitung von Dr. A. Lattermann, bisher 35, zuletzt recht starke Hefte. Neben Beiträgen besonders zur Deutschtumsforschung bringt sie zahlreiche Besprechungen auch polnischer und anderer Werke. Im gleichen Verlage der Historischen Gesellschaft für Posen erschien vom Juli 1924 bis September 1931 die mehr kulturelle Monatschrift „Deutsche Blätter in Polen“, die in gewisser Weise die von 1900 bis 1923 herausgekommenen „Historischen Monatsblätter für die Provinz Posen“ und die Monatschrift „Aus dem Posener Lande“, bzw. „Aus dem Ostland“ vom März 1906 bis Juni 1919 fortsetzte. Statt der „Deutschen Blätter in Polen“ und der zunächst kleinen Monatschrift „Schaffen und Schauen“, in der ersten Zeit das Mitteilungsblatt für Kunst- und Bildungspflege in der Wojewodschaft Schlesien, das von Mai 1924 bis 1934 herauskam, gründete B. Rauder, der letztere Zeitschrift seit 1926 geleitet hatte, im Juli 1934 in Verbindung mit andern Deutschtumsforschern die „Deutschen Monatshefte in Polen“, Zeitschrift für Geschichte und Gegenwart des Deutschtums in Polen“, die das DW. seinerzeit als beste Zeitschrift des Deutschtums im Auslande bezeichnet hat. Sie bringt neben wissenschaftlichen auch kulturelle, künstlerische und schöngeistige Aufsätze und in der Beilage „Der Bücherfreund“ im Gegensatz zur „Deutschen wissenschaftlichen Zeitschrift für Polen“ Besprechungen des neuen schöngeistigen Schrifttums. Bis 1935 ist der Inhalt der genannten Zeitschriften im Festheft 29 der DWSP. zur Fünfzig-Jahr-Feier der Historischen Gesellschaft für Posen erschlossen bzw. angegeben, welche Register sonst erschienen sind.

Vollständig erhalten ist der 1935 von S. Zipfer gegründete „Kulturwart, Monatschrift für deutsches Kulturleben in Polen“ im Verlage des Deutschen Kulturbundes für Polnisch-Schlesien in Kattowitz. Hier sind besonders die einen Überblick über die letzten Ereignisse gebenden Kurznachrichten und die knappen Besprechungen wichtig. Er enthält zugleich die Mitteilungen der Deutschen Turnerschaft und des Bundes deutscher Sänger in Polen. Hauptsächlich gegenwartsnahe und politisch eingestellt ist „Der Aufbau, Monatschrift der Deutschen in Polen“, seit September 1938 von W. Schneider und G. Reschke namens des Deutschen Arbeitskreises Kattowitz herausgebracht, also das Organ der einst zur Jungdeutschen Partei in Polen gehörigen Gruppe, die darin zu einer Einigung des Deutschtums mahnt, das seit 1934 hauptsächlich, abgesehen von den nicht einer politischen Organisation angehörigen Volksgenossen, in die stärkeren Gruppen der Deutschen Vereinigung in den einzelnen Teilgebieten und die Jungdeutsche Partei zerfällt. Diese vertreten ihre Belange in den verschiedenen Zeitungen und Wochenblättern, z. B. „Der deutsche Weg“ in Lodz, während die dem Nationalsozialismus abgeneigte ultramontane kleinere Gruppe um den verstorbenen Senator Pant entsprechend „Der Deutsche in Polen, Wochenblatt für christliche Politik, Kultur und Wirtschaft“ herausgibt. Nur kurz hatten sich eine gleichnamige Zeitschrift, das Organ der Deutschen Zentralarbeitsgemeinschaft in Bromberg 1920/21, die „Deutschen Nachrichten“ in Bromberg 1919—1922, und das vier-sprachige Organ für nationale Fragen in Polen, „Ratio“, 1927 halten können.

Da, abgesehen vom schlesischen Gebiet, Lodz und Bielsitz, der Großteil des Deutschtums zum Landwirtschaftsstande gehört, bestehen auch hierfür Zeitungsgebiete Fachzeitschriften. Stark verbreitet ist das seit 1920 in Posen 14tägig erscheinende „Landwirtschaftliche Zentralwochenblatt für Polen“, das R. Karzel namens des Verbandes deutscher Genossenschaften, der Westpolnischen Landwirtschaftsgesellschaft und des Deutschen Güterbeamtenverbandes für Posen herausgibt. Das Gegenstück dazu für den Norden ist „Der Landbund, das Blatt der Landwirte Pommerellens“, unter Dr. Dingerdissen seit 1920 wöchentlich herauskommend, ferner „Unser Landmann, Landwirtschaftliche und genossenschaftliche Mitteilungen für die deutschen Genossenschaften in Mittelpolen“, also das ehemalige russische Teilgebiet, in Posen seit 1919 herausgegeben als kleinerer Bruder des Zentralwochenblatts, das natürlich in der Zeit vorher auch schon seinen Vorgänger mit der Bezeichnung „Landwirtschaftliches Zentralblatt für die Provinz Posen“ seit 1873 hatte. Schlesien hat den „Oberschlesischen Landboten“. Eingegangen ist der von 1922—1934 erschienene „Posener Bienenwirt“.

Für das städtische, am stärksten zusammengeschmolzene Deutschtum, bestehen die „Wirtschaftskorrespondenz für Polen, das Organ der Wirtschaftlichen Vereinigung für Polnisch-Schlesien“, im 16. Jahrgang dreimal monatlich durch A. Gawlik in Rattowitz herausgebracht, die im 7. Jahrgang erscheinenden „Berufsnachrichten“, monatlich vom Verband deutscher Büro- und Handelsangestellten in Lodz (früher Christlicher Kommissverein) herausgegeben. Im Hauptinhalt stimmen überein die Monatschriften „Handel und Gewerbe in Polen“, das Nachrichtenblatt des Verbandes für Handel und Gewerbe zu Posen, ab 1926 herausgegeben, später von Dr. M. Thomaszewski und H. May geleitet, und die „Wirtschaftszeitung, Organ des Wirtschaftsverbandes städtischer Berufe zu Bromberg“ seit 1920, nur die Verbandsnachrichten sind andere. Eingegangen sind das „Wirtschaftsorgan für Handwerk, Industrie, Handel und freie Berufe und Verbände deutscher Industrieller und Kaufleute in Polen und Deutscher Handwerker in Polen“ zu Bromberg, „Der Werbebote“ in Posen und „Der deutsche Handwerker in Polen“ (von 1923—1936 herausgekommen).

Ähnlich wird als Zusammenfassung früherer Fachblätter nach der Erweiterung des Arbeitsgebietes vom Landesverband deutscher Lehrer und Lehrerinnen in Polen seit 1920, also nach dem Hinzukommen der durch Versailles abgetretenen Gebiete in Posen und Westpreußen in Bromberg herausgegeben die „Deutsche Schulzeitung in Polen“, die bis 1932 14tägig, seither nur monatlich erscheint und neben erziehungs- und schulverwaltungskundlichen Dingen auch Beiträge über das Deutschtum und das Polentum unter Schriftleitung von Dr. Th. Rudolf bringt wie einige früher erwähnte Zeitschriften. Für die Jugend und ihre Bildung haben sich nicht halten können „Der Lichtträger, Stimmen des neuen Jugendstrebens, herausgegeben für die deutsche Jugend des ehem. preussischen Teilgebietes von Vertretern der Jugendbewegung in Polen“ 1924/25, die Fortsetzung „Der Pflug (Der Lichtträger), herausgegeben vom Deutschen Jugendwerk in Polen“ 1925—1928, „Die Biene, Monatschrift für die Jugend“ in Hohensalza 1929 ff., „Zelte im Osten, Zeitschrift der deutschen Jugend in Polen“ zu Lodz 1934/35, und „Kinderfreude, Blätter für deutsche Kinder in Polen“ von Max Henkel 1935, die

z. T. von Erwachsenen geleitet, z. T. von Jugendlichen selbst beliefert wurden und verschiedene Richtungen vertraten, wohl aber besteht noch das vom genannten Landesverband deutscher Lehrer in Bromberg seit 1926 herausgegebene „Jugendland, Zeitschrift für deutsche Kinder in Polen“. Aus der von Dr. Fr. Seefeldt, früher zu Dornfeld in Galizien, vertretenen Volkshochschulbewegung, die nach allen Teilgebieten ausstrahlte, stammten die zunächst als Beilage der „Deutschen Blätter in Polen“ herausgegebenen „Blätter der Volkshochschule Dornfeld“ und „Die Volkshochschulgemeinde“ (Posen bis 1928) und die Fortsetzung „Dornfelder Blätter, Monatschrift der Volkshochschule in Dornfeld und der Arbeitsgemeinschaft Posen im Deutschen Jugendwerk“ zu Posen bis 1932.

Hauptsächlich mit Ausnahme von Oberschlesien, der Gegend um Ronitz und etlicher kleiner Volksinseln in Galizien, ist die deutsche Volksgruppe in Polen ganz überwiegend evangelisch. Je weiter man nach Osten kommt, desto stärker ist sie zudem kirchlich eingestellt, und die evangelische Kirche hat ihr oft lange den völligen Zusammenschluß bedeutet. Da diese aber nicht einheitlich ist, sondern nach der geschichtlichen Entwicklung in 7 verschiedene Kirchen nebst einer Reihe kleinerer Freikirchen zerfällt, ist auch das kirchliche Zeitschriftenwesen stark ausgebaut, aber auch zersplittert, auch in der Einstellung, ob deutschbewußt oder nur rein christlich-kirchlich, uneinheitlich.

Im ehemaligen preußischen Teilgebiet erscheint seitens der Aunierten Evangelischen Kirche in Polen, der der Großteil der dort vorhandenen Deutschen angehört, außer dem seit 1868 herauskommenden „Kirchlichen Amtsblatt des Evangelischen Konsistoriums zu Posen“ in großer Auflage wöchentlich „Glaube und Heimat, Gemeindeblatt für die Aunierte Evgl. Kirche in Polen“ seit 1920, herausgegeben vom Evgl. Presseverband in Polen durch Pfarrer J. Steffani und Dr. Ilse Rhode im Lutherverlag Posen mit den Beilagen „Bilderbote“, „Sonntagsgruß fürs Kinderherz“ und „Kelle und Schwert“ (für Männerarbeit). Die seit 1917 erscheinende Ausgabe für die kleinere Aunierte Evgl. Kirche in Oberschlesien trägt den Titel „Kirche und Heimat“. Beide haben auch heimatgeschichtliche Beiträge, z. B. über einzelne Gemeinden anlässlich von Jubelfeiern, gebracht. Das blaue „Posener Evangelische Kirchenblatt“ („Posener“ erst späterer Zusatz), Monatschrift für evgl. Leben in Polen, seit Oktober 1923 im gleichen Verlage von Superint. D. A. Rhode und Pfarrer J. Steffani unter Mitarbeit von Lic. Dr. R. Ammel herausgegeben, bringt hauptsächlich theologische und kirchengeschichtliche Beiträge, eine Kurschronik, Besprechungen und richtet über Polen hinaus den Blick auf den gesamten osteuropäischen Raum und auf die lath.-slawische Umwelt. Seit 1929 wird an die im polnischen Heer dienenden Glieder der Aunierten Kirche 14tägig der von J. Steffani und J. Rhode geleitete „Evangelische Heimatgruß“ versandt. Für Sonderaufgaben waren bzw. sind vorhanden seit 1924 „Die Jugendgemeinde, Monatschrift für die evgl. Mannesjugend“ unter Schriftleitung von L. Mlyněk (Posen, Verlag des Jungmännerdienstes), „Jugend am Wort, Zeitschrift der evgl.-kirchlichen Arbeitsgemeinschaft für die weibliche Jugend“ unter Schriftleitung von Anna Kammeier ab 1934, „Unsere Kinderkirche, Blätter für den Helferdienst“, geleitet ab 1930 von Superint. Schulze, und kürzere Zeit „Die Jugendstunde, Handreichung zum Dienst an evgl. Mannesjugend“ (Posen, Jungmännerdienst unter Pfr. Brumack und L. Mlyněk), „Kinder Gottesdienst, Handreichung für Helfer“ 1928

bis 1930. Die Gemeinschaftskreise innerhalb der Auierten Kirche geben heraus das „Gemeinschaftsblatt für Polen“ seit 1924, monatlich unter Pfarrer Lassin-Bandsburg, „Der gute Hirte“ seit 1926, „Jugend sieg“ seit 1923, „Wach auf, Christlicher Weckruf“ seit 1923, herausgegeben vom Pommereller Diakonieverein mit eigener Ausgabe für Kongresspolen, und „Eben- & z er, Berichtsblatt des Gemeinschaftschwesternhauses in Wiecborf“ (Bandsburg) seit 1925, ferner eine Vierteljahrschrift „Lichtstrahlen“. Eingegangen ist das für theologisch-pädagogische Arbeitsgemeinschaften bestimmte Vierteljahrsblatt „Der evangelische Religionslehrer in Polen“, zeitweise „in der Diaspora“ benannt, das in Posen seit 1934 gedruckt wurde.

Für die evangelisch-augsburgische Kirche in Polen unter Bischof D. Zul. Bursche, deren Glieder überwiegend deutsch sind, gibt der kommissarische Senior S. Dietrich in Lodz seit 1920 den „Friedensboten, Evgl.-lutherische Wochenschrift für Polen“ heraus und seit 1932 Pastor Gutknecht in Gombin den „Evgl.-luth. Weichselboten“ für die Gemeinden der Weichselniederung in rein kirchlicher Richtung. Eine klarere deutsche Richtung hat das seit 1938 von P. Ed. Kneifel und D. A. Kleindienst geleitete „Luthererbe“. Es hat auch den von letzterem Führer der Deutschen in Wolhynien 1927—1936 herausgebrachten nützlichen „Wolhynischen Boten, Evgl.-luth. Gemeindeblatt für Wolhynien“ ersetzen müssen, der auch heimatkundliche Aufsätze enthalten hatte. An Sonderzeitschriften ist neben dem seit 1929 eine Zeitlang in Lodz herausgekommenen Monatsblatt „Jugendruf, Organ der evgl.-luth. Jugend Polens“, zu nennen die „Jugendfreude, Monatsblatt der evgl.-luth. Jugend Polens“, das P. Kersten seit 1933 herausbringt. Ebenso alt wie der „Friedensbote“ ist schon Senior Dietrichs 14tägig erscheinende Zeitschrift „Der Kinderfreund“, ganz jung dagegen Dr. Erich Dietrichs Gegenstück für die Mittelschüler (Gymnasialisten) „An die Jugend“. Genannt seien auch P. Bruno Löfflers zweiwöchentliche „Mitteilungen des Hauses der Barmherzigkeit in Lodz“. — Außer den früher genannten Gemeinschaftsblättern aus Bandsburg werden im Bereich der evgl.-augsburgischen Kirche auch gelesen „Neues Leben, Organ des Brüderrats der christlichen Gemeinschaften in Polen innerhalb der evgl.-luth. Kirche“, seit 1927 in Lodz herausgegeben von P. Paul Otto.

Die Fortsetzung der seit 1884 für ganz Österreich-Ungarn erschienenen Vie-litzer „Evangelischen Kirchenzeitung“ ist die „Neue Evang. Kirchenzeitung, Evgl. Gemeinde- und Familienblatt“, das seit 1924 von Dr. R. Czerny-Bielitz und P. Schedler-Lodz monatlich herausgegeben wird. In Stanislaw in Galizien läßt Superintendent D. Theod. Zöckler seit 1926 das „Evangel. Gemeindeblatt“ zugleich als amtliches Organ seiner kleineren Evgl. Kirche (Augsburgischen) und (helvetischen) Bekenntnisses in Polen, sowie Frau L. Zöckler den „kleinen Helfer, ein Vierteljahrsblättchen zur Anregung und Förderung der Werke dienender Liebe“ seit 1930 erscheinen. Für die aus der evgl.-augsburgischen Kirche abgezweigte „Evangel.-luth. Freikirche“ besteht in Lodz seit 1930 eine Monatschrift gleichen Namens, herausgegeben von P. Gustav Malizewski. Ganz neuerdings, seit 1938, hat sich auch die kleine evgl.-luth. Kirche in Westpolen, früher altlutherische genannt, unter Schriftleitung von Paul Muth in Rogasen eine eigene Zeitschrift geschaffen.

Von den zahlreich vertretenen kleineren Freikirchen erscheint „Der Hausfreund, Zeitschrift für Gemeinde und Haus, Organ der Baptistentgemeinden in Polen“ zweiwöchentlich seit 1924 in Lodz, früher wöchentlich, unter Schriftleitung von J. Fester-Warschau, ferner monatlich die „Jugendwarte“ unter Prediger Kretsch ebenfalls in Lodz, der Stadt, die gegenwärtig das stärkste Deutschum unter den Städten Polens aufweist.

Der Verband deutscher Katholiken in Polen gibt außer einer Beilage zur Tageszeitung „Der Oberschlesische Kurier“ in Königshütte neuerdings als Organ wöchentlich in Kattowitz „Die katholische Welt“ durch Paul Zimnoch heraus an Stelle des 1930–1934 erschienenen „Monatsweiser für Vorstände“. Im Auftrage der Bischöflichen Kurie in Kattowitz wird weiter von Franz Woźnica im Verlag „Drukarnia Katolicka“ seit 15 Jahren „Der Sonntagshote“ in einer Auflage von jetzt 8000 Stück gedruckt.

Ähnlich wie die deutschen Katholiken in der Stadt Posen ein kleines hektographiertes Gemeindeblatt herausgeben, ist auch von seiten einiger evangelischer Gemeinden etwas Entsprechendes, z. B. sogar gedruckt, früher erschienen, wofür auf die Angaben in A. Lattermann: Einführung in die deutsche Sippenforschung in Polen und dem preußischen Osten (2. Aufl., Leipzig C 1, S. Hirzel) verwiesen sei. Ebenso finden sich für die frühere Zeit betr. Kongresspolen noch Ergänzungen in Alb. Breyers Beitrag „Das Schrifttum über das Deutschum Kongresspolens“ in DWBP, Heft 19, und über Richtung und Inhalt der deutschen Zeitschriften in Polen, wenigstens eines Teiles davon, in den Besprechungssteilen dieser gleichen Zeitschrift.

## Rumäniendeutsches Zeitschriftenwesen im Lauf seiner Entwicklung bis zur Gegenwart

Ein rumäniendeutsches Zeitschriftenwesen als Einheitsbegriff hat es in der Vergangenheit naturgemäß noch weniger gegeben als in der Gegenwart, wo die regelmäßig erscheinenden Veröffentlichungen — Zeitungen und Zeitschriften — der einzelnen deutschen Siedlungsgebiete Rumäniens von einem starken Willen zur deutschen Einheit und Gemeinbürgerschaft getragen sind. Landschaftliche und stammheitliche Verschiedenheiten der Zeitschriftengestaltung sind eine natürliche, überall zu beobachtende Erscheinung: spiegelt die Zeitschrift in ihrer Gestaltungs- und Stilform doch die gesellschaftliche, rassische, wissenschaftliche, wirtschaftliche, schönggeistige, künstlerische und religiöse: mit einem Wort die biologische und geistige Lage eines Volkes und einer Zeit wider. Bei den deutschen Siedlungsgruppen des heutigen Rumänien ist es aber nicht nur das Fehlen der gemeinsamen staatlichen Vergangenheit, aus dem sich die eingangs angedeutete Lage erklärt; Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben standen bis 1918 doch beide im Staatsverband Ungarns, und das Buchenland war schließlich anderthalb Jahrhunderte lang ebenfalls Bestandteil der österreichisch-ungarischen Monarchie. Auch die stammheitlichen Unterschiede allein erklären die Verschiedenheit zu wenig, so etwa, wenn man die aus dem Mittelalter stammenden „Sachsen“ den „Schwaben“ der neuzeitlichen Wanderungs- und Siedlungswellen gegenüberstellt. Die gesellschaftliche Schichtung, die bei den Deutschen des Banats und Siebenbürgens keine großen Gefügeunterschiede aufweist — erst die Buchenländer und Bessarabiendeutschen bringen stärkere Bewegung in dies Bild der Gleichmäßigkeit — ist als alleiniger Erklärungsgrund ebensowenig zureichend. Entscheidend ist vielmehr das Herkommen der Siedlungsgruppen aus verschiedenen geschichtlichen und seelischen Räumen. Die Banater entstammen dem Raum des donau-deutschen ehemaligen „Deutschungartums“; Siebenbürger und Buchenländer sind Karpatendeutsche; die Bessarabien- und Dobrudschadeutschen waren bis 1918 ein Teil des russischen Schwarzmeerdeutschums. So kräftig der Wille zum Zusammenwachsen in jeder einzelnen dieser Gruppen auch sein mag, so prägen sich im Spiegel ihrer Zeitschriften die durch Herkunft und Geschichte bedingten Verschiedenheiten noch deutlich genug aus, um selbst in der Gegenwart, noch viel mehr aber für die Vergangenheit die gruppenweise Einzelbetrachtung zu fordern. Noch bezeichnet der Einheitsbegriff rumäniendeutsches Zeitschriftenwesen nicht sowohl ein schon erreichtes, als ein erst erstrebtes Ziel.

Die Entwicklung setzt — wenn wir von dem erst im Lauf des 19. Jahrhunderts entstandenen bessarabischen und buchenländischen Deutschtum vorerst absehen — Ende des 18. Jahrhunderts im alten Ungarn im Zeichen einer doppelten Gemeinsamkeit ein.

Da ist zunächst die Kulturverahlung Wiens, in deren Kraftfeld sich die bescheidenen Anfänge von Zeitschriften in Temeswar und Hermannstadt entfalten. Im Jahre 1771, also noch während der österreichischen Verwaltung des Banats, begann ein „Intelligenzblatt“ in Temeswar wöchentlich zu erscheinen. Es mag

bescheiden gewesen sein (erhalten hat sich keine einzige Folge), doch genügte es, den Aufklärungsliteraten H. G. Bretschneider, den ein günstiger Wind als stellvertretenden Kreishauptmann im Banat abgesetzt hatte, passig genug an Friedrich Nicolai nach Berlin berichten zu lassen: „Hier in Versches ist Konzert und Ball, in Temeswar Schauspiel. Am letzteren Orte kommen Wochenschriften heraus und es gibt schöne Geister, die sich in Fraktionen teilen, teils Goetheaner, teils Wielandianer sind.“ Möllers Hennemann-Roman hat in unseren Tagen mit lebhaften Farben die österreichische Atmosphäre geschildert, die sich in den Banater Städten durch das k. k. Offizierskorps und das aus österreichischen Kronländern zugewanderte Beamtentum bildete, während die „Kolonisten mit Rodhau und Art das Land urbar machten und in ihm Wurzel schlugen“. Die blutlichen und Bildungswurzeln dieser städtischen Schicht, die Temeswar ebenso zu einem Klein-Wien zu gestalten bestrebt war, wie Hermannstadt und das kaum besetzte, noch halb dörfliche Czernowitz, lagen nicht im Lande, im Banat, sondern in jenem „Deutschungarn“, das mit seinen deutschen Städten und Bildungsanstalten, Schulen, Lesegesellschaften, Freimaurerorden, Theatern, mit seiner deutschen Amts- und Armeesprache und dem katholisierenden Kirchenanstrich Ableger und lebendiges Reis am Baum der österreichisch-deutschen Kultur war. Aus städtischem und ländlichem Deutschtum hat sich in über hundertjährigem Verschmelzungs- und leider auch Umvolkungsvorgang der Kern der heutigen banaterdeutschen Volksgruppe gebildet. Auch in Hermannstadt, wo die von den „Müesern“ sich längst nicht mehr so streng wie hundert Jahre früher abschließenden Siebenbürger als eigene „Nation“ und mit ausgeprägtem Eigenstolz seit Jahrhunderten saßen, ist das erste Periodikum ein — „Theatralisches Wochenblatt für das Jahr 1778“. Noch war nicht der Drucker, der verdienstvolle Martin Hochmeister, die treibende Kraft seines Erscheinens, sondern die Mitglieder einer österreichischen Schauspielgesellschaft, die es, „die Ehre der Kunst zu retten und gründlich zu erläutern“ herausgab. Und die Käufer und Leser werden wir zunächst ebenfalls in den Kreisen der Offiziere, des Adels und der Gubernialbeamten, also nicht der bodenständigen sächsischen Kreise, zu suchen haben, die bis zur Verlegung der Landesregierung nach Klausenburg im Jahre 1790 auch den Großteil der Theaterbesucher stellten. Der Großstaat Österreich überdeckte die ihm zugefallenen Länder und Völker des Nordens mit einer gleichmäßigen, habsburgisch-deutsch-katholischen Kulturschicht. Sei den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts gab es im Banat und in Siebenbürgen eine regelmäßige Tagespresse in deutscher Sprache.

Gemeinsam wie die Auswirkungen der Wiener Kulturstrahlung stellte sich für Banater und Siebenbürger ein zweites Problem, das sie zunächst in gleicher Art lösten: die Frage des Deutschtums. Karl Gottlieb Windisch, 1725 bis 1793, Stadthauptmann und Bürgermeister in Preßburg, der schon 1764 seine „Preßburger Zeitung“ (mit einer Beilage für „Gelehrte Sachen“) ins Leben gerufen hatte, war Sammler und Lenker der geistigen Kräfte des Deutschtums in dem Bereich des ungarischen Staates. Gründer einer „Gelehrten Gesellschaft“ (1761), Mitglied des Freimaurerordens, in dem sich damals die aufgekklärten Köpfe der ganzen Kulturwelt trafen, hat dieser Aufklärer — in bester Absicht — als erster Grundzüge eines Kulturvermittlungsprogramms verwirklicht, an dem das städtische Ungarndeutschtum im 19. Jahrhundert nachmals zugrunde gehen sollte. Er bestimmte als Aufgabe des Deutschtums in diesem Raum eine im Geiste jener Zeit „aufgeklärte“, unvölkische Kulturvermittlung, die auf die Dauer immer ausschließlicher dem Madjarentum zugute kommen und

das für die Entvölkung ohnedies anfällige bürgerliche Deutschtum der Städte Ungarns im Laufe dreier Geschlechterfolgen fast restlos ins Madjarentum einmünden lassen mußte. Das vornehmste Werkzeug der in völliger Verkenntung des Kommenden, obgleich durchaus gutgläubig geleiteten Arbeit Windischs war sein „Angrisches Magazin“ (1781—1788, 4 Bände). Kein als publizistische Leistung betrachtet, ist diese Zeitschrift höchster Anerkennung wert. In ihr überseht Windisch, der vorher schon einen „Freund der Jugend“, einen „Bemühtigen Zeitvertreiber“ und ein „Preßburgisches Wochenblatt zur Ausbreitung der Wissenschaften und Künste“ herausgegeben hatte, das Vorbild der besten gelehrten Journale des Westens ins Ungarndeutsche. Vaterländische Geschichts-, Landes- und Volkskunde werden von einem geistig hochstehenden Mitarbeiterkreis formvollendet und im Sinn jener aufgeklärten Zeit geistvoll behandelt. Neben deutschen und madjarischen Gelehrten aus dem ehemaligen Westungarn sammelt Windisch um sich Zipser (Jonas Andreas Csirbes, Johann Christian Engel), Deutsche aus den Bergstädten (Samuel Bredzky, Daniel Cornides); aus Siebenbürgen sandte Johann Seivert, wohl der wertvollste Kopf aus dem Kreis der Beiträger, seine Briefe und schrieb Martin Gottl. v. Szech über die Altertümer der siebenbürgischen Nation. Die Banater Mitarbeiter lassen sich hinter den Chiffren, mit denen die Aufsätze vielfach gezeichnet sind, weniger genau erkennen. Indessen weiß man, daß Windisch mit dem aus dem Banat gekommenen Johann Friedel, der in Wien ein aufsehensmachender Standaßchriftsteller geworden war, bei anderen Gelegenheiten zusammenarbeitete. Nichts fehlte dem „Angrischen Magazin“ — als die bewußt bodenständig-deutsche Ausrichtung. Daß sie selbst für jene Zeit nicht unmöglich war, sollte die Siebenbürgische Quartalschrift nicht viel später beweisen. Windischs Schwiegerjohn hingegen, Ludwig Schedius, 1768—1847, Professor der Ästhetik an der Pester Universität, wohin ihn sein einstiger Lehrer, der Diplomatiker Martin Schwartner, gezogen hatte, führte in der „Zeitschrift von und für Ungarn zur Beförderung der vaterländischen Geschichte, Erdkunde und Literatur“ (Pest, 1802—1804) jene bildungsvermittelnde, völlig geschlechtslose Richtung zum Siege, die für die Erforschung und Bekanntmachung des madjarischen Lebens im Vormärz so unendlich viel getan, ihre Bekenner aber in Sprache und Bekenntnis schließlich vollständig zu Madjaren gemacht hat. Schedius selbst und Franz Toldy (eigentlich Schedel), Karl Maria Kertbény (eigentlich Bentfert), Georg Járy (eigentlich Dretter), Michael Serfözo (eigentlich Bierbrauer) sind nur einige wenige Namen aus der großen Zahl jener sich freiwillig unvollkenden ungarländischen Deutschen, die sich vom nationalmadjarischen Liberalismus des Vormärz gewinnen ließen. Bewußt, ja stolz auf die „Sendung“, Kulturdünger des Madjarentums zu sein, haben sie führend dazu beigetragen, aus der deutschen Kulturprovinz, die Ungarn um 1800 darstellte, jene unduldsame, nurmadjarische Haltung heranzuzüchten, aus der sich nicht zuletzt der große Zusammenbruch Ungarns im Jahre 1919 erklärt.

In diesem Fahrwasser bewegten sich im großen und ganzen auch die deutschsprachigen Banater Zeitungen und Zeitschriften, bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts aus dem eigentlichen, ländlichen „Schwabentum“ der Rückstoß kam. In Ofen, Pest, Kaschau, Preßburg blühte im Vormärz das deutsche Verlagswesen. Wegen der scharfen Zensur im Reich wanderten selbst angesehene deutsche Schriftsteller und Dichter, wie Grillparzer, Stifter, Hebbel, Laube, W. S. Riehl und andere mit ihren Beiträgen gerne in die ungarländisch-deutschen Almanache, Jahrbücher, schöngeistigen und wissenschaftlichen Zeitschriften ab; in Wien war

es ein geflügeltes Wort: Uns sitzen sie beständig in dem Nacken, / Ein Ungar und ein Graf sind nicht so leicht zu packen! Das Banat hat diese Entwicklung nur am Rande mitgemacht. Immerhin gab Josef Klapka d. Ältere (der Vater des ungarischen Revolutionsgenerals) 1828/29 und 1830/31 zwei Theaterzeitschriften heraus: „Notizen“ und die Temeswarer „Thalia“. Auf 78 Nummern brachte es seine „Banater Zeitschrift für Landwirtschaft, Handel, Künste und Gewerbe“ (1828). Mit einer „Euphrosyne, Belletristische Zeitschrift“ versuchte Josef Reichel, im deutschen Pressewesen des Banats auch sonst hervortretend, 1851 die schöngeistige Bewegung zu beleben; 1853—1857 kam während des neuen österreichischen Absolutismus (Bachzeit) das „Landes-Regierungsblatt für die serbische Wojwodschast und das Temeser Banat“ in Temeswar auch in deutscher Sprache heraus. Gemeinsames Kennzeichen dieser und anderer, vom Regierungsblatt abgesehen, durchweg ephemeren Erscheinungen ist ihre Geschlechtslosigkeit in völkischen Dingen, ja die offene Hinneigung zum Madjarentum. Hatten die Schwaben den Freiheitskampf 1848/49 mit den übrigen „Deutschungarn“ doch auf Seiten der Madjaren mitgekämpft und war nach dem kurzen österreichischen Zwischenpiel durch die Abwanderung Karl Hirschfelds und der „Temeswarer Zeitung“ ins madjarische Lager von einer gesinnungs-deutschen Presse überhaupt keine Rede mehr. So kann es nicht in Erstaunen setzen, daß die an Volk und Stammeßtum uninteressierte biedermeierische Bürgerlichkeit sich in den Bereich des Apolitischen begibt. Die Zusammenstellung von Réz weiß nicht weniger als 25 humoristisch-satirische Blätter aufzuzählen: „Die Posaune“ und „Neue Posaune“ (Wochenschrift 1876—1914 in Temeswar), den „Kraekler“, den „Schall“, den „Robold“, die „Haubize“, die „Laterne“, den „Lugoser Akt“, „Wochentrebs“, „Temeswarer Zwischenakt“, den „Süd-ungarischen Rikeriki“. Sumal um die Jahrhundertwende mehrten sich die belanglosen Blättchen. Merzzeichen sind etwa die „Südungarische Briefmarkenzeitung“ 1898, der „Briefmarken-Courier“ 1904, der „Kneippianer“ 1904, die „Humoristische Markenzeitung. Internationales Witzblatt für Humoristen“ (Temeswar 1910/11) und dergleichen Belanglosigkeiten. In der äußeren Aufmachung und Blattgestaltung sind hier noch vielfach Wiener Vorbilder maßgebend.

Sehr viel wesentlicher war es, daß von den schwäbischen Führern, vorerst noch unabhängig von der in den neunziger Jahren einsetzenden deutschen Bewegung, z. B. sogar im Gegensatz zu ihr, eine fachliche und wirtschaftliche Ertüchtigung des eigentlichen, kernhaften Schwabentums, der „Kolonisten“, durch landwirtschaftliche, gewerbliche und Berufsfachblätter versucht wurde. Es handelt sich um mehrere Lehrer- und Schulzeitschriften („Schulfreund für die österreichisch-ungarische Militärgrenze“, „Neue Ungarische Schulzeitung“, „Süd-ungarische Lehrerzeitung“ u. a.), um gewerbliche und landwirtschaftliche Fachblätter: „Der Gewerbsmann“, „Südungarische Gewerbe-Bundeszeitung“, „Südungarische Wein- und Ackerbauzeitung“, „Der Ungarische Landwirt“ (1892—1906). Zehn Jahre lang erschien eine „Ungarische Rosen-Zeitung“ in Temeswar, und 1874—1876 konnte Hirschfeld sogar eine „Österreichisch-Ungarische Gasthofzeitung“ in der Banater Hauptstadt herausgeben. Unter den Herausgebern und Schriftleitern finden wir Männer, die dann z. B. auch in der deutschen Bewegung ihren Mann stellten. Franz Wetzel hat mehrere dieser Fachzeitschriften redigiert (1882/83 leitete er, dem innersten Zuge seines Herzens folgend, eine „Banater Musik- und Sängerezeitung. Monatliche Zeitschrift“); Peter Graßl war unter ihnen und Karl Kraushaar. 1910—1914 leitete Johann Anheuer in Temeswar den „Raiffeisenboten für Südungarn“ —, und das war

nun schon keine von einer zufälligen Liebhaberei oder Leidenschaft bestimmte Gründung, sondern Ausdruck bewußten völkischen Denkens, aus dem heraus um die Jahrhundertwende die ersten völkischen deutschen Genossenschaften im Banat entstanden.

Damit befinden wir uns schon in der völkischen Bewegung. Sie war in den neunziger Jahren aus dem schwäbischen Kernvolk selbst aufgeflammt, das seine aus dem Bauernstand aufsteigenden Söhne nicht mehr umgevolkt sehen wollte, das sich in seinen gesunden Schichten auf sein eigenes Volks- und Stammesstum besann und es als unwürdig empfand, sein Bestes, seinen Geist und sein Blut, als Kulturdünger für das Madjarentum zu verschwenden, „schmuckloses Fundament und unansehnlicher Unterbau für ungarisch-nationale Hoch- und Prachtbauten“ zu sein, wie Jakob Bleyer das gelegentlich genannt hat. Es ist hier nicht der Ort, diesem Erwachen im Spiegel der Presse von Pirkmayers „Deutscher Bürgerzeitung“ in Perjamosch über Wettels „Südungarischen Generalanzeiger“ und Anwenders „Lugoscher Zeitung“ im einzelnen nachzugehen. Nur der Anteil, den die Zeitschrift an diesem donauschwäbischen Volksfrühling hatte, sei gestreift. Viktor Drendi-Hommenau (geb. 1870 zu Elisabethstadt) war seiner Herkunft nach eigentlich Siebenbürger Sachse, nach innerem Drang und Willen ein verkappter Dichter, nach seiner Gesinnung ein leidenschaftlicher Deutscher. Mit seinem Kronstädter Landsmann Arthur Korn, dessen „Großkinder Zeitung“ den Schwaben — in gutem und bösem Sinn — als „Ausbund der Deutscherheit und Kühnheit, den Madjaren als „Vangermanismus“ und glatter Vaterlandsverrat erschien, hatte Drendi-Hommenau, der sich schon in seiner siebenbürgischen Heimat als Leiter schöngestifter Zeitschriften versucht hatte, Hausfuchungen, Prozeße, Verfolgungen über sich ergehen lassen müssen. Er ließ nicht locker. Man versteht das, wenn man die nationalpolitische Lyrik der beiden „Vangermanen“ aus jenen Jahren überliest, für die aus Korn's Gedichtband „Aufreizung“ (1905) jene Zeilen hier stehen mögen, die ihren Dichter Beruf und Heimat kosteten: „Rüttle dich, recke dich, schwäbischer Bauer! / Wurde bis heute das Leben dir sauer, / 's kommt immer ärger, 's kommt niemals besser! / Sieh nur, es steigen die bösen Gewässer! / Wenn du nicht schüttest dein Dorf und dein Haus, / Strömt bald herein das wilde Gebraus! / . . . Wer seines Vaters Namen nicht ehrt, / War seiner Mutter Liebe nicht wert! / Wer sein Deutschtum verleugnen kann, / Das ist ein Wicht, das ist kein Mann! / Hör meinen Mahnruf, der immer ist: / Gedanke, daß du ein Deutscher bist!“

In diesem Geiste begründete Viktor Drendi-Hommenau im Februar 1909 die „Illustrierte Monatschrift für Kultur und Leben“ „Von der Heide“ (zeitweilig mit dem Untertitel „Organ der Karpathendeutschen“), die — mit Unterbrechungen und unter Schwierigkeiten — bis 1926 erschien (drei Hefte als Nachzügler brachte Drendi-Hommenau noch 1937 in Bukarest heraus). Drendi-Hommenau fühlte sich in gleichem Maße als Dichter und Deutscher; das gibt seiner Zeitschrift das Gepräge. Meschendorfers „Karpathen“, die von Kronstadt herüberwirkten, lieferten den Beweis, daß hochstehende „moderne“ Dichtung auch aus dem Außendeutschtum hervorgehen könne. Und so versuchte Drendi-Hommenau die schwäbischen Dichter und Schriftsteller in ähnlicher Weise um seine Zeitschrift zu sammeln, wie Meschendorfer das mit Sachsen, Karpaten- und Donadeutschen gelungen war. Da Drendi-Hommenau in seinen Ansprüchen weniger wählerisch war als der sächsische Literaturreformer, konnte er zumal aus den Kreisen des erwachenden Schwabentums auf Banater und ungarischem

Boden seiner Zeitschrift zahlreiche bodenständige Beiträge sichern. Sie mögen literarisch nicht immer ganz auf der Höhe gewesen sein. Welche Wirkung übten aber, um nur einige Beispiele anzuführen, die treuherzigen „Geschichte und Brichte aus der ungrische Pfalz“ (Gottterhalt's!) des volksverwurzelten, gemüts-warmen Georg Schwalm. Welches Echo fand in den anspruchsvoll genug auf-tretenden blauen Hefen der schwäbische Erwecker Adam Müller-Guttenbrunn und sein Wert! Und mit welcher Hingabe setzte sich die Temeswarer Zeitschrift für Raimund Friedrich Raindl's Gedanken des Karpatendeutschthums ein! Nach allen Seiten hielt der rührige Herausgeber seine Fühler ausgestreckt. Alle litera-rischen, kulturellen und politischen Ereignisse, die für das Deutschthum im Banat und im weiteren Sinne im ganzen alten Ungarn von Bedeutung sein oder werden konnten, fanden in der „Rundschau“ oder auch in selbständigen größeren Aufsätzen ihren Niederschlag. Daß die organisatorische Veranlagung und literarisch-politische Urteilskraft Drendi-Hommenaus nicht jene Reife hatte, wie Meschendorfer sie in Kronstadt als freundliche Gabe der Natur besaß, und daß die Beiträge der „Heide“ infolge dessen oft weniger gebiegen, oft zufällig, oft geradezu mit der Schere erarbeitet scheinen, wird dem unter den schwierigsten äußeren Verhältnissen arbeitenden, ausschließlich auf sich, seine Arbeitskraft und Opferwilligkeit angewiesenen Blattleiter niemand verdenken. Auch seine humanistisch-freireligiöse Einstellung erschwerte ihm das Herankommen an manche Schichten des im Grunde seines Herzens schlicht frommen, christlichholi-schen Volkes, das bloß gegen die madjaronische Pfaffenwirtschaft, die ihm auf-gezwungen wurde, aufbegehrte. Im ganzen hat Drendi-Hommenau mit dieser Zeitschrift aber eine volkspolitische und publizistische Leistung vollbracht, an die bis heute keine der späteren banaterdeutschen Zeitschriftengründungen heran-reicht. Denn diese wurden bereits von dem Wollen und Gefühlsstrom der ganzen zu sich zurückfindenden Volksgruppe getragen. Drendi-Hommenau und die getreuen deutschen Männer von Weißkirchen, Werchesz, Pantschowa, Temes-war, Lugosch usw. schwammen noch gegen den Strom. Stellt man die Temeswarer „Heide“, Meschendorfers „Karpathen“, den Grazer „Michel“, Fritsch's „Hammer“ und andere volksbewußte Zeitschriften dieses Zeitraumes nebeneinander, so wird man — aller trennenden und Höhenunterschiede un-geachtet — der banaterdeutschen Zeitschrift das Zeugnis ausstellen müssen, daß sie in einem Punkte den übrigen um keinen Deut nachstand: in ihrem leiden-schaftlichen Willen zur Deutschheit.

\*

Gradliniger, einfacher, zugleich aber reicher an Hervorbringungen echter Zeitschriften, die von weitvorausschauenden, geistig bedeutenden Männern als Mittel echter politischer Führung eingesetzt wurden, vollzog sich die Entwicklung des deutschen Zeitschriftenwesens in Siebenbürgen.

Hatte sie verhältnismäßig spät eingesezt und finden wir ihre Anfänge in der Gemeinschaft von Windischs „Angrischem Magazin“ (Johann Seivert u. a.), so schieden sich die Wege bald entschieden und schroff. Die Siebenbürger Sachsen — und der 1785 gestorbene, als Gelehrter, Literat und Mensch bedeutende Johann Seivert machte da durchaus keine Ausnahme — dachten nicht im ent-ferntesten daran, die politische und geistige Eigenständigkeit ihrer „Nation“ auf-zugeben, um sich in Aufgaben der Kulturvermittlung für Madjaren oder andere Völker des Ostens zu verlieren. In viel wirksamerem Maße haben sie ihren Beitrag zur Kulturentwicklung der umwohnenden Völker dadurch geleistet, daß

sie — nach ihren bald größeren, bald geringeren Kräften — Kulturleistungen selbst hervorbrachten und sie durch Vorbildwirkung und mittel- und unmittelbare Erziehungseinflüsse den anderen mitteilten. In ihrem vollstlichen Bestande durch die Reformen Josephs II. schwer gefährdet, schlossen sie sich wie ein Mann zusammen, um ihren rechtlichen Besitzstand zu wahren. Und es ist kein Zufall, daß sie ihre Ansprüche durch das Mittel der Wissenschaft und im Wege einer Zeitschrift verteidigten. Am Samuel v. Bruckenthal, der nach seinem Rücktritt vom Posten des Gouverneurs von Siebenbürgen die erzwungene Muße dazu benützte, durch Mehrung seiner Bücherei gerade nach der wissenschaftlichen Richtung hin und durch Anregung der wissenschaftlichen Forschung dem Volkskampf ums Recht die feste Grundlage zu schaffen, sammelte sich ein Kreis tüchtiger und gelehrter Männer, Josef Karl Eder, Johann Filtsch, Jakob Aurelius Müller (der spätere Bischof), Binder, Neugeboren und andere, mit Wort, Wissenschaft und Feder für ihr Volk einzustehen. Wir finden sie alle zugleich im Mitarbeiterkreis der „*Siebenbürgischen Quartalschrift*“. Von dem rührigen Buchhändler und Drucker Martin Hochmeister herausgegeben, von Johann Filtsch betreut, brachte die Zeitschrift es von 1790 bis 1801 auf 7 Bände. Die Erkenntnis, die einer der Männer aus dem Kreise um Bruckenthal in die Worte faßte, daß „männliche Entschlossenheit das Heil der Völker sichert“, bezeichnet die Grundhaltung, von der sich die Quartalschrift in ihrer Arbeit leiten ließ. „Im Anschluß an neue Erscheinungen der Literatur, als Rezension eines unwahren Buches, in der Verteidigung gegen verunglimpfende Rezensenten kamen die großen politischen Fragen zur Erörterung, in denen das historische Recht zu Worte kam. Das letzte Ziel war, das Vaterland mit sich bekannter zu machen, die Landsleute auf wichtige Wahrheiten aufmerksam zu machen, die ihnen in moralischer, politischer, wissenschaftlicher und ökonomischer Hinsicht nützlich sein könnten, alles aber um den ‚Vaterlandsgeist‘ zu nähren und zu stärken“ (Teutsch). Dieser „Vaterlandsgeist“ war aber gleichbedeutend mit dem Bewußtsein und Willen zur Eigenständigkeit und Deutschtum der Sachsen in Siebenbürgen. Wenn es nach den schweren Erschütterungen der Josephinischen Reformbewegung den Besitzstand der Nation, obgleich nicht ohne Verluste, im wesentlichen doch zu wahren gelang, so hat die „*Siebenbürgische Quartalschrift*“ und die in ihr geleistete gediegene publizistisch-wissenschaftliche Arbeit ein wesentliches Verdienst darum.

In den „stillen Jahren“ der ersten Jahrzehnte des neuen Jahrhunderts, als der Besitzstand der Nation unbedroht schien, insofern dessen der Kampf auch keine neuen geistigen Kräfte gebar, ist in publizistischer Hinsicht die Höhe der Quartalschrift nicht mehr erreicht worden. Die „*Siebenbürgischen Provinzialblätter*“ (5 Bände, 1805—1824) sind sehr viel matter, unkämpferischer, ausdrucksloser als die Beiträge der Quartalschrift. Darin allerdings setzten die Provinzialblätter die Linie der Quartalschrift fort, daß sie von jener gefährlichen deutsch-ungarischen Ideologie, die in Windischs Tätigkeit vorgebildet worden war und in den zahlreichen deutsch-ungarischen Zeitschriften des Vormärz in madjarischem Sinne gepflegt wurde, entschieden abrückten. Als Franz Raffinay in der „*Tudományos Gyűjtemény*“, der ersten madjarisch-wissenschaftlichen Zeitschrift, im Anschluß an eine siebenbürgische Reise über die Sachsen schrieb, dieser „*Halb-Teutsche, Halb-Ungar, Halb-Türke* und weder Teutscher noch Ungar, noch Türke“, habe in ihm sonderbare Gefühle erregt, da antworteten die Provinzialblätter sehr deutlich und entschieden: „Der Siebenbürger Sachse ist kein halber, sondern ein ganzer Teutscher. Teutsch ist seine Sprache, Teutsch seine

Bildung, Deutsch seine Rechtlichkeit. Als Deutsche sind sie von jeher erkannt worden. Er ist kein halber Ungar; denn die Geschichte seiner Nation ist die Geschichte eines immerwährenden Bestrebens, sich unvermischt mit seinen ungarischen Anwohnern in Siebenbürgen zu erhalten, so wie auf der anderen Seite die Geschichte immer erneuter Versuche der Ungarn, sich zwischen die Sachsen einzudrängen. Und wie Herr Kazinczy dazu kommt, den Siebenbürger Sachsen einen halben Türken zu nennen, das ist nicht wohl einzusehen . . .“

Die „stillen Jahre“ prägten einen für die siebenbürgischen Verhältnisse bezeichnend gebliebenen Typ der Zeitschrift aus: das zur selbständigen Zeitschrift ausgestaltete Beiblatt der Tagespresse. Ohnedies nahm die Tageszeitung jener Jahrzehnte, deren Schwerfälligkeit, Gebiegenheit und Gründlichkeit von der nur dem Tag dienenden Leichtbeweglichkeit der modernen Zeitung erheblich abweicht, die Pflege von Arbeitsgebieten für sich in Anspruch, die wir heute eindeutig der Zeitschrift zuweisen. Dahin gehört vor allem das Gebiet des Schönegeistig-Literarischen. Sehr spät kommen dafür eigene Zeitschriften auf. Immer schon der Zeitschrift fiel hingegen das Gebiet der geschichtlichen, landes- und volkswissenschaftlichen Wissenschaft zu. So diente schon die erste, von Josef v. Benigni und Karl Neugeborenen 1833—1838 herausgegebene „Transsylvania“ der wissenschaftlichen Landeskunde. In den Beiblättern der beiden Zeitungen Hermannstadts und Kronstadts spiegelt sich dann der Kampf der politischen Auffassungen wider, die die beiden Schwesterstädte trennte. Die Beiblätter zum „Siebenbürger Voten“ (gegründet als „Siebenbürger Zeitung“ 1787 in Hermannstadt), waren habsburgisch gefärbt. Es waren in Nachfolge zunächst des in der Hauptsache Anzeigen und Mitteilungen dienenden alten „Intelligenzblattes“ von 1840—1854 wiederum ein „Intelligenz-“, dann „Amts- und Intelligenzblatt“; 1840—1849, 1855—1857 und 1861—1863 eine „Transsylvania. Beiblatt zum Siebenbürger Voten“ (1844 mit einem besonderen „Anhang zur Transsylvania für Landwirtschaft und Gewerbe in Siebenbürgen“), und schließlich von 1844—1847 ein „Deutsches Volksblatt für Landwirtschaft und Gewerbe in Siebenbürgen“. Die Beiblätter wurden wie das Hauptblatt unionsfeindlich redigiert, d. h. sie wandten sich gegen das große Problem, das sich vor 1848 bis zur Explosionsgefahr zuspitzte — gegen die Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn. Hingegen waren die Kronstädter „Blätter für Geist, Gemüt und Vaterlandskunde“ (1838—1848 und 1851—1858), die weniger hervortretenden „Stundenblumen der Gegenwart“ (1840—1843) und dann der robuste „Satellit des Siebenbürger Wochenblattes“ (1840—1858), die als Beiblätter des Kronstädter „Wochenblattes“ herauskamen, bis 1848 im wesentlichen unionsfreundlich, fortschrittlich, liberal gesinnt.

Stephan Ludwig Roth, der einer der bedeutendsten siebenbürgischen Publizisten gewesen ist, charakterisiert in seinem Aufsatz „Die zwei deutschen Zeitschriften im Siebenbürger Vaterlande“ die gegensätzliche Haltung der Kronstädter und Hermannstädter Organe vortrefflich, wenn er schreibt, es habe der „erste frische Geburtsstreich des Siebenbürger Wochenblattes auch den 57-jährigen Voten, der auf dem Großvaterstuhle beinahe eingeschlafen war, munter gemacht; und das Vaterland hat nunmehr statt der einen zwei sehr gut geschriebene wertvolle Zeitschriften. Beide — ich wüßte nicht, welcher ich den Vorzug geben sollte — ringen nun miteinander und suchen, im edlen Wettstreit, sich an Güte zu überbieten“. Indem er auf die zwischen beiden aufgetauchten Spannungen hinweist, meint er, es sei bekannt, „daß Journalfehden durch ihre Reibungen Lichtfunken erzeugen. — Möglich, aber unsere Lage ist eine andere. Wir Sachsen in Siebenbürgen sind in unserer ganzen Erscheinung, dem Wesen nach, eine Insel im Lande. Wo in gärenden Staatsselementen die Staatsformen als Kristalle erst anschließen sollen, ist's gut, daß sich Gleichartiges anziehet, Ungleichartiges abstößt. Da tut Scheidung,

Erennung not, sie ist die Bedingung der Verbindung. Unser Volk hat aber schon eine Form, ein bestimmtes Lebens- und Bildungsprinzip. Es soll nicht erst erkannt oder erbracht werden. Unsere zwei Blätter brauchen sich also nicht zu opponieren, durch Widerspruch brauchen wir nicht das Erfindungsvermögen zu schärfen, um uns ein Staatsgehäus zu bauen. Wohl haben wir es aber durch Eintracht im Bau zu erhalten und den unterminierenden Feind mit Einmütigkeit zu verjagen. Wir brauchen daher den Pfeilbündel ungelöset" (1842).

Die Kampfszeit der vierziger Jahre hat die ruhenden Kräfte in der Auseinandersetzung mit den großen geistigen Problemen der Zeit, die sich im weiten Gewand des Begriffes Liberalismus bergen, aber auch mit den nur Siebenbürgen betreffenden Sonderfragen der Angliederung an Ungarn, der Gleichberechtigung der Landessprachen und Völkerschaften Siebenbürgens, der wirtschaftlichen Umstellung auf die Erfordernisse einer neuen Zeit auch publizistisch in stärkster Bewegung gebracht. Boten „Satellit“ und „Transylvanien“ äußerlich die Möglichkeit, strittige Fragen vor der Öffentlichkeit zu erörtern, so haben die hervorragendsten Geister der sächsischen „Nation“ von dieser Möglichkeit weithin Gebrauch gemacht und die sächsische Publizistik auf eine bemerkenswerte Höhe gehoben. Es genügt, drei Namen zu nennen: Daniel Roth, den Arzt, Pfarrer, Dichter, Schriftleiter der „Transylvanien“ und Verfasser der Flugschrift „Von der Union und nebenbei ein Wort über eine mögliche dakoromanische Monarchie“, die ihn 1849 Heimat und Vaterland kostete und ihn schließlich unbekanntes Ortes in der Moldau verschellen ließ; Joseph Marlin, den liberalen Feuerkopf und ersten Berufsjournalisten der Sachsen; nach raschen Erfolgen raffte 1849 den jungen Dichter eine Kriegsfeuche in seinem 24. Lebensjahr im österreichischen Hauptquartier dahin; und schließlich Stephan Ludwig Roth, den großen Volksmann, Lehrer und Erzieher seines Volkes, dessen Größe in unseren Tagen ins deutsche Gemeinbewußtsein getreten ist. Wie kein anderer vereinigte er alle Talente eines bedeutenden Zeitschriftstellers, und wie kein zweiter war er von dem Gewicht des geschriebenen Wortes überzeugt. „Zur Beherrschung der Welt ist dereinst nur die Presse berufen“, schrieb er und bezeichnete die Presse als den „Predigtstuhl der Zeit“. Programmatisch hat er in einem 1843 veröffentlichten „Vorschlag zur Herausgabe von drei absonderlichen Zeitungen für siebenbürgisch-deutsche Landwirtschaft, Gewerbe, Schul- und Kirchensachen“ großzügige politisch-kulturelle Gedanken einer konservativen Volksführung entwickelt. Und als es ihm nicht gegeben war, den großen Plan zu verwirklichen, da hat er — am 11. Mai 1849, wenige Minuten, bevor die ungarischen Soldaten ihn zur Erschießung führten — als Testament den Seinen die „zu erscheinende Schul- und Kirchenzeitung“ ans Herz gelegt. Ein reiches publizistisches Wirken, das alle Gemeinschafts- und Lebensfragen seiner Volksgruppe umfaßte, liegt zwischen den beiden Ansätzen. Tiefe, heute wieder lebendig werdende Erkenntnisse hat dieser einfache Dorfpfarrer vorweggenommen, und wir bewundern an ihm nicht weniger seine heldische Haltung, als die Gewalt der Sprache, über die er verfügte, die Weite seines Blicks, die Größe des Herzens.

Nach dem Sturmjahr 1848/49, das den sächsischen Nationsgenossen drei ihrer besten Publizisten raubte — Daniel Roth, Stephan Ludwig Roth und Joseph Marlin —, klingt die leidenschaftliche Erregung, von der die Zeitschriften dieses Zeitabschnittes beflügelt scheinen, ab. Eine Glanzzeit der siebenbürgisch-sächsischen Publizistik war vorüber. Ruhigere, dem Rechtskampf tragsfähige Unterlagen liefernde Veröffentlichungen wissenschaftlicher, geschichtlicher, landeskundlicher Art traten in den Zeitschriften wieder in den Vordergrund. Zu den dauerndsten Gründungen aus der Vereinsbewegung der vierziger Jahre gehörte

ein „Verein für siebenbürgische Landeskunde“. Er nahm die Herausgabe des 1841 von dem verdienstvollen Schulrat Johann Karl Schuller begründeten „Archiv für die Kenntnis von Siebenbürgens Vorzeit und Gegenwart“ als „Archiv des Vereins für siebenbürgische Landeskunde“ unter seine Obhut (von 1842 bis heute 49 Bände). Die zweite Jahrhunderthälfte brachte die Sprach-, Geschichts- und Volkskundeforschung zur Blüte. Als das Deutschthum Siebenbürgens den Charakter einer selbständigen politischen Nation verlor — 1876 wurde ihre Verwaltungsautonomie durch die „Zertrümmerung des Königsbodens“ endgültig beseitigt —, da bildete sich aus der wissenschaftlichen Erforschung und Kenntnis der Vergangenheit und der sächsischen Volksseele jener geistige Ring, der die in ihrer evangelischen Kirche immer noch vereinten Sachsen mit unsichtbaren, aber nicht weniger wirksamen seelischen Bänden zur seelisch-blutlichen Einheit verklammerte. Im Archiv des Landeskundevereins, der sich 1878 ein monatliches „Korrespondenzblatt“ beilegte — es erscheint heute im 62. Jahrgang als „Siebenbürgische Vierteljahrschrift“ fort —, sind die grundlegenden Ergebnisse der Forschungen niedergelegt, aus denen die Volksseele die Kraft des Beharrens zog. Und wenn in den „Blättern für Geist, Gemüt und Vaterlandskunde“ im Jahre 1844 der Versuch, die sächsische Geschichte aus der allgemein-siebenbürgischen herauszuheben und selbständig darzustellen, noch heftig hatte bekämpft werden können, so schwand nach dem „Ausgleich“ vom Jahre 1867, der auch die „Union“ Siebenbürgens mit Ungarn zur Tatsache machte, dieses gemein-siebenbürgische Bewußtsein vollständig zugunsten einer nur siebenbürgisch-deutschen, genauer gesagt: siebenbürgisch-sächsischen Einstellung. In der groß-siebenbürgischen Zeit hatten 1844—1847, 1852 und dann wiederum 1859—1861 Bände eines „Magazins für Geschichte, Literatur und alle Denk- und Merkwürdigkeiten Siebenbürgens“ als einer allgemeinen und wertvollen landesfundlichen Zeitschrift erscheinen können; die „Verhandlungen und Mitteilungen des Siebenbürgischen Vereins für Naturwissenschaften zu Hermannstadt“, die seit 1850 ununterbrochen bis jetzt erscheinen und das naturwissenschaftliche Gegenstück zum geisteswissenschaftlichen Archiv des Landeskundevereins sind, waren ebenfalls noch gemeinsiebenbürgisch. Allein schon die endliche Verwirklichung des großen Planes von Stephan Ludwig Roth betreffend die Herausgabe einer Schul- und Kirchenzeitung nahm die „sächsische“ Färbung an. Roths Biograph Franz Obert gab sie von 1866 an als „Schul- und Kirchenbote für das Sachsenland“ heraus (unter diesem Titel bis 1919; seit 1920 erscheint die Zeitschrift als „Schule und Leben. Fachzeitschrift des Siebenbürgisch-Sächsischen Lehrerbundes“ — vorübergehend mit dem Untertitel und der Zielfestsetzung: „Deutsche Lehrerzeitung für Großrumänien“). Die Pflege des Kirchlich-Religiösen übernahmen ab 1897 „Kirchliche Blätter aus der evangelischen Landeskirche N. B. in Siebenbürgen“ (heute: Rumänien), als evangelische Wochenschrift für die Glaubensgenossen aller Stände. Seit 1873 erscheinen „Landwirtschaftliche Blätter für Siebenbürgen“ als Organ des Siebenbürgisch-Sächsischen Landwirtschaftsvereins, ein die ganze Zeit bis zur Gegenwart hervorragend gut geleitetes Bauernblatt mit einer gediegenen schöngeistig-kulturellen Beilage.

Überblickt man die Zeitschriftengründungen dieses Zeitabschnitts, dann fällt äußerlich zunächst ihre solide Fundierung und Langlebigkeit ins Auge. Das „Archiv“ hat es in 100 Jahren auf 50 Bände gebracht, die Verhandlungen und Mitteilungen in etwa der gleichen Zeit fast auf das Doppelte, Schule und Leben steht im 73. Jahrgang, das „Korrespondenzblatt“ im 62. Jahrgang; selbst das

„Jahrbuch des Siebenbürgischen Karpathenvereins“, das, 1881 begründet, zumal in seinen ersten Jahrgängen, neben allgemeinen Abhandlungen auch solche wissenschaftlicher und halbwissenschaftlicher Art enthielt, zählt heute über 50 Folgen. Gewiß stehen vereinsartige Zusammenschlüsse hinter jedem dieser Blätter. Aber es äußert sich darin doch auch die hohe Beharrlichkeit des siebenbürgisch-deutschen Volkscharakters, der erst wagt, dann wagt: das einmal Begonnene und als richtig Erkannte dann aber gegen alle Schwierigkeiten und Hindernisse durchsetzt. Sie spiegeln weiter die in sich geschlossene „sächsisch“ Welt des wissenschaftlichen Zeitalters, die Epoche eines gemäßigten Freisinns, die aber — im Unterschied zu den Verfezungserscheinungen im bürgerlichen Ungarndeutschtum — zugleich eine Zeit des fanatischen Bekenntnisses zum Deutschtum war. Die sächsische Lebensordnung in Siebenbürgen hatte sich im Schutze der Kirche und unter dem Einflusse der historischen Wissenschaften zu solcher Geschlossenheit durchgebildet, daß die „großdeutschen“ Befenner des deutschen Gedankens in ihrem eigenen staatlichen Lebenskreise durchaus „kleinsächsisch“ dachten. In den siebenbürgisch-deutschen Zeitschriften vor der Jahrhundertwende wird der Gedanke, daß den verzweifelt um Erhaltung ihres Volkstums ringenden übrigen deutschen Volkssplittern Ungarns, Heizen, Zipfern, Banater Schwaben, von Siebenbürgen aus geholfen werden müßte, kaum jemals angeklungen. Und schließlich ist jetzt das Fehlen eines eigenen Organs für schöngeistige Veröffentlichungen auffällig. An Gründungsversuchen fehlte es nicht. Zehn Jahre lang erschien in Kronstadt der „Siebenbürgische Volksfreund. Ein Sonntagsblatt für Stadt und Land“ (1886—1895), das den breiten Volkskreisen gediegenen heimischen Lesestoff vermittelte; ein „Kleines Universum“ (1894), „Der Kepsfer Burgvogt“ (1903), „Die Bergglocke“ (1904) waren ephemere Erscheinungen, und die Hermannstädter Wochenschrift für Humor und Satire „Neppendorfer Blätter“ (gegründet 1902, seit 1929 „Lustige Welt“) konnte und kann höhere Ansprüche nicht befriedigen. Die wurden in Siebenbürgen aber gestellt. Denn nicht nur auf dem Gebiet der Berufs- und Fachblätter wurden in dem Land „jenseits der Berge“ die reichsdeutschen und österreichischen Veröffentlichungen gerade so gehalten und gelesen, wie in jeder Provinz des großen Deutschen Reiches auch, sondern zumal auch auf dem Gebiet des schöngeistigen Schrifttums war man in Hermannstadt oder Kronstadt mit den letzten Erscheinungen vielfach besser auf dem Laufenden als in mancher binnendeutschen Kleinstadt und stellte infolgedessen höchste Ansprüche an die heimische Dichtung. Denen konnten die siebenbürgischen Veröffentlichungen selbst lange Zeit hindurch nicht gerecht werden.

Eine grundlegende Änderung dieser Lage erfolgte durch die „Halbmonatschrift für Kultur und Leben“ „Die Karpaten“ (1907—1914). Begründer, Herausgeber und Leiter war Adolf Meschedörfer, damals junger Lehrer an einer Kronstädter höheren Schule. Die „Karpaten“ entstanden im Strom jener allgemeinen Kunst- und Kulturbewegung, die durch Namen wie Ferdinand Avenarius und den „Kunstwart“ gekennzeichnet ist. Die „Moderne“ erstreckte um die Jahrhundertwende ihre Wirkungen überallhin auch ins Außendeutschtum. Für die Baltendeutschen stellte Paul Schiemann — man glaubt, ein Zitat aus den „Karpaten“ zu hören — die Devise auf: „Modern müssen wir werden, wenn wir deutsch bleiben wollen“, und aus diesem Geiste hat sich die damals schon ein rundes Halbjahrhundert alte „Baltische Monatschrift“ verjüngt. Adolf Eichlers „Monatsblätter für die Deutschen in Rußland“ (1908/09), die sich vor allem an das kongresspolnische Deutschtum wandten, von den reichen Lodzjer Fabrikant-

ten indessen nicht durchgehalten wurden, die damals im St. Petersburger und Moskauer Deutschtum umgehenden ästhetisch-künstlerisch-theatralischen Bestrebungen und Zeitschriftenpläne, die Gründung von Viktor Drendis Zeitschrift „Von der Heide“ im Donauschwabentum, selbst Ernesto Niemeyers weitgespannten Literaturpläne im Brasiliendeutschtum: sie alle sind Ausläufer der gleichen „modernen“, „ästhetischen“, „Kulturbewegung“, unter deren Auswirkungen Adolf Meschendorfers „Karpathen“ standen. Der Einfluß, den sie in Siebenbürgen und darüber hinaus geübt haben, ist beträchtlich. Sie beschloßen in Siebenbürgen die „Schäßburg-Hermannstädter“ Epoche der Wissenschaft als wichtigster lebensgestaltender Macht und setzten die Kunst an deren Stelle. Durch die strenge Kunst- und Kulturkritik, die Meschendorfer übte, machte er der landschaftlich begrenzten Heimatkunst ein Ende und führte jenen Zeitabschnitt herauf, in dem die siebenbürgische volkhafte Dichtung ihren Volksstamm in derselben Art nach außen vertrat und in der Seele des Gesamtdeutschtums verankerte (Wittstock, Zillich), wie es früher die Wissenschaft getan hatte (Teutsch, Schullerus). Während Meschendorfer als Kultur- und Kunstkritiker aber einen unbeugsam starren Maßstab verkündete und damit in der engeren Heimat wichtige Erziehungsarbeit leistete, war er als Herausgeber weitherzig genug, den schaffenden Geistern aus dem ganzen Donau-Karpatenraum in seiner Zeitschrift Gastrecht zu gewähren. Was in dem deutschen Südostraum vor dem Kriege irgendwie bedeutend die Feder führte, hat an Meschendorfers Zeitschrift mitgearbeitet: der Heinze Mathes Nitsch, Ella Eriebnigg-Virhert aus der Schwäbischen Türkei, der Raabtaler Mundartdichter Josef Reichl, der Zipser Emmerich Kövi, zahlreiche Banater Schwaben, Johann Eugen Probst, Josef Gabriel, Otto Altscher und andere, der buchenländische Vorkämpfer des karpato-deutschen Gedankens Raimund Friedrich Raindl; aus Ultramänien, der Dobrubtscha, aus Deutschgalizien, der Batschka, aus Syrmien und Kroatien sammelte Meschendorfer die geistig Schaffenden um die Kronstädter Zeitschrift, wie das selbst nach dem Krieg zu Zeiten heftigsten Aufflammens des volksdeutschen Gedankens den mit ganz anderen Mitteln arbeitenden großen reichsdeutschen Zeitschriften kaum gelang. Und das, wohlgemerkt, zu einer Zeit, als die deutsche Volksgruppe Siebenbürgens „kleinsächsische“ Politik trieb, das heißt als sie sich im politischen Alltag ausschließlich auf die Verteidigung „sächsischer“ Lebensrechte beschränkte, ohne an dem Volkstumskampf der übrigen deutschen Splittergruppen im europäischen Südostraum aktiv teilzunehmen. In der geistigen Überwindung dieses kleinsächsischen Standpunktes — der sich mit der im Hinblick auf das Ganze selbstverständlich großdeutschen und volkhafsten Einstellung der Siebenbürger übrigens merkwürdig leicht in Übereinstimmung bringen ließ — liegt eines der Hauptverdienste der „Karpathen“ und ihres einzigartig begabten Herausgebers Adolf Meschendorfer. Sie beendete im Südostraum eine Entwicklung, die im Spiegel des Zeitschriftenwesens durch 150 Jahre hindurch zu beobachten ist. An deren Anfang steht die Sammlung aller deutschen „Gelehrten“ aus dem Südostraum um Windischs „Angrisches Magazin“ mit dem in diesem Raum gewissermaßen als „Abfall“ und „Eigenbrötelei“, ja als „Verrat am deutsch-ungarischen Gedanken“ empfundenen Abweichen der siebenbürgischen Deutschen von der Kulturvermittlungslinie Windischs. Die Scheinblüte, die das „Deutschungarntum“ und auch das deutsch-ungarische Zeitschriftenwesen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufwies, schien die Sachsen Siebenbürgens ins Unrecht zu setzen. Der Abschluß der Entwicklung vor dem großen Krieg hat schließlich doch ihnen recht gegeben. Meschendorfers „Karpathen“ sind

Ausdruck und Krönung dieses Sieges. Das hundert Jahre vorher blühende deutschstädtische Bürgertum Ungarns war bis auf geringe letzte Reste verschwunden, atomisiert, als Kulturdünger und Blutauffrischung ins Madjarentum eingeschmolzen. In bescheidenerem, aber rein deutschem und aus eigener Kraft selbständigem Rahmen übten indes die Siebenbürger Sachsen ihre alte Kulturfunktion — und durchaus zum Vorteil des Staates und der Völker, in deren Mitte sie gestellt waren — wie nur jemals im Lauf ihrer Geschichte aus. Und die „Karpathen“ bewiesen, daß sie auch zur Wahrnehmung größerer Ziele, zu Sammlung und Einfaß des schöpferisch lebendigen deutschen Geistes und Blutes im Südosten überhaupt befähigt und gewillt waren. In diesem Sinne bedeuten Meschendorfärs „Karpathen“ nicht nur ein Gegenstück, sondern den vollhaften Sieg über Windisches „Angrifches Magazin“.

\*

Die Entwicklung des rumäniendeutschen Zeitschriftenwesens nach dem Kriege ist letztlich nur gegenwartsnahe Weitung und Entfaltung von schon im Vorkrieg lebendigen keimhaften Ansätzen —, allerdings in völlig neuem und unerwartetem politischen Rahmen.

Die aus dem Zusammenkommen so verschiedenartiger deutscher Siedlergruppen im großrumänischen Staat fließenden neuen volkspolitischen Aufgaben haben mit ihrer durch Jahrhunderte bewährten Anpassungsfähigkeit an wechselnde politische Lagen zuerst die Siebenbürger bewußt wahrgenommen. Noch stand der Großteil ihrer Jungmannschaft im Felde, da brachte Richard Esaki in Hermannstadt schon eine Zeitschrift „Ostland“, Monatschrift für die Kultur der Ostdeutschen“ heraus (3 Bände, 1919—1921). Neben dem starken politischen Einschlag gab der auf sächsischer Grundlage großrumänisch eingestellten Zeitschrift die bewußte Beachtung außersächsischer Kulturbelange und die starke Heranziehung Banater und Buchenländer Mitarbeiter das Gepräge. Noch war, als die Zeitschrift zu erscheinen begann, die Czernowitzer Universität nicht rumänisiert, und es kann nicht in Erstaunen setzen, daß die Mitarbeit der Czernowitzer deutschen Hochschullehrer nicht nur dem ersten Südostdeutschen Hochschulkurs, der 1920 in Hermannstadt stattfand, sondern auch Esakis erstem „Ostland“ eine Kulturhöhe verlieh, die es binnendeutschen Zeitschriften ebenbürtig zur Seite stellte. Sieben Jahre lang (1920—1927) vermochten „Deutsche Politische Hefte aus Großrumänien“, von Rudolf Brandsch herausgegeben, ein rein politisches Programm, das aber das ganze Südostdeutschtum, ja das europäische Ausland- und Binnendeutschtum insgesamt in seine Ideologie einschloß, von Hermannstadt her durchzuführen. Und ein zweites „Ostland“ Esakis („Ostland. Vom geistigen Leben der Auslandsdeutschen“, 1926—1931, 6 Bände) ging über den europäischen Kulturkreis noch hinaus und bezog selbst noch das Überseedeutschtum in seine geistige Betreuung mit ein. Die feste Grundlage, von der aus die kühnen Vorstöße in so weite Gebiete gewagt wurden, blieb indessen der südostdeutsche, ja letztlich: siebenbürgisch-sächsische politische Lebens- und Erfahrungskreis. Als vor dem Ansturm des Nationalsozialismus die alten Welten auch im Außendeutschtum zusammenbrachen, da schuf sich die deutsche Volksgruppe Rumäniens volkspolitische Zeitschriften, die unter Fortführung und Verdichtung ihrer Beziehungen zur deutschen Um- und Außenwelt das Geistesgut der neuen Bewegung zum Gemeingut aller Blutsdeutschen des Landes zu machen und die politische und blutliche Einheit und Schlagkraft der Volksgruppe in dem

gegebenen staatlichen Rahmen zur höchstmöglichen Steigerung zu bringen suchten. Bezeichnend ist, der jahrelangen Aufspaltung in zwei Parteien entsprechend, die Doppelbesetzung der „Refforts“, die auch nach erfolgter Einigung der Volksgruppe (1938) im Zeitschriftenwesen noch nicht ganz abgebaut worden ist, wenngleich die polemischen Auseinandersetzungen naturgemäß völlig eingestellt wurden. So steht neben der deutschen Monatschrift in Rumänien „Volk und Heimat“, die 1938 als Organ der „Volksgemeinschaft“ ins Leben gerufen worden war, der Kronstädter „Sachsen Spiegel“, der seine kampffrohe Haltung und germanische Ausrichtung von der Zeitschrift „Volk im Osten“ (1934/35, 2 Bände) als Erbe übernommen hat. Da starke Persönlichkeiten, die diesen Zeitschriften ihren Stempel aufgedrückt hätten, hinter dem programmatisch Neuen, das alle Mitarbeiter brachten, bisher wenig sichtbar wurden, haben diese Blätter ihren Zweck totaler Erfassung und Führung der Volksgruppe bisher nicht voll erreichen können. Die große Aufgeschlossenheit, die alle Siedlungsgebiete ihnen entgegenbringen, wird ihnen die vollständige Durchsetzung wesentlich erleichtern. In der biologisch-lebhaftlichen Ausrichtung, die ihre politisch-weltanschauliche Haltung bestimmt, hatten sie einen Vorläufer schon vor dem Krieg in Heinrich Siegmunds „Volksgeundheit. Monatschrift für deutsch-ungarische Kulturpolitik“ (1902–1911).

Neben diesen bewußt rumäniendeutsch ausgerichteten „totalen“ Zeitschriften, deren sich die Volksführung in steigendem Maße bedient, haben alle deutschen Siedlungsgebiete des Landes ihre landschaftlich bestimmten eigenen Veröffentlichungen behalten. Es braucht nicht besonders unterstrichen zu werden, daß heute auch diese Zeitschriften ohne Ausnahme den Gedanken der rumäniendeutschen Gemeinbürgerschaft und das Ideengut des neuen Deutschland in mehr oder minder scharfer Ausprägung vertreten. Zum Teil führen sie die Bezeichnung „deutsch in Rumänien“ bereits irgendwie im Titel oder Untertitel („Der Wanderer“. Karpathenzeitung. Zentralblatt für Touristik und Jagd in Rumänien. 1926/27. „Deutsche Kinderzeitung für Rumänien“ 1929. „Medizinische Zeitschrift“. Fachblatt der deutschen Ärzte in Rumänien. Erscheint als Organ des Siebenbürgisch-Deutschen Ärztevereins seit 1926. „Wandervogel“, Deutsche Jugendwanderer in Rumänien 1930 usw.). Den ersten Platz unter ihnen nimmt, sowohl hinsichtlich ihrer kampffrohen Einsatzbereitschaft für deutsche Gesinnungs- und Kulturwerte, als auch was die allgemeine Leistungshöhe ihrer Beiträge überhaupt anbelangt, die siebenbürgische Zeitschrift „Klingsor“ ein (seit 1924). Ihr Herausgeber ist Heinrich Zillich. Meschendorfer hatte in den „Karpathen“ das Bestehensrecht der Deutschen in Siebenbürgen mit ihrer „Qualität“ begründet; die Aufgabe sei, ihren geistigen Besitz stets auf der Höhe der Zeit zu halten, Neuerungen schneller als ihre Gegner auszunützen, moderne Zeitschriften und Zeitungen, moderne Schulen, moderne Banken, moderne Kaufleute, moderne Gelehrte, moderne Volkserzieher zu haben, mit einem Wort: moderner, fortschrittlicher, tüchtiger zu sein als ihre Nachbarn. Zillich schrieb: „Wir müssen edler, tiefer sein, religiöser sein. Zivilisatorische Schulmeister zu sein, ist erst unsere zweite Aufgabe.“ In solcher Zielsetzung ist seine Zeitschrift zunächst ein Ausdruck des Gegensatzes zwischen den Geschlechterfolgen. Der Zusammenstoß der Altersschichten war in diesem Fall zugleich ein Zusammenstoß zweier Weltanschauungswelten und zweier Kulturzeitalter. Die bildungsfreudige Fortschrittgläubigkeit des Vorkriegs schied sich hier von einer von dem Drang deutscher Erneuerung ergriffenen, den Gott suchenden neuen Zeit. „Wir bringen keine Wissenschaft, wir wünschen die Sinnhaftigkeit wieder ins Leben zu setzen“,

hieß es in dem Aufruf des „Klingfor“. Ihren Führungsanspruch hat die um die Zeitschrift gescharte Kriegsgeneration ohne Abstrich aufrechterhalten und in den Leistungen ihrer Dichter (Zillich, Wittstod, Neustädter und anderer) zum Teil bereits verwirklicht. Im deutschen Binnen- und Außenraum und auch im rumänischen und ungarischen Kulturbereich hat sich Zillichs Zeitschrift Beachtung und Anerkennung errungen.

Im übrigen hat die vollkommene gesellschaftlich-soziale Ausbildung und Durchgliederung der siebenbürgisch-deutschen Volksgruppe, die nicht mit Unrecht dem „geschlossenen Volkstyp“ zugerechnet wird, im Zeitschriftenwesen ihre genaue Entsprechung. Für die Bedürfnisse des wichtigsten und zahlreichsten Standes, der Bauernschaft, sorgen, zwischen Zeitschrift und Fachzeitung stehend, die „Landwirtschaftlichen Blätter“ (gegründet 1873). Die „Industriezeitung“, als Monatschrift des Bundes Siebenbürgischer Industrieller 1921 gegründet, dann als „Industrie- und Handelszeitung“ mit der „Siebenbürgischen Handelszeitung“ (gegr. 1924) verschmolzen, hat ihren wirtschaftlichen Führungsanspruch an die seit 1935 erscheinende „Wirtschaftsrundschau“ (Monatsmitteilungen der Hermannstädter Allgemeinen Sparkassa“) abtreten müssen. Zunächst gewissermaßen Hausblatt einer Privatbank, hat sich diese Zeitschrift rasch zu einem maßgeblichen Organ der deutschen Wirtschaft in Rumänien emporgearbeitet. Das religiöse und kirchliche Leben, dem im engeren Kreise mehrere Gemeindeblätter dienen, wird von Georg Schergs „Lichtern der Heimat“ (seit 1920, erscheint zweimal monatlich) wohltuend befruchtet; für die amtliche Betreuung sorgen die „Kirchlichen Blätter“ (gegr. 1897). Organ des Lehrerbundes ist „Schule und Leben“, mehrere Jugend- und Jugendbundsblätter widmen sich der außerschulischen Erziehung. In der vom Gedanken der deutschen Erneuerung ergriffenen Volksgruppe ist ihre Bedeutung sehr gewachsen. Archiv und Vierteljahrschrift dienen, samt den „Mitteilungen“ des Bruckenthalischen und des „Burzenländer Sächsischen Museums“, die ersten in Hermannstadt jährlich, die zweiten in Kronstadt vierteljährlich erscheinend, der volks- und landeskundlichen Forschung, die „Verhandlungen und Mitteilungen“ der Naturwissenschaft, die „Medizinische Zeitschrift“ der Heilkunde. Jäger und Wanderer, Genossenschaftsmänner, Guttempler, Sportler —, sogar die Kinderfrohen hatten und haben ihre Zeitschriften.

Nicht ganz so weit ist die Differenzierung des volksdeutschen Zeitschriftenwesens im Banat gediehen. Dort hat es eine weniger große Vergangenheit als in Siebenbürgen. Örendi-Hommenaus Monatschrift „Von der Heide“ erschien nach dreijähriger, durch das Kriegsende bedingter Pause im September 1922 wieder (bis 1926) mit der Losung: „Ehrliche Volksaufklärung zu leisten, deutschen Idealismus in die Herzen zu pflanzen, sittliche Kräfte zu sammeln und der verlorengegangenen Schönheit einen bescheidenen Altar aufzurichten.“ Viele alte Bezieher und Mitarbeiter waren der Zeitschrift treu geblieben. Aber ihre große Zeit war der Vorkrieg gewesen. Im Wettstreit mit den binnen-deutschen Veröffentlichungen, die das zum Bewußtsein seiner Vollheit erwachte Schwabentum kennenlernte und bald heißhungrig verschlang, konnte das Heideblatt trotz der bodenständigen Note, die der Herausgeber ihm zu geben bemüht war, um so weniger bestehen, als es sich ausgesprochenen und unausgesprochenen Einmischungen in die Parteipolitik des Tages nicht fernzuhalten verstand. An seine Stelle traten 1927 „Banater Deutsche Kulturhefte“ (bis 1931, 5 Bände) als Organ des im Jahr vorher gegründeten Banater Deutschen Kulturvereins. Nach dem Geses, nach dem sie angetreten, haben die Kulturhefte,

die wissenschaftlichen und Forschungsarbeiten zur Volkskunde der Donaudeutschen gerne Raum gaben, den Charakter des Unpersönlichen und Anlebendigen nie ganz abzulegen vermocht. Ins wirkliche Volk hinein wirkte der „Banater Landwirt“ („Fachblatt und Vereinszeitschrift des Schwäbischen Landwirtschaftsvereins“, seit 1922), das Gegenstück der „Landwirtschaftlichen Blätter“ Siebenbürgens, das (katholische) „Sonntagsblatt“ (seit 1923), in engerem Kreis, aber nachhaltig der „Banater Schulbote“ auf die nach dem Krieg schon in eigenen Anstalten herangebildete deutsch-katholische Lehrerschaft. Der Ehrgeiz der Banater, die einen Nikolaus Lenau und Adam Müller-Guttenbrunn mit Stolz zu den ihren zählten, ging aber schon in den ersten Nachkriegsjahren auf eine literarisch vollwertige Kulturzeitschrift. Man meinte — in Unterschätzung des in wenigen Jahren zuwege gebrachten breiten deutschen Kulturaufbauwerks — seit Adam Müller-Guttenbrunn keine wirklich beachtliche Leistung mehr hervorgebracht zu haben. Anton Valentin schuf, um den jungen Kräften den Weg in die Öffentlichkeit zu bahnen, 1933 die „Banater Monatshefte“. Literatur, Wissenschaft und Kunst finden in ihnen gleichmäßig liebevolle Beachtung. Indessen gehen unter der als volksdeutschen noch jungen geistigen Schicht der Schwaben die Energien noch wesentlich in der volkspolitischen Tagesarbeit auf; schwieriger als in anderen Siedlungsgebieten ist die Sammlung eines literarisch produktiven Mitarbeiterkreises im Banat. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Bestrebungen Valentins doppelter Förderung und Anerkennung wert.

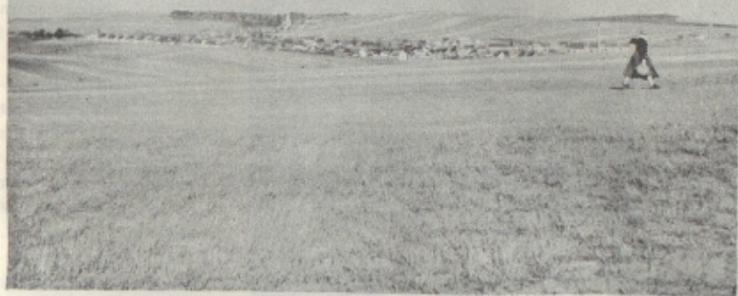
Im Buchenland erwächst die große Schwierigkeit für eine richtige Beurteilung des Zeitschriftenwesens aus der Jahrzehnte hindurch nicht vollzogenen Trennung zwischen deutschem und deutschsprachigem Schrifttum. Bis auf den heutigen Tag ist in dem Vielvölkerländchen das Deutsche auch außerhalb der deutschen Volksgruppe weithin gekannt und gerne benützte Verkehrssprache geblieben. Zumal von dem Jiddischen her war sie leicht erlernbar; sie öffnete der zahlreichen jüdischen Bevölkerung den Zugang zur europäischen Kultur. Man braucht bloß an Karl Emil Franzos und die Rolle dieses Mannes in dem deutschen Literaturleben im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts zu erinnern — seine Zeitschrift „Deutsche Dichtung“ erschien allerdings nicht in Czernowiz, sondern in Berlin —, um sich Umfang und Wirkungen dieser Tatsache zu vergegenwärtigen. Andererseits hat es doch Gebiete gegeben, die ausschließlich oder doch vorwiegend von deutschen, nicht bloß deutschsprachigen Zeitschriften gepflegt wurden: dahin gehörten Erziehungsweisen und Wissenschaft.

Noch bevor der aus Mähren gebürtige, aber in der Bukowina heimisch gewordene Ernst Rudolf Neubauer mit seiner Landes- und Amtszeitung „Bukowina“ (1862—1867) mit ihrem (kurzlebigen) Sonntagsblatt „Zur Unterhaltung und Belehrung“ die erste deutsche Zeitung für das 1774 dem Fürstentum Moldau von Österreich abgenommene, 1848 als selbständiges Kronland aus der gemeinsamen Verwaltung mit Galizien entlassene Ländchen schuf, war die Zeitschrift auf dem Platz erschienen. Neben den wirtschaftlichen Interessen („Wochenschrift der Bukowiner Handels- und Gewerbekammer“, 1851—1854) drängten wissenschaftlich-kulturelle Belange zum Ausdruck. In Verbindung mit den Bestrebungen, aus denen 1851 die Gründung der „Bukowiner Landesbibliothek“, des Grundstockes der heutigen Czernowitzer Universitätsbibliothek, angeregt und 1852 sichergestellt wurde, kamen 1852 und 1857—1859 „Mitteilungen des Vereins für Landeskultur und Landeskunde“ heraus. Im Hintergrund stand nach dem Muster der nur zehn Jahre älteren Hermannstädter Rechtsakademie der Gedanke der Einrichtung eines „juristischen Studiums mit beson-

derer Rücksichtnahme auf vaterländische Geschichte, Statistik und Rechtskunde“ als Kern einer deutschen Hochschule. Des Freiherrn J. v. Mustaza (rumänischer Volkszugehörigkeit, aber deutscher Bildung) als treibender Kraft aller damaligen kulturellen Bestrebungen muß ehrend gedacht werden. Die wissenschaftliche Linie führten, nachdem die erstrebte Universität wirklich erlangt worden war, 1892 bis 1913 die „Mitteilungen des Statistischen Landesamtes“ fort und 1893—1913 das „Jahrbuch des Bukowinaer Landesmuseums“. Die schmalen Bände haben in den Forschungen R. U. Komstorfers, R. F. Rainsls und anderer bis heute wertvollste Daten aus der deutschen und außerdeutschen Geschichte und Volkskunde der Bukowina aufbewahrt. Reizvolle Untersuchungen galten auch den Denkmälern der alten moldauischen Baukunst in der Bukowina. Für das Gebiet der Erziehungswissenschaft und für die Vertretung ihrer Standesbelange schuf sich die deutsche Lehrerschaft des Buchenlandes mehrere Organe: 1873 die „Bukowiner pädagogischen Blätter“, die bis nach Jahrhundertbeginn erschienen, die „Freie Lehrerzeitung“ 1901—1908, die „Bukowiner Schule. Zeitschrift für das Volksschulwesen“ 1904—1914. Von den scharfen Parteiungen, die das öffentliche Leben des Kronlandes zerrissen, hat sich die Lehrerschaft nicht fernhalten können; das kommt in ihren Zeitschriften nicht immer vorteilhaft zum Ausdruck. Der „Verein der christlichen Deutschen“, der, als in den 1897er Badenischen Sprachverordnungen die Regierung das Deutschtum im Stiche ließ, unter der Führung deutscher Hochschullehrer (Theodor Gartner, Rudolf Scharizer u. a.) um die Jahrhundertwende zur Beseitigung der völkischen Teilnahmslosigkeit auf deutsch-arischer Grundlage errichtet worden war, überbrückte diese Gegensätze nicht, sondern verschärfte sie, da bei den Reichsrats- und Landtagswahlen die völkische Einheit nicht gewahrt wurde und Deutschnationale und Christlichsoziale im Kampf gegeneinander entbrannten. Organ des Vereins, das sich auch landwirtschaftlichen, landes- und volkskundlichen Beiträge gerne öffnete, waren der anfangs monatlich erscheinende, auch in nichtdeutschen Volkskreisen gerne gelesene „Bukowiner Bote“ (mit Unterbrechungen bis 1922) und der „Deutsche Kalender für die Bukowina“, der seit 1903 bis zum heutigen Tag erscheint. An wirtschaftlichen Zeitschriften und Fachblättern, zumal der „Genossenschaftszeitung“ (1888—1902) arbeiteten die Fachlehrer der Universität, so Prof. Dr. Friedrich von Kleinwächter, mit. Der Landesverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften hatte eigene „Genossenschaftliche Mitteilungen“ (1903—1913). Fachblätter für Gewerbe und Handel konnten, der vollklich gemischten Zusammensetzung gerade dieses Standes entsprechend, den deutschen Standpunkt naturgemäß weniger wahren.

Die jahrzehntelange Symbiose vieler Völkerschaften in der Bukowina, zumal auch das in deutscher Sprache lebende Subentum, haben besonders tiefe Spuren in den schöngeistigen Zeitschriften des Ländchens hinterlassen. Der überlieferungsgeweihte Name, den man für die wählte, war „B u c h e n b l ä t t e r“. Der Schauspieler Wilhelm Capilleri gab 1864 die erste schöngeistige Sammlung unter diesem Namen heraus; 1870 folgte Karl Emil Franzos; der als junger Lehrer zeitweilig in die Bukowina verschlagene Tiroler Dichter Johann Georg Obrist erneute im Jahre darauf den Versuch; die letzten „Buchenblätter“ schenkten Alfred Klug und Franz Lang 1932 ihren Volksgenossen. Keines dieser Jahrbücher hat mehr als einmal erscheinen können, in dem bescheidenen Rahmen, den sie sich ziehen mußten, geben sie aber allesamt ein lebendiges Bild der in deutscher Sprache beheimateten bukowinischen Kulturgemeinschaft mehrerer Völker. Etwa anderthalb Jahre lang erschien die schöngeistige deutschsprachige

## Wischauer Bilderbogen



Kutscherau

Wie die flache Hügellandschaft Niederösterreichs und die Wiener Ebene nordwärts nach Mähren übergreifen, so schieben sich die deutschen Volksinseln des Protektorats Böhmen und Mähren in heute tschechisches Gebiet vor. Diese Inseln sind Reste einer stärkeren Siedlung, die den alten nord-südlichen Verkehrswegen gewiß schon zur Landnahmezeit folgte. Eine der kleinsten von ihnen liegt zwischen Austerlitz und Wischau. Sie zählt heute nur noch sieben Dörfer und rund 3500 deutsche Einwohner. Aber in weitem Umkreis zeigt die Kulturlandschaft noch deutsches Gepräge.

### Gundrum

Ein Streifen tschechischen Bodens zerschneidet die Insel in zwei Stücke. Der kleinere Teil im Südosten umfaßt nur zwei Dörfer. Dort sind die alten Bauformen und Trachten bereits untergegangen. Die Häuser vertauschten ihre Eigenart gegen den im ehemaligen Österreich-Ungarn verbreiteten kleinstädtischen Steinbaustil.





### Liffowig

Auch in den Dörfern der größeren Nordostinsel schwindet die alte Bauweise. Ein überlieferungsrechtes Bauernhaus, wie es das Bild zeigt, findet sich nur noch selten. Die kennzeichnende Vorlaube, der „Sölder“, wird schon als überflüssig empfunden. Das Strohdach weicht Eternitplatten. Dem entspricht im Innern eine Störung des hergebrachten Grundrisses durch zweckbestimmte Einbauten. Der Denkmalschutz hat hier eine Aufgabe.

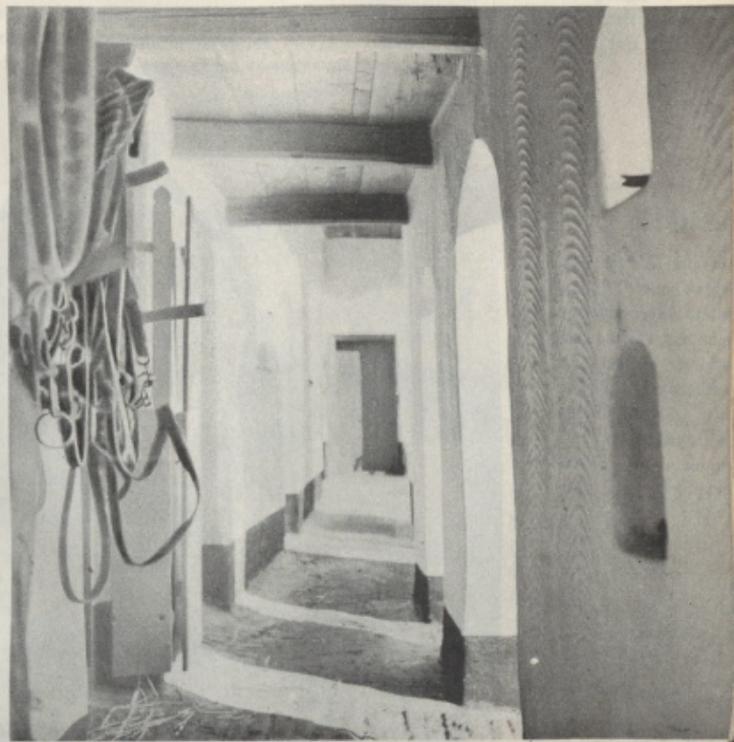


### Rosternig

Die hier erkennbare mittel-deutsche Gehöftform gilt für die alten und neuen Anlagen der gesamten Volksinsel. Überall dort wird auch der Hof aufs sauberste für den Sonntag aufgeräumt. Durch das Tor im Hintergrund tritt man in einen Baumgarten, den nach hinten zu die Scheune abschließt.



Kosternitz



### Lissowitz

Ein solcher Gang führt noch in manchen Höfen vom Wohnhaus zum Stall. Vor allem in Südosteuropa finden sich bekanntlich viele in seiner Art. Die besondere Reinlichkeit fällt auf.

Mehrfach im Jahr wird „gekladert“, d. h. ausgefessert und getüncht. Rechts erscheint das gleichmäßige Bogenrelief des „Kot“- (Lehm)-Putzes, das die Frauen mit den Fingern herausarbeiten. Auch das kommt aus der Mode.



Kutscherau  
und Hobitschau

Zu rühmen an den Deutschen der Wischauer Insel sind ihre einzigartige, natürliche Lebenswürdigkeit, ihre große Hilfsbereitschaft untereinander und ihre gute Nachbarschaft von Dorf zu Dorf. Der volkspolitische Kampf mit den Tschechen hat den inneren Zusammenschluß bestimmt gefördert. — Auch ihr Verhältnis zu ihren Haustieren macht den Wischauern Ehre.

### Hobitschau

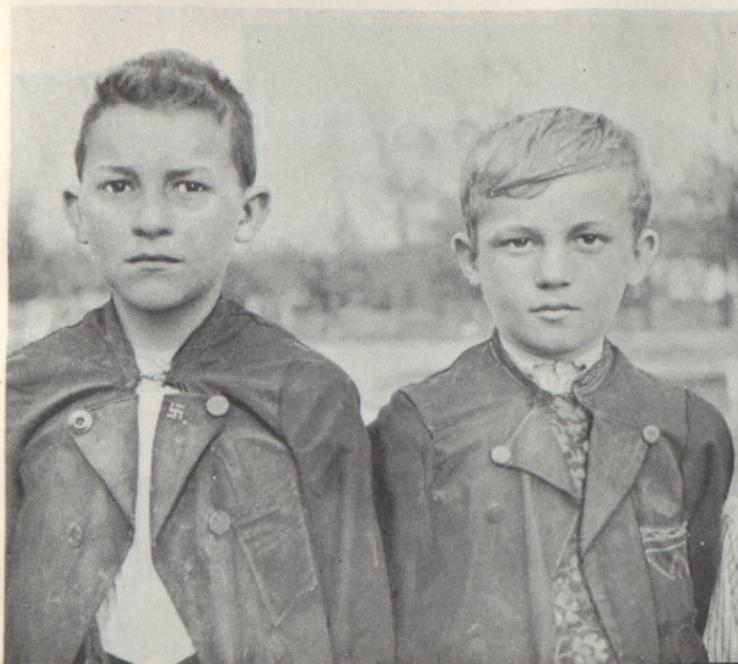
Über zwei Drittel ihres Lebens hat diese Bäuerin als Angehörige der habsburger Monarchie erbracht. Sie hat dort den wachsenden tschechischen Chauvinismus mitemgenommen, der schon einmal vor 500 Jahren ernüchternd über die Volksinsel hereinbrach. Sie hat ihn 20 Jahre lang auf seinem Höhepunkt erlebt. Und schließlich, in der Stunde größter Gefahr, erhielt sie im Großdeutschen Reich endgültig ebensrechte und Heiligkeit zurück.



A black and white portrait of a middle-aged man with a mustache, wearing a dark cap and a heavy jacket over a patterned shirt. He is looking slightly to the left.

## Hobitschau

Die Biskauer Deutschen sind zwar (nach H. Preibsch: „Dt. mähr. schles. Heimat“, Jg. 16, S. 259) nur zu 33% Bauern, aber doch zu fast 70% durch eigene Landwirtschaft bodenverbunden. Der gesamte Bodenbesitz der Volksinsel beträgt rund 3600 Hektar. Er verteilt sich hauptsächlich auf mittelgroße Bauernhöfe. Infolge der Freiteilbarkeit sind viele Besitze sehr zusammengeschrumpft und die einzelnen Grundstücke liegen sehr verstreut. Ackerbau und Viehzucht gelten trotzdem als sehr fortgeschritten.



## Hobitschau

Die stammliche Herkunft der Volksinselden ist zwar wissenschaftlich noch nicht einwandfrei geklärt, aber man zweifelt heute kaum noch an ihrem bayrisch-österreichischen Ursprung: — auch wenn sie, wie es im Südosten der Brauch ist, vielfach „Schwa-



### Hochzeitsgäste in Hobitschau

Der Hobitschauer Mann trägt ein weißes Hemd, im Alter und bei Trauer einen blauen, sonst aber einen rotgeblühten samteneu „Brustfled“ mit goldenen Knöpfen. Darüber zieht er die Tuchjade. Die schwarze Hose aus Tuch oder „Schnürtsami“ (Manchester) reicht bis auf die Schnürtiefel. Den schwarzen Plüschhut ziert zur Hochzeit ein Strauß aus Kunstblumen, der beim Bräutigam und beim ältesten Wittnecht besonders reich ausfällt.

### Kutscherau

Der Hochzeit gehen Vorfeiern voraus. Am Dienstag ist die Trauung. Alle Handlungen vollziehen sich nach vorgeschriebenem Brauch; darüber wacht der „Medmann“, der Zeremonienmeister des Dorfes. Mit dem Segen der Eltern verläßt der Bräutigam das Haus und holt die Braut im Zuge zur Kirche ab. Unterwegs sperrt man dem Brautpaar mehrfach den Weg; es muß sich lösen. Bei Festmahl und Tanz findet das Fest seinen Abschluß. Darauf folgen wieder einige Nachfeiern.





### Hochzeitsvorbereitungen in Hobitschau

Eine der wichtigsten Aufgaben der Frauen vor dem Fest ist das Backen der „Flecken“ oder „Kolatschen“. Diese müssen bei allen Mahlzeiten auf dem Tisch stehen. Man nimmt 8 kg Mehl, 1½ kg Butter, 1 Liter Zucker, 8 Eier, etwas Salz und Hefe, und zur Füllung Streuseln, Zwetschgenmus oder Rohn mit Rosinen. Außerdem braucht man bei 200 Gästen — Hobitschau, April 1939 — 15 kg Mehl und 2 Schock Eier für Suppennudeln, 1 Kalbin zu 11 Ztr., 1 Kalb zu 95 kg und 3 Schweine zu je 40—60 kg. Eine solch große Hochzeit kommt allerdings nicht alle Tage vor.

### Hobitschau

Auf der Frauenseite im Tanzsaal sammelt sich noch einmal das Trachtenbild zu reichster Entfaltung. Ihrer Röcke wegen können die Frauen und Mädchen nicht sitzen. Stehend warten sie, bis die Männer und Burschen an der gegenüberliegenden Wand vom Bier zum Tanz aufstehen. — Übrigens findet man die Wischauer Deutschen sonst recht wenig im Wirtshaus.





## Sonntagstracht in Hobitschau

Das Mädchen trägt über dem „Joit“ (Hemd) das bläulich-weiß gestärkte Niederl aus „poltrischer Leinwand“ (Chiffon); dessen Ärmel und Achseln sind bunt oder schwarz bestickt. Darüber wieder liegt ein mit Bändern und goldenen Knöpfen geschlossenes rotes oder blaues Seidenjanferl. Die „Tageln“ (Halskrause) fälltelt sich aus gestärkten Spigen. Unter den rot-farbierten oder geblümten Baumwollrock gehören drei, vier Unterröde. Die schwarze Schürze schmücken Gürtel und rote oder blaue Bänder, alles reich bestickt. Das Kopfstuch ist rot. Die orangefarbenen Strümpfe stecken in schwarzen Halbschuhen aus weißbesticktem Leder und Samt. Alle Handarbeiten können nur ungewaschen getragen werden. — So wenig wie sie die alte Bauweise fortbestehen lassen, so sehr halten die Wischauer an ihren Volkstrachten fest.



Die Bilder  
entstanden bei einer  
Studienfahrt des D.M.  
in die  
Wischauer Volksinsel.  
Zusammenstellung  
und Text besorgte  
Richard Albrecht

Zeitschrift „Im Buchenwald“ des Czernowitzer Universitätssekretärs Anton Norst (ursprünglich Isidor Ruspbaum). Ausschließlich, vielfach abstoßend jüdische Züge tragen der „Bukowinaer Musenalmanach“ 1911 — Ramillo Lauer hatte mit dem dort veröffentlichten halbexpressionistischen Dramolett „Jos Tod“ in Wien Aufsehen erregt und einen Preis geerntet —, Witzblätter nach Wiener Vorstadtmustern („Das kleine Journal“ 1910, „Der Schlager“ 1912, „Humor“ 1928 u. a.), der von allen Schauern sittlicher Nachkriegswehen geschüttelte expressionistisch-internationale „Nero“ (1919) und jüngere, meist ganz kurzlebige Zeitschriften („Das freie Wort“, „Die neue Heimat“), auf die es sich mit keinem Wort einzugehen lohnt, weil sie trotz der Sprache in ihrer Aufmachung, Art und Gesinnung völlig undeutsch sind.

Wirklich deutsche Zeitschriften versuchte sich die buchenländische Volksgruppe, als nach dem Kriege die schwierige Umstellung vom Staatsvolk zur „Minderheit“ erfolgte und auch die deutsche Universität, deren belebender geistiger Einfluß dem vielfältig aufblühenden Zeitschriftenwesen vor 1914 doch spürbar zugute gekommen war, nicht mehr bestand, neu zu schaffen. So wie aber die schöngeistigen „Buchenblätter“ bisher über einen Jahresband niemals hinauswuchsen, so haben die 1927, 1930 und 1931 erschienenen landestkundlichen „A r c h i v e“ („Archiv für Landestunde der Bukowina“ 1927 und 1930; 1931 „Archiv des Deutschen Kulturvereins in der Bukowina“) und ebenso auch die „Bukowiner Heimatblätter“ 1933 es über die ersten Anfänge nicht hinausbringen können. Nicht an Mitarbeitern und Stoff fehlt es. Die verarmte Volksgruppe vermag sich eigene Zeitschriften geldlich einfach nicht mehr zu leisten. So springen die deutschen K a l e n d e r für die fehlenden Zeitschriften ein und bestätigen dadurch — schmerzlich genug — die schwierige Lage, in die das bis zum Krieg so hoffnungsvoll aufstrebende Buchenlanddeutschtum geraten ist.

Außerlich ähnlich, wenn die Ursachen auch andere sind, stellt sich die Lage bei den Deutschen in Bessarabien dar. Als Teil des bäuerlichen Schwarzmeerdeutschtums waren sie, bis der Anschluß an Rumänien sie 1918 vor dem Bolschewismus rettete, vollkommen nach Odessa hin orientiert. Die jungen Siedlungen im Alter weniger Geschlechterfolgen, von denen das Auswanderersprichwort mit Recht sagt, die erste habe den Tod, die zweite die Not, und erst die dritte das Brot, hatten vor dem Krieg keine besonderen geistig-literarischen Bedürfnisse. Daß Karl Wilhelm († 1929), der langjährige Schriftleiter der 1863 gegründeten, 1877 zum Tagblatt ausgestalteten „Odessaer Zeitung“, ein gebürtiger Bessarabier war, sicherte ihnen in dem viel gehaltenen Blatt besondere Beachtung. Wilhelm paßte die ursprünglich für das deutsche Bürgertum Odessas geschaffene Zeitung den Bedürfnissen des Siedlungsdeutschtums geschickt an und baute namentlich die landwirtschaftlichen Beilagen und die von den Kolonisten selbst geschriebene Sparte „Koloniales“ aus. Hier und in dem „Neuen Haus- und Landwirtschaftskalender“, der von 1868 bis 1918 regelmäßig herauskam, ist eine Fülle von geschichtlich-landestkundlichen und auch von bescheidenen schöngeistigen Beiträgen aufgestapelt, die an und für sich auch eine kleine Zeitschrift wohl hätten tragen können. Für die religiösen Bedürfnisse sorgte der in Odessa hergestellte „Christliche Volksbote“.

Der Anschluß an Rumänien bedeutete auch in dieser Beziehung den Anbruch einer neuen Zeit. An die Stelle der Odessaer Zeitung rückte die von einem Kreise Tarutinoer Gymnasiallehrer ins Leben gerufene „Deutsche Zeitung Bessarabiens“ und — nach dem Vorspiel eines „Bessarabischen Beobachters“ — seit 1935 ein „Deutsches Volksblatt“. In den Romanbeilagen, die beide Blätter

führen, haben mehrere bessarabische Heimaterzählungen Aufnahme gefunden. Landes- und volkskundliche Monographien kleineren Umfangs, sowie bisher über 20, meist von Küsterlehrern verfasste Ortsgeschichten und Dorfchroniken geben bodenständigen und wertvollen Lesestoff in den bessarabiendeutschen Kalendern ab. Die „Kalendermacher“ Karl Liebram (für den „Deutschen Volkskalender“) und Christian Zbler (für den „Bauernkalender“) haben eine ausgesprochene Begabung, bodenständiges Heimatschrifttum zu fördern. Eine selbständige Zeitschrift hat das Bessarabiendeutschtum, trotz dem mit einer gesellschaftlichen Umschichtung und Differenzierung verbundenen, erfreulich raschen Aufschwung der Volksgruppe, sich mit Ausnahme der Wochenschrift „S o n n t a g s g r u ß. Christlicher Wegweiser für das Deutsche Volk in Bessarabien“ (seit 1934) bisher nicht schaffen können. Der „Sonntagsgruß“, herausgegeben vom bessarabisch-lutherischen Oberpastor als wöchentliche religiöse Erbauungsschrift mit amtlichen Nachrichten aus dem evangelisch-lutherischen Bezirkskonsistorium Tarutino, ist die bessarabische Entsprechung der „Kirchlichen Blätter“ in Siebenbürgen und hat die vorher in Bessarabien und in der Dobrudscha weit verbreiteten „Lichter der Heimat“ von Scherg als Erbauungsblatt der bessarabisch-deutschen Bauern und Küsterlehrer im Lauf der Zeit immer mehr verdrängt. —

Es verdient vermerkt zu werden, daß sich unter den periodischen Druckschriften deutscher Sprache, die in der rumänischen Landeshauptstadt B u k a r e s t erschienen sind und erscheinen — vom Jahre 1844, als die erste „Bukarester Deutsche Zeitung“ herauskam, bis Ende 1918 zählt Emil Fischers freilich sehr unkritische Zusammenstellung im „Ostland“ nicht weniger als 110 solcher Erscheinungen auf — auch mehrere Zeitschriften befinden. Meist dienten sie dem Gedanken der rumänisch-deutschen Kulturannäherung oder auch nur der Bekanntmachung rumänischer schöngeistiger Literatur in deutschen Übersetzungen, so die „Rumänische Revue“ (1885), „Das Literarische Rumänien“ (1889), „Kulturnachrichten aus Rumänien“ (seit 1925), „Die Verständigung. Zeitschrift für den Austausch rumänischer und deutscher Literatur“ (1929—1930), „Die Brücke“ (1931) u. a. Da sie durchwegs nicht aus volksdeutscher Gemeinschaft flossen, sondern städtischen Streudeutschtum, wenn nicht gar bloß geschäftlichem Kulturvermittlungswillen entstammen, erübrigt es sich, auf sie näher einzugehen. Näher der Zeitung als der Zeitschrift widmen sich das „Bukarester Gemeindeblatt“, begründet 1904 von dem Deutschen Synodalsverband an der unteren Donau, jetzt Organ des Bezirkes Bukarest der evangelischen Landeskirche in Rumänien, und die seit 1932 wöchentlich erscheinende nationalsozialistische „Bukarester Post“ der Pflege deutschen Wesens und deutscher Gesinnung durch die Sammlung und Betreuung des Deutschtums in ganz Ultrumänien, einschließlich der Dobrudscha.

Der Vielfalt der Aufgaben und Probleme, die auf dem Wege zur einheitlichen deutschen Volksgruppe in Rumänien noch zu überwinden sind, steht eine an Zahl verhältnismäßig reiche, aber ungleichmäßig verteilte, landschaftlich und ständisch verschiedene Zeitschriftenpresse zur Verfügung. Sie bietet die Gewähr, daß von den einzelnen Gebieten her die Pflege der deutschen Gesinnung und der Gedanke des Zusammenwachsens zur rumäniendeutschen Einheit entsprechend gefördert wird. Was fehlt, ist eine rumäniendeutsche Zeitschrift großen Stils für alle Gebiete, die für die Gesamtheit jene Bedeutung erlangen könnte, wie sich etwa Zillischs „Klingsor“ sie für Siebenbürgen erkämpft hat oder wie sie in nun

schon Geschichte gewordener Wichtigkeit die „Baltische Monatschrift“ (mit ihrer Fortsetzung, den „Baltischen Monatsheften“) für das Deutschtum der Ostseeprovinzen besaß und besitzt. Dem verheißungsvollen Anfang, den Richard Esafis „Ostland“ schon 1919 machte, ist in Rumänien kein entsprechender Fortgang gefolgt. Dabei ist die Aufgeschlossenheit der Herzen für den Gedanken der Einheit und Verbundenheit mit dem gesamtdeutschen Geistesleben heute zweifellos in noch höherem Maße vorhanden als in jenem ersten Augenblick des Vereinigtwerdens der aus so verschiedenen geschichtlichen und seelischen Räumen herkommenden deutschen Gruppen Rumäniens.

Karl Kurt Klein.

**Schriftenverzeichnis**<sup>1)</sup>: Heinz Brandisch, Unsere heimischen Zeitschriften. In: Schule und Leben. Fachzeitschrift des Siebenbürgisch-Sächsischen Lehrerbundes 1933/34 (68. Jahrg., 3. Heft) S. 174—176. — Buletin Trimestrial al Publicajunilor din România 1928. Supplementul A: Bibliografia Periodicelor din 1928. Hrsg. vom Institutul de Literatură și Bibliografie din România. Bukarest 1928. — Gheorghe Caliga, Almanahul-Dictionar al Presei din România. Bukarest 1926. — Emil Fischer, Die Entwicklung der deutschen Tagespresse in Rumänien. In: Ostland, Monatschrift für die Kultur der Ostdeutschen (Hermannstadt) 1919/20 (2. Jahrg., 1. und 2. Heft, Oktober und November 1919), S. 21—24 und 72—77. — Felix Milleker, Geschichte des Buchdruckes und des Zeitungswesens im Banat 1769—1922. Banater Bücherei Nr. 20. Weiskirchen 1926. — Heinrich Reß, Deutsche Zeitschriften und Zeitungen der Donauschwaben. Von Beginn bis 1914. II. Teil. In: Volkswart. Vierteljahresschrift für deutsche Volkstumspflege in Südbanatien 1932 (1. Jahrg., 2. Heft), S. 37—48. Derselbe: Deutsche Zeitungen und Zeitschriften in Ungarn von Beginn bis 1918. Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten in München und des Instituts für ostbayerische Heimatforschung in Passau Nr. 8. München 1935. — Emil Sigerus, Die deutsche periodische Literatur Siebenbürgens 1778 bis 1930. In: Ostland (Hermannstadt), 6. Jahrg., 5. und 6. Heft, Mai und Juni 1931, S. 116—123 und S. 143—154. — Franz Albrich, Das deutsche Pressewesen in Großrumänien. In: Zeitungsverlag, 35. Jahrg. Nr. 29 vom 21. Juli 1934, S. 478—480. — Derselbe: Das Zeitungswesen in Großrumänien. In: Zeitungsverlag, 34. Jahrg. Nr. 47 vom 25. November 1933, S. 776 f.

---

<sup>1)</sup> Bei der Abfassung des Aufsazes war mir die aus dem Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Berlin hervorgegangene Dissertation Ernst Weisenfelds über die „Geschichte der politischen Publizistik bei den Siebenbürger Sachsen“ (Zeitung und Zeit, Band IX, Frankfurt 1939) noch nicht bekannt. Für alle siebenbürgischen Belange bis 1914 sei hiemit auf diese umfangreiche und sorgfältige Arbeit verwiesen, die im Anhang S. 130 ff. eine erschöpfende Bibliographie der „deutschen Zeitungen und Zeitschriften Siebenbürgens“ bis 1914 bringt.

# Deutschsprachige Zeitschriften in den Vereinigten Staaten (von 1798 bis 1935)

## I. Frühe Versuche zu Beginn des 19. Jahrhunderts

Die mit der politischen Befreiung der Ver. Staaten einsetzende geistige Lösung vom britischen Mutterland veranlaßte Ende des 18. Jahrhunderts die Gründung einer Anzahl englischsprachiger Zeitschriften. Die beiden Haupttypen dieser Monats- und Vierteljahrschriften, das literarisch anspruchsvollere „Magazin“ und das mehr volkstümlich gehaltene „Museum“ oder „Instructor“ lieferten die Vorbilder für die frühesten amerikadeutschen Periodika. Verleger-spekulation, vollserziererische Bestrebungen und kirchliche Betreuung riefen die ersten Zeitschriften des Amerikadeutschtums ins Leben. Schon Ende des 18. Jahrhunderts, im Jahre 1798, erschien ein „Philadelphisches Magazin oder unterhaltender Gesellschafter für die Deutschen in Amerika“. Das erste Stück enthielt ein Bildnis des Präsidenten Washington, „poetische Versuche einheimischer Dichter, einen Artikel über den „Progreß der deutschen Literatur“ u. dgl. Mit Einschluß dieser Monatschrift kamen damals in den Ver. St. 22 periodische Druckschriften in deutscher Sprache heraus: 11 Zeitungen (10 Wochenblätter und ein zweimal wöchentlich erscheinendes Blatt in Philadelphia), sowie 10 Kalender. 1805/06 folgte in derselben Stadt „Der Pelican“, eine dreimal wöchentlich ausgegebene Zeitung in deutscher, englischer und französischer Sprache „unter der Leitung einsichtsvoller Kunstfreunde“. „Der Verbreitung von Sprachkenntnis und nützlichen Wissenschaften“ war der deutsch-englische „Volksunterricht“ (Easton in Pennsylvanien, 1810—1811) gewidmet, — den Seidenstickers Bibliographie der amerikadeutschen Frühdrucke nicht kennt. Er brachte Populärwissenschaftliches und Lebensbeschreibungen, darunter eine Artikelreihe über Friedrich den Großen. Der Verleger dieser Wochenschrift, C. J. Hüttner, hatte um 1800 8000 der neuesten und besten deutschen Autoren auf Lager. Längere Lebensdauer war dem vom führenden deutschen Geistlichen dieser Zeit, F. C. Helmuth in Philadelphia, herausgegebenen „Evangelischen Magazin“ (5 Jahrgänge, 1812—1817) beschieden. Neben der Vertretung kirchlicher Belange pflegte dieses Organ der lutherischen Kirche, das auch von der reformierten Synode empfohlen wurde, die einheimische Dichtung, die Chronik der Kirchengemeinden u. a., vor allem trat ihr Herausgeber eindrucksvoll und unermülich für Erhaltung deutscher Sprache und Art in Kirche und Gemeinschaftsleben ein.

Ein ehrgeiziges Ziel setzte sich der amerikabürtige Pastor Friedrich Christian Schaffer, Sohn eines aus Frankfurt ausgewanderten Geistlichen, in seinen Newyorker Zeitschriften „Der deutsche Freund“ (1819) und „The German Correspondent“ (1820/21): den Ausbau dauernder geistiger Beziehungen zum Mutterland und die Werbung für deutsche Sprache und Wissenschaft unter den Englisch-Amerikanern, wobei ihn Gelehrte beider Länder unterstützten. Schaffer war an der Gründung der Newyorker Akademie der Wissenschaften (1817) hervorragend beteiligt und starb 1831 als Bibliothekar und Professor der deutschen Sprache und Literatur am Columbia-College. Die preussische Regierung zeichnete ihn für seine Verdienste mit einer Goldenen Medaille aus. Bildungsbestrebungen diente gleichfalls die von Pastor Plitt 1820 in Philadelphia herausgegebene Monatschrift „Amerikanische Ansichten“. Die Zeitschrift war der Mosheimischen Gesellschaft zugeeignet, einem aus jungen

Amerikabürtigen Philadelphias zusammengesetzten Bildungsverein, der verschiedene geistige Größen Deutschlands zu Ehrenmitgliedern zählte. 1824 und 1825 veröffentlichte J. C. Gözler das „Readinger“ (später Philadelphia) Magazin für Freunde der deutschen Literatur in Amerika, eine „ausschließlich dem gebildeten Teil des deutschen Publikums gewidmete“ Monatschrift. Sie brachte Beilagen über den Zustand der Literatur „des deutschen Vaterlandes“, lenkte u. a. den Blick auf die deutsche Auswanderung nach Brasilien und im Zusammenhang mit Goethes „Hermann und Dorothea“ auf die Salzburger Emigranten. Die damaligen englisch-amerikanischen Zeitschriften, in denen vielfach die ersten Gelehrten und Schriftsteller, die in Göttingen ihre Ausbildung erhalten hatten — die Everett, Bancroft usw. — zu Wort kamen, befaßten sich wiederholt mit diesen amerikadeutschen Nachbarn, vor allem die führende „North American Review“. Ein neuer Zeitschriftentyp stellte sich in der Vierteljahrsschrift „Atlantis“ vor, die von dem in Philadelphia ansässigen E. F. Rivinus herausgegeben und von Hinrichs in Leipzig verlegt wurde (3 Bände 1826—1827).

## II. Vormärz

Hatte bei den ersten Versuchen dem Deutschtum ein geistiges Zentralorgan zu schaffen das bislang tonangebende geistliche Element eine Hauptrolle gespielt, so traten die seit Mitte der zwanziger und in größerer Zahl seit dem Hambacher Fest (1832) und dem Frankfurter Putsch (1833) einwandernden politischen Flüchtlinge, wie in der politischen Führung, so auch im Kulturleben, vor allem als Journalisten und Publizisten, mehr und mehr in den Vordergrund. Mit ihnen drang die Ideenwelt des Vormärz ein, einerseits rationalistisch-freisinnige Aufklärung, andererseits aber auch bewußte Betonung völkischer Forderungen. Wortführerin in den Kämpfen um eine Neuorientierung des Amerikadeutschtums war ein Jahrzehnt lang, 1834—1844, die von J. G. Wesselhöft in Philadelphia herausgegebene Wochenschrift „Alte und neue Welt“. Ihr Erscheinen kann dem Historiker dieser Zeit, Gustav Körner, zufolge „als der Anfang einer neuen Zeit für die Deutschen in den Ver. St. bezeichnet werden“. Im Gegensatz zu den anderen, um dieselbe Zeit in den größeren Mittelpunkten Deutsch-Amerikas begründeten Zeitungen, der „New Yorker Staatszeitung“, dem Cincinnatier „Volksblatt“ und dem St. Louiser „Anzeiger des Westens“, die sich einseitig parteipolitisch einstellten und so eine verhängnisvolle politische Entzweiung des Deutschtums heraufbeschworen, verfocht Wesselhöft zuerst und zuletzt völkische Belange. Er trat für gegenseitige Anerkennung der deutschen Sprache im öffentlichen Leben der von Deutschen stark besiedelten Staaten, sowie für den Zusammenschluß und eine planmäßige Siedlung der deutschen Einwanderer ein. Das Blatt ist heute eine Hauptquelle für die Geschichte der deutschen Volksgruppe in jenem in mehr als einer Hinsicht entscheidenden Jahrzehnt.

In der Vielfalt der seit 1834 erscheinenden Periodika spiegelte sich die damals eintretende Spaltung des Neuwelt-Deutschtums. Wenn man von den ausgesprochen parteipolitisch geführten Wochenblättern und späteren Tageszeitungen absteht, so standen dem liberalistischen Städtertum zwei Hauptorgane zur Verfügung, die eben erwähnte „Alte und neue Welt“ und nach dieser (seit 1843) die „Deutsche Schnellpost“ in Newyork. Letztere war mehrere Jahre von Wilhelm von Eichthal (ursprünglich Seligmann) geleitet, ein pikant und sensationell aufgezogener Flüchtlingsorgan, das über die politischen Vorgänge in Deutschland, sowie die neuesten Ereignisse und Erscheinungen auf geistigen Gebieten unterrichtete und deshalb auch in englisch-amerikanischen Kreisen gelesen

wurde. Neben diesen beiden erschienen kurzlebige rationalistische und freireligiöse, sowie politisch-radikale Wochen- und Monatschriften: der von C. D. L. Lehman geleitete „*Janus*“ (Carlisle in Pennsylvania, 1835), der Cincinnatier „*Freisinnige*“ (1840—1845), die „*Minerva*“ (Philadelphia 1843/44), die Newyorker Wochenschrift „*Die Zeit*“ (1844), L. A. Wollenwebers „*Walhalla*“ (Philadelphia 1845/46), sowie die von dem eingedeutschten Schotten Maclea herausgegebene Baltimorer Vierteljahresschrift „*Didaskalia*“ (1849/50). Länger hielten sich die von Eduard Mühl herausgegebene erste rationalistische Zeitschrift „*Der Lichtfreund*“ (1839 in Cincinnati, später in Hermann, Missouri, bis Ende der fünfziger Jahre) und die von dem Ungarndeutschen Samuel Ludvigh, früher Schriftleiter der „*Alten und neuen Welt*“, von 1849—1869 veröffentlichte weltanschaulich erzradikale „*Fackel*“. Am Ende dieses Zeitraums gab der linke Flügel des städtischen Deutschtums die ersten Arbeiterblätter heraus: H. Kriegs sozialreformerischen „*Volkstribun*“ (Newyork 1846) und W. Weitlings kommunistische „*Republik der Arbeiter*“ (Newyork 1850).

Das vor allem in den ländlichen Siedlungen verankerte konservative Kirchentum stellte dem Ansturm dieser gegnerischen Front seine eigenen Zeitschriften entgegen. So den von dem späteren Bischof Henni in Cincinnati 1837 begründeten katholischen „*Wahrheitsfreund*“, den „*Christlichen Apologeten*“ des Organisations der amerikadeutschen Methodistenkirche, W. Raft (Cincinnati 1838 ff.), den „*Lutheraner*“ C. F. Walthers (St. Louis 1844 ff.) und den kirchliche Unions- und Amerikanisierungsziele vertretenden „*Kirchenfreund*“ Ph. Schaffs (1846 ff.). In heftigen Feinden innerhalb der einzelnen Gefinnungs- und Bekenntnisgruppen selbst und untereinander verschärfen diese Organe die aus der alten Heimat mitgebrachten Gegensätze und verhinderten so den Zusammenschluß der Gesamtgruppe, ein Erbe, das die nächste große Einwanderergruppe, die der Achtundvierziger, zur bleibenden Erscheinung vertieft.

### III. Die Achtundvierziger

Die Flüchtlingswelle von 1848 und 1849 spülte nicht nur eine stattliche Anzahl Journalisten und Publizisten, Dichter und Künstler, sondern auch eine Leserschaft von Zehntausenden geistig geschulter und politisch reger Köpfe an das Newweltgestade. Die großen Schreibbegabungen, Fröbel, Hassaurek, Kellner, Ottendorfer und Raster — vorübergehend auch Schurz und Rapp — warfen sich meist auf die politisch wichtigere und materiell aussichtsreichere Tagespresse. Nur unverbesserliche Ideologen vom Schlage eines Christian Esselen oder eigenwillige Kompfnaturen wie Karl Heinzen wagten sich an die undankbare Aufgabe, ihren Sturmgesellen und Zeitgenossen ein Kulturforum zu errichten oder durch schonungslose Kritik das Gewissen zu schärfen. Die Geschichte der Esselenschen „*Atlantis*“ (1853—1859) versinnbildlicht die heldische Tragik, in der Arbeit und Schicksal so manchen hochstrebenden politischen Flüchtlings in der Fremde sich abspielten. (Ihren klassischen Ausdruck fand diese Flüchtlingstragik in dem Gedicht von Konrad Krez „*Entsagung und Trost*“.) Diese zweite „*Atlantis*“ war der erste bedeutende Versuch, dem amerikadeutschen Publikum ein auf wissenschaftliche Ansprüche abgestimmtes Periodikum zu schaffen. Vertreter eines von Frankreich her beeinflussten revolutionären Weltbürgertums und materialistischer Weltanschauung suchte der Herausgeber in seiner Monatschrift (im ersten Jahr Wochenschrift) solche Altweltströmungen seinen Lesern zu vermitteln. Zugleich gab er in einer fortlaufenden Chronik Rechenschaft von den

kulturlichen und politischen Bestrebungen, vor allem auch den Geisteskämpfen des von der Flüchtlingsinitiative ausgerüsteten liberalistischen Amerikadeutschtums. Esselen, der als Berichterstatter der „Neuen Rheinischen Zeitung“ beim Frankfurter Parlament in die Revolution verwickelt worden war, führte in der Neuen Welt ein unstetes Wanderleben, als Schriftleiter in Detroit, Milwaukee, Chicago, Dubuque, Cleveland, abermals Detroit, Buffalo und Newyork, wobei ihn seine Zeitschrift von Ort zu Ort bis zu seinem frühen Tod in letzterer Stadt (Mai 1859) begleitete. Sein Lebensgang und seine publizistische Tätigkeit wären vergessen, wenn nicht der Historiker Rattermann diesen Toten wie so manchen anderen wieder ausgegraben hätte. In den deutschamerikanischen Geschichts- und Nachschlagewerken sucht man ihn vergebens. Der ideelle und materielle Erfolg der „Atlantis“ wurde von vornherein dadurch geschmälert, daß ein Arbeitskreis von Achtundvierzigern in Amerika zu derselben Zeit „Atlantische Studien“ (8 Bände 1853—1858) herausbrachte, — und zwar bei Wigand in Leipzig — kritische Berichte über die Auseinandersetzung der Achtundvierziger mit ihrer englischamerikanischen und amerikadeutschen Umwelt. Das Schillerjahr 1859, in dem das Gesamtdeutschtum der Neuen Welt am 10. November zu Ehren des Dichters der Volksdeutschen zum erstenmal zu einer gemeinsamen Feier sich zusammensand, veranlaßte zwei erneute Zeitschriftversuche. In der Newyorker Zweigstelle des Teubner-Verlags erschien der „Geist der Weltliteratur, Wochenschrift für Literatur, Unterhaltung und Kenntnis des Lebens der Gegenwart“. 1860 in eine Monatschrift umgewandelt, ging das Blatt anscheinend zu Ende des Jahres ein, als sein Herausgeber, Dr. Adolf Wiesner, die Schriftleitung der Turnzeitung in Baltimore übernahm. Vom 10. November 1859 bis 26. Oktober 1860 gab Dr. F. R. Dilthey die „Newyorker Illustrierte Zeitung und Familienblätter“, eine Wochenschrift im Stil der „Gartenlaube“ heraus.

Als im Bürgerkrieg (1861—1865) „das Land rief“, traten die Querelles d'Allemand der liberalistischen Lager in den Hintergrund, und eine durch die deutschen Erfolge im Krieg entfachte neue Deutschtumsbewegung vereinte „graue“ Dreißiger und „grüne“ Achtundvierziger, bis dahin feindliche Brüder, zu der Gründung der „Deutschamerikanischen Monatshefte für Politik, Wissenschaft und Literatur“ (1864—1866). Herausgeber war zuerst der dichterische Wortführer des Achtundvierzigtums, Caspar Busz; sein Nachfolger Rudolf Lerow. Dem Schriftleitungsausschuß gehörten drei Dreißiger (Stallo, Göpp, Hering) und neun Achtundvierziger an (darunter Schurz, Solger, Rapp und Hecker). In ihrem ersten Jahrgang bekämpfte die Zeitschrift die Wiederwahl des Präsidenten Lincoln aufs heftigste. Trotz ihres gediegenen Inhalts — Beiträge von Stallo, Solger, Rapp und Münch, auch Louis Blanc war mit einem Originalartikel vertreten — vermochte sich die Monatschrift ebensowenig wie ihre Vorgängerinnen zu behaupten. Ein Hauptfehler bei diesen Unternehmungen scheint der gewesen zu sein, daß sie niemals über genügend Anfangskapital verfügten, um Krisenzeiten zu überdauern. Größere Abnehmerkreise fanden Familien- und Unterhaltungsblätter wie das 1852 von Rudolf Lerow begründete „Belletristische Journal“ und die von einem kapitalkräftigen Verlag herausgegebene „Frank Leslie's Illustrierte Zeitung“ (seit 1856, das deutsche Schwesterblatt einer englischen Wochenschrift), die beide in ihrer Blütezeit mehrere zehntausend Bezahler hatten und bis zum Jahrhundertende sich erhielten. Unter der Leitung von Udo Brachvogel und später von Julius Goebel (1888—1892) wurde das „Belletristische Journal“ zur führenden deutschamerikanischen Wochenschrift für Literatur, Kunst und Wissenschaft ausgebaut.

Das meistgelesene kirchlich-konservative Familienblatt, „Die Abend-schule“, in St. Louis (gegründet 1854), hat den Weltkrieg überdauert; ihre Auflageziffer betrug 1929 31 720, 1935 16 300.

Die kleinste Lesergemeinde unter all diesen Zeitschriften hatte wohl „Der Pionier“, die Wochenschrift Karl Heinzens (1854—1878). Und doch war die Stimme dieses Rufers in der Wüste in ihrer Zeit eine Potenz und wirkte über die amerikadeutschen Grenzpfähle hinaus ins Englischamerikanertum hinein bis auf die Nachwelt. Heinzens unbeugsame Haltung in der Assimilierungsfrage, seine Gegnerschaft gegenüber dem Kommunismus, vor allem Karl Marx, seine scharfe Ablehnung Heines, sein frühes Eintreten für deutsche Kolonien usw. verschafften diesem „deutschen Radikalen“ eine Sonderstellung innerhalb seiner Gruppe und verdienen eines Tages eine eingehende Untersuchung. Die Nachfolge Heinzens trat der Schweizer C. S. Boppe an, Herausgeber des „Freidenkers“ (seit 1877) und der „Amerikanischen Turnzeitung“ (seit 1885).

#### IV. Die Nachsiebziger

Angehörige dreier Einwandererschichten, Dreißiger, Achtundvierziger und Nachsiebziger, bildeten den Mitarbeiterstab der Monatschrift „Der deutsche Pionier“ (18 Jahrgänge, Cincinnati 1869—1887). Ursprünglich auf eine Organisation der deutschen Früheinwanderer des Staates Ohio zugeschnitten, entwickelte sich dieses Blatt im Lauf der Jahre zu einer der eigenartigsten und wertvollsten Erscheinungen in der Geschichte der volksdeutschen Presse. H. A. Rattermann, ein in Amerika aufgewachsener Autodidakt, hat sich als langjähriger Herausgeber dieser Zeitschrift das außergewöhnliche Verdienst erworben, in seinen eigenen Aufsätzen und in denen seiner Mitarbeiter eine Fülle von Material zur amerikadeutschen Einwanderungs-, Siedlungs- und Kulturgeschichte von den ersten Anfängen bis zur Neuzeit zusammengetragen und der Forschung auf Jahrzehnte hinaus Anleitung und Ansporn gegeben zu haben. Ohne diese Zeitschrift wären die die Gesamtgeschichte des Amerikadeutstums darstellenden Werke von Eichhoff, Göbel, Faust, Cronau und Boppe nicht möglich gewesen. Eine Fortsetzung des „Deutschen Pioniers“, Rattermanns „Deutscha merikanisches Magazin“, ging nach Jahresfrist wieder ein (1886/87). Im größten amerikadeutschen Verlag, E. Steiger in Newyork, erschien 1869—1871 ein „Literarischer Monatsbericht“, eine buchhändlerische Werbeschrift, die von deren Schriftleiter, dem Historiker Hermann von Holst, zu einem kritischen Organ für das geistige Leben des Amerikadeutstums ausgestaltet wurde. 1876 gründete der Karikaturist Joseph Keppler den „Puck“, ein illustriertes humoristisches Wochenblatt, das bis 1897 bestand. In der Linie der seit den dreißiger Jahren veröffentlichten illustrierten Wochenschriften, die das amerikadeutsche Leben unter die Lupe nahmen, steht der „Puck“ auf Grund der zeichnerischen und journalistischen Fähigkeiten seiner Leiter und Mitarbeiter auf besonderer Höhe. Derselbe Verlag gab auch eine illustrierte Zeitschrift „Am die Welt“ heraus. Rein schriftums- und sprachgeschichtlich gewertet, und von den weltanschaulichen und politischen Vertiefenheiten ihres Herausgebers abgesehen, nimmt unter den überseeischen Zeitschriften die von Robert Reizel zu Detroit von 1884—1898 herausgegebene Wochenschrift „Der arme Teufel“ eine Sonderstellung ein. Reizels Erzählkunst und Gabe der Einfühlung in Werte der Weltliteratur, sein Kampf gegen das Philister- und Prozedurum im bürgerlichen und gegen das Bonzentum im radikalen Lager, nicht zuletzt seine geistreichen Bosheiten gegenüber Freund und Feind, sicherten seinem

Blatt zahlreiche Förderer und mehrere tausend Leser, auch in Kreisen, die mit seinen Entgleisungen nicht einverstanden waren. Wie Heinzens „Dionier“, so ist auch Reizels „Armer Teufel“ ein unentbehrlicher kritischer Kommentar zur Geschichte des Amerikadeutschtums.

Dem Mäzenatentum des Chicagoer Geschäftsmannes G. F. Hummel war der letzte Versuch zu danken, der amerikanischen Kulturdiaspora eine repräsentative Zeitschrift zu schenken: „Die Glocke“, Monatshefte für Literatur, Kunst und Wissenschaft und zur Förderung deutscher Bestrebungen in Amerika“ (Chicago 1906—1908). Die besten Federn, die der amerikadeutschen Geisteswelt zu Gebote standen, stellten sich zur Verfügung, desgleichen deutschländische Mitarbeiter von Ruf; es fand sich in J. F. Hahn ein Schriftleiter mit Verständnis für die besonderen Bedürfnisse der Leserschaft, die Ausstattung übertraf alle früheren und späteren auf diesem Gebiet gemachten Anstrengungen, die Verbreitung war über Erwarten groß — und doch kein bleibender Erfolg. Der Inhalt der „Glocke“ war ungleichwertig; neben ausgezeichneten Arbeiten standen andere auf der Ebene journalistischem Durchschnitts sich bewegende Artikel, außerdem brachte sie, was übrigens bei den meisten amerikadeutschen Zeitschriften zutrifft, viel zu viel Lyrik dritten und vierten Ranges.

Als zu Beginn des neuen Jahrhunderts der Deutschamerikanische Nationalbund über das ganze Land hin sich ausdehnte und mehrere hunderttausend Mitglieder zählte, verstanden es Louis und Georg Sylvester Biereck, Vater und Sohn, in der Monatschrift „Der Deutsche Vorkämpfer“ dieser Bewegung eine Zeitlang (1907—1909) eine Art Bundesorgan aufzudrängen und diese Konjunktur zu allerlei Machenschaften und Geschäften auszunützen. Aus beiden sprach dabei das jüdische Blut, das die Familie von weiblicher Seite in dreimaliger Folge aufgenommen hatte. In der Vorkämpferfirma vertrat der Vater — erst sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, dann amerikander Vertreter des „Berliner Tageblattes“ und zuletzt Intimus des Botschafters von Holleben und des Harvardprofessors Münsterberg — wilhelminisches Intellektuellentum, der Sohn den ästhetisch-erotischen Snobismus eines „Dichters zweier Welten“. In einem Selbstinterview schrieb der Letztere: „Ich diene weder dem Patriotismus noch der Moral, weder ‚Deutschem Tag‘ noch Metzelsuppe. Ich wandle nicht auf ausgetretenen Pfaden.“ Reiche Deutsche sammelten für die beiden einen größeren Fonds zur Gründung einer „Rundschau zweier Welten“ (1910—1912), die im Grunde auf eine Propaganda für den Präsidentschaftsbewerber Roosevelt und eine Verhimmelung des amerikander Judentums hinauslief. Die durch das Eingehen der Rundschau entstandene „Lücke“ suchte F. R. Minuth durch einen kurzlebigen „Deutscher Kulturträger“ auszufüllen.

## V. Weltkrieg und Nachkriegszeit

Bei Ausbruch des Weltkriegs waren es in erster Linie naturgemäß in englischer Sprache geführte Organe, denen die Abwehr der deutschfeindlichen Propaganda oblag: Bierecks Wochenschrift „The Fatherland“ und eine zweite „Vital Issue“ (später „Issues of today“ und zuletzt „The Progressive“). In deutscher Sprache führte diesen Kampf die „Wahalla“ (1915—1916), eine von der Newyorker Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes gegründete Wochenschrift, mit führenden Amerikadeutschen als Mitarbeitern und D. Lohr als Herausgeber. Der letztere brachte Ende 1916 auch eine „Deutschamerikanische Monatschrift“ heraus, die aber

wieder eingestellt werden mußte, als die Wilsonregierung ihr die Postvergünstigung verweigerte. Mit H. K. Tippmann gab Lohr das Wisblatt „Zeppelin“ heraus (1916—1917), das nach dem Eintritt Amerikas in den Krieg in „Eulenspiegel“ umgetauft wurde und noch im Juli 1917 eine scharfe Nummer gegen die amerikanische Deutschenbeziehung herausbrachte. Mehrere Mitarbeiter wurden daraufhin in das Konzentrationslager Fort Oglethorpe abgeführt, wo sie den „Orgelsdorfer Eulenspiegel“ als Lagerorgan zusammenstellten, in einer Folge von zehn Nummern (15. 10. 1918 bis 25. 5. 1919), auf Packpapier gedruckt und mit Linoleumschnitten bebildert. In der Wiederaufbauzeit nach dem Krieg erschien als erster Dr. Michael Singer, ein in Ungarn geborener Jude, bis 1917 Hauptschriftleiter der „Illinois Staatszeitung“, mit seinem „Zeitgeist“, den er später in die Wochenschrift „Neue Zeit“ (1919—1933) umwandelte, auf dem Plan. Das Positivste im Programm dieser Zeitschrift war ihr Eintreten für die Revision des Versailleser Vertrages. Als Mitarbeiter ließen beide Herausgeber, Dr. Singer und sein Nachfolger Oskar Illing, Vertreter der verschiedensten Lager und Meinungen zu Wort kommen. Eine eigene Note erhielt „Die neue Zeit“ durch Beiträge von Amerikadeutschen über die Geschichte und Gegenwart ihrer Volksgruppe. Lohr und Tippmann versuchten es 1920 mit der illustrierten Monatschrift „Der Landmann“, die im folgenden Jahr als Wochenschrift einging. Der von Tippmann wieder aufgenommene „Eulenspiegel“ (1924) hatte dasselbe Schicksal. Die Lohr-Tippmann-Blätter bildeten ein völkisch-konservatives Gegengewicht gegen die liberalistisch und vielfach jüdisch betonte Stellungnahme der anderen Organe und setzten da die kritische Sonde an, wo die anderen aus mehr oder weniger durchsichtigen Gründen schwiegen.

Mit dem Eingehen des von der „New Yorker Staatszeitung“ seit 1915 verlegten wöchentlichen Silberblattes „Deutsch-Amerika“ fand im Jahre 1935 die Geschichte des deutschsprachigen Zeitschriftenwesens in den Vereinigten Staaten ihren vorläufigen Abschluß.

Wie aus dem Vorausgehenden ersichtlich, bildet das Kapitel amerikadeutsche Zeitschriften einen Friedhof mit vielen Kreuzen. Eine Hauptursache, weshalb keine gute und lebensfähige Zeitschrift drüben aufkommen konnte, bestand in dem Anwesen des ungehinderten Nachdrucks mütterländischer Erzeugnisse, der es den Tageszeitungen ermöglichte, mit reichhaltigen Sonntagsausgaben aufzuwarten, die in der Welt ihresgleichen suchten. Man stelle sich etwa das Sonntagsblatt der „New Yorker Staatszeitung“ in seiner besten Zeit vor dem Kriege vor. Neben dem Nachrichtenteil brachte eine Einzelnummer auf 20 bis 30 Seiten Großformat mehrere reich bebilderte Artikel auf den Vorderseiten der einzelnen Abteilungen, ein Duzend populär-wissenschaftlicher Artikel und erstklassiger Feuilletons, ein halbes Duzend Kurzgeschichten sowie zwei bis drei Romanfortsetzungen: das Beste vom Besten, den neuesten aus Deutschland eingelaufenen Zeitungen und Zeitschriften — kostenlos entnommen. Daneben die Abteilungen Theater, Musik, Kunst, Haus und Garten, eine achtfseitige Frauenbeilage usw. Dazu kam der Wettbewerb der deutschländischen und englischen Zeitschriften. Im Jahre 1870 beispielsweise vertrieben die beiden Hauptimporteure deutscher Zeitschriften in Newyork von der Gartenlaube allein über 30 000 Stück. Letztere Zeitschrift bildete ja lange Zeit für den Auswanderer das Hauptbindeglied zwischen Heimat und Fremde und zählte eine Anzahl Achtundvierziger zu den Mitarbeitern. Sie berichtete fortlaufend über das Neuwelterlebnis der Auswanderer und Flüchtlinge und erschloß u. a. die amerikadeutsche Dichtung weitesten Kreisen.

So ziemlich alle geistigen und politischen Größen Deutsch-Amerikas befaßten sich zu Zeiten mit dem Gedanken eines zentralen Organs zur volks- und kulturpolitischen Erziehung und zum Zusammenschluß des Deutschtums. He in z e n , von H o l s t und G o e b e l sind im Zusammenhang mit den von ihnen herausgegebenen Zeitschriften schon genannt worden; ebenso S t a l l e , S o l g e r , R a p p und M ü n c h als Mitarbeiter solcher Unternehmungen. Schon vor diesen Dreißigern und Achtundvierzigern ist Friedrich L i s t im Jahre 1826 mit dem Plan einer deutschen Monatschrift hervorgetreten, übernahm aber zu derselben Zeit die Schriftleitung einer Provinzzeitung, des Readinger „Ablers“, der unter dem deutschen Bauerntum Pennsylvaniens die weiteste Verbreitung hatte. Franz L i e b e r , mit und nach Karl F o l l e n der Hauptvertreter des Deutschtums vor der gebildeten amerikanischen Öffentlichkeit, trug sich zwanzig Jahre später mit einer ähnlichen Absicht.

Auch Carl S c h u r z hat wiederholt einen derartigen Plan erwogen. Unter dem 8. Juli 1905, also ein knappes Jahr vor seinem Tod, schrieb er einem Journalisten: „Daß die Gründung der von Ihnen beschriebenen Zeitschrift wünschenswert ist, bezweifeln wir nicht. [Er spricht im Namen seines Freundeskreises.] Aber die praktische Ausführbarkeit des Planes scheint uns unter obwaltenden Umständen sehr fraglich. Das Projekt ist nicht ganz neu. Ähnliches ist in früheren Zeiten schon mehrmals in meinen Freundeskreisen besprochen worden, und die Besprechungen haben stets zu dem Schluß geführt, daß das Unternehmen eine sehr geringe Chance des Erfolges haben würde. Die Gründung einer solchen Zeitschrift und ihre Erhaltung bis zur Möglichkeit der Selbsterhaltung würden viel bedeutendere Geldmittel erfordern, als Sie Ihrem Briefe gemäß sich vorzustellen scheinen. Und die Möglichkeit der Selbsterhaltung scheint uns eine recht entlegende zu sein. Die Zeitschrift könnte nicht von Anfang an auf einen großen Leserkreis rechnen. Im Gegenteil, der Leserkreis würde zuerst recht bescheiden sein. Um ihn zu vergrößern, würde es besonderer Zugmittel bedürfen. Ein Appell an das deutsche Stammgefühl würde dazu nicht hinreichend sein . . .“

Schurz dachte bei seinem Gutachten in erster Linie an eine Zeitschrift in englischer Sprache. Was er damals für kaum möglich hielt, ist inzwischen verwirklicht worden. Seit 1934 erscheint eine vornehm ausgestattete und ausgezeichnete bebilderte Zweimonatschrift „The American-German Review“, herausgegeben von der Carl Schurz Memorial Foundation in Philadelphia. Sie dient dem Gedankenaustausch zwischen Deutschland und den Ver. Staaten und bringt zuweilen auch deutsche Beiträge, vor allem schöngestiger Art.

Otto Lohr.

## Die deutschsprachige Presse in der Sowjetunion

Die deutschsprachige Presse in der Sowjetunion entzieht sich, soweit sie für die deutschsprachigen Einwohner des Kommunistenstaates bestimmt ist und Nachrichten über die Deutschen im Sowjetreich bringt, völlig der Weltöffentlichkeit. Das einzige, was man im Auslande von dieser Presse zu lesen bekommt, ist ein Wochenblatt: die „Deutsche Zeitung“ in Moskau und die dortselbst erscheinende „literarische“ Monatschrift „Das Wort“. Diese beiden Blätter bringen, wie wir des weiteren sehen werden, keine Nachrichten über Deutsche ihres Landes.

Dieser Umschwung in der Pressepolitik der Sowjets in bezug auf die Deutschen ist erst zu Beginn dieses Jahres erfolgt. Bis dahin wurde in der deutschsprachigen Presse wohl lobhudelnd und prahlend das Blaue vom Himmel heruntergelogen, zugleich aber scheute man sich auch nicht, so manche Realitäten und auch schreiende Mißstände in den deutschen Kolonien aufzudecken, wenn dies auch meist aus persönlicher Gehässigkeit gegen einzelne Beamte, Lehrer usw. geschah. So konnte man sowohl in der in Moskau täglich erscheinenden „Deutschen Zentralzeitung“ wie auch in den Gebiets- und Dorfzeitungen der Wolgarepublik, der Ukraine, Kaukasiens usw. manches über die Verhältnisse der in Kollektivsklaven verwandelten deutschen Bauern erfahren.

Die „Deutsche Zentralzeitung“, vom 26. August 1938 ab, in ihrem 14. Jahrgang, in „Deutsche Zeitung“ umgetauft, war die wichtigste, wenn auch noch so unreine und jüdisch-verseuchte tägliche Quelle für manche sachlichen und persönlichen Veränderungen in den deutschen Gebieten der Sowjetunion. War diese Tageszeitung ebenso wie die übrige deutschsprachige Presse auch keineswegs deutsch, sondern ausgesprochen jüdisch-kommunistisch und hatte sie auch die besondere Aufgabe, als Zentralorgan die übrigen deutschen Blätter zu überwachen und zu erziehen, so schlüpfte doch bei Klagen und Warnungen so manches Bemerkenswerte durch. Dabei wurde vor allem die Deutsche Wolgarepublik berücksichtigt, während von den Deutschen aus der Ukraine viel feltener etwas zu lesen war und die so gut wie vernichteten Kolonien in der Krim und die einst blühenden in Zis- und Transkaukasien kaum erwähnt wurden. Von den Kolonien in Zentralrußland, in Leningrad und in Sibirien ganz zu schweigen.

Daß sich das Moskauer deutschsprachige Blatt führend für die deutschsprachige Presse des Landes fühlte, war bei allen „Pressekampagnen“ zu beobachten. So griff es während der Vorbereitungen zu den Wahlen in den Obersten Sowjet im Oktober 1937 wütend einen Teil der deutschen Rayon- und Kantonzzeitungen der Wolgarepublik wegen ungenügender Beteiligung an. Am 2. Oktober (Nr. 226) erklärte sie, die Kantonzzeitung „Roter Sturm“ gebe „ein Zerrbild der Sowjetwirklichkeit“, indem nur Mängel über Mängel aufgezählt würden. Am 11. Oktober wurde in der Nummer 234 die in Margstadt (Wolga) erscheinende Kantonzzeitung „Rote Sturmflut“ verwarnt, die „ihrer Aufgabe keineswegs gerecht“ werde. Ganz allgemein erklärt das Moskauer Blatt, daß sich „in der Wolgadeutschen Republik und in den verschiedensten sowjetdeutschen Rayons der Ukraine nicht wenige Agenten des Faschismus und trozkistisch-bucharinsche Spione in den Redaktionen von Rayon- und Kantonzzeitungen eingeschlichen“ haben. Besonders scharf wurde der Schriftleiter der Zeitung „Lenin's Weg“ in Balzer gebrandmarkt. Im Dezember

1937 zog die DZ. (Nr. 252) gegen den „Kollektivist“ in Seelmann und die Zeitung „Bolschewik“ in Kamentka zu Felde: „Es gibt nicht wenig Beispiele dafür“, klagte das Residenzblatt, „daß in den Rantonzeitungen Pfaffen und verschiedene religiöse Sekten antisowjetische Agitation treiben. Die Rantonzeitungen kommen ihrer bolschewistischen Pflicht, den versteckten Feinden die Maske vom Gesicht zu reißen, schlecht nach.“

Seitdem sind furchtbare Säuberungsaktionen über die Sowjetunion hinweggefegt und haben auch, ohne daß die Welt davon viel Notiz nahm, unter den unglücklichen dem roten Terror preisgegebenen Völkerschaften und besonders unter den politisch exponierten Schriftleitern blutige Musterung gehalten. Man wird aus den angeführten Pressestellen ersehen, wie zwecklügenrisch die blutgierige Spionage-, Konterrevolution- und Religion-schnüffelnde Heze auch war, daß die deutschen Dorfrepitilien es den Zentralstellen nicht immer recht zu machen verstanden. Selbst die Moskauer „Zentralzeitung“ ließ sich bisweilen zu Extratouren herbei, indem sie zum Beispiel am 29. Januar v. J. (Nr. 23) ihrem früheren Berliner Sowjetjuden R. Hoffmann Raum zu einer erbitterten Polemik gegen meine Berichterstattung über die Sowjetverhältnisse in der „Deutschen Post aus dem Osten“ und in einem Artikel des „Berliner Tageblatts“ gab. Den größten Zorn hatte der Umstand erregt, daß ich Beweise für die ungeheuerlichen Mißstände und Scheußlichkeiten gerade aus der DZ. angeführt hatte. Das wurde als das „Wutgeheul aus den Hundehütten des Faschismus“ bezeichnet und ein recht entstellter Lebenslauf von mir angeführt, wobei mir zu viel Ehre geschah, indem ich u. a. „mit Hilfe der deutschen Bajonette meine verlorene Stellung in Petersburg zurückzuerobern“ versucht und General Goltz geholfen hätte, „die proletarische Revolution in Finnland in Blut zu erstickern“.

Noch vor einem Jahr war man in Moskau auf die Vielgestaltigkeit und Lebendigkeit der „fremdsprachigen“ Presse stolz. So berichtete die DZ. (Nr. 101) vom 5. Mai, dem „Tage der Sowjetpresse“, über die „Bücherkammer der UdSSR.“ im Gagarin-Palais in Moskau, wo alle in der Sowjetunion erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften aufbewahrt würden. Nach der Statistik von 1937 (die, wie jede Sowjetstatistik, natürlich falsch ist) gab es 8821 Zeitungen mit einer Auflage von 36,19 Millionen Exemplaren und 1880 Zeitschriften mit einer Auflage von 250 Millionen Exemplaren. Davon waren freilich über die Hälfte der Zeitungen, nämlich 4605, solche von Fabriken, Sowjetwirtschaften und Traktorstationen, also geschriebene Blätter, die nichts mit Zeitungen im europäischen Sinne zu tun haben. Weitere 3292 waren Rayon- und Provinzzeitungen. Auch mit diesen war es selbst zu ihrer Blütezeit oft schlecht bestellt. So klagte zum Beispiel einmal die DZ., daß die deutsche Zeitung „Stalinist“ in Gnadenslur vom 1. Januar bis zum 22. Oktober nicht mehr als 58 Nummern in einer Auflage von 250 Exemplaren herausgebracht habe. Es verblieben 1937 also nur 524 Zeitungen für die beiden Hauptstädte und die großen Städte des Reiches.

Nach derselben Statistik wurden diese kommunistischen Propagandablätter in 85 Sprachen, die Zeitungen allein in 69 Sprachen gedruckt. Darunter finden sich solche, wie: Abygäisch, aissorisch, udmortisch, darginisch, dunganisch, karakalpakisch, kumykisch, oirotsch, zyganisch (zigeunerisch!) usw. Man kann sich denken, welche geringe Auflagen solche Zeitungen hatten, wenn deutsche Blätter in 250 Exemplaren unregelmäßig erschienen.

Das deutschsprachige Zeitungswesen wurde von der DZJ. vom 5. Mai v. J. mit insgesamt 35 Zeitungen angegeben; „außer zahllosen Brigaden- und Feldzeitungen“, wie das Blatt großspurig hinzufügte. Davon erschienen in der Wolgadeutschen Republik 19, darunter die Zeitung des Gebietskomitees „Nachrichten“, ferner „Die rote Jugend“ und die Pionierzeitung „Junger Stürmer“. Aus Anlaß des zwanzigjährigen Jubiläums der Wolgarepublik wurde offiziell gemeldet, daß neben 20 deutschen allein 14 russische Zeitungen dort erscheinen. Die Statistik für 1937 zählte ferner: in der Ukraine 8 deutsche Zeitungen und je eine in der Krim, im Gebiet Drenburg, im Gebiet Saratow, im Altaigau, im Kubyschew-Gebiet, im Krasnodar-Gau und in Georgien. Außerdem wurden drei literarische Monatschriften in deutscher Sprache genannt, und zwar: die „Internationale Literatur“, „Das Wort“ und „Der Kampf“. Bei der Generalversammlung der Deutschen Sektion des Verbandes der Sowjetschriftsteller im Juni v. J., in der man die entartete Kunst, bis dahin der Gipfel höchsten Lobes, verurteilte, wurde noch eine weitere Zeitschrift „Neue Weltbühne“ erwähnt.

Wieviel wirklich hinter den angeführten Zahlen, Namen und Auflagen steckte, ist durchaus nicht festzustellen. Man kann aber mit Sicherheit annehmen, daß selbst damals, als die fremdsprachige Presse mit allen Mitteln gefördert wurde, sie schon wegen der Anbildung und der Sowjetfeindslichkeit der Bevölkerung ein trauriges Dasein gefristet hat. Seitdem ist aber, zum Teil gewiß aus politischen Gründen, aber auch wegen des katastrophalen Papiermangels und aus einer immer mehr durchbrechenden Pressefeindslichkeit heraus die gesamte Presse der Sowjetunion zusammen geschmolzen, in viel stärkerem Maße aber die der nichtrussischen Völker. Diese veränderte Pressepolitik dürfte sich aus Haß gegen alles Deutsche und aus Furcht vor dem Deutschen Reich ganz besonders stark auf die deutschsprachige Presse ausgewirkt haben.

So nur kann man es erklären, wenn die „Deutsche Zeitung“ in Moskau zu Beginn dieses Jahres in eine Wochenzeitung umgewandelt worden ist, die noch zudem in viel kleinerem Format erscheint. Während die einstige deutsche Tageszeitung neben den allgemeinen „Muß“-Artikeln, die fast wörtlich durch die gesamte Presse der Union laufen, doch immerhin in Dorf- und Stadtkorrespondenzen, Aufrufen, Berichten, wie wir sahen, von den deutschsprachigen Sowjetbürgern Notiz nahm, werden sie im Wochenblatt völlig totgeschwiegen. Nach genauer Durchsicht der seit dem März erschienenen Nummern kann ich feststellen, daß nicht einmal die sonst als Gegenstand von Lobeshymnen so beliebte Wolgarepublik auch nur einmal erwähnt wird. Das ganze Augenmerk ist außenpolitisch auf ödste Greuelbeze gegen die „Aggressoren“, insbesondere Deutschland, gerichtet und innerpolitisch auf ebenso sinnlose, bombastische Propaganda der „alle kapitalistischen Staaten überflügelnden Sowjetunion“. Wenn man irgendwelche nationale Töne in dem deutschsprachigen Blatt finden will, so stößt man auf die Juden. Sei es, daß aus Anlaß des zwanzigjährigen Bestehens des Staatlichen Jüdischen Theaters sein Leiter S. M. Michoels gepriesen wird (Nr. 54 v. 6. 4.) oder ein Glückwunschtelegramm der meist jüdischen Filmkünstler der Sowjetunion an Charly Chaplin veröffentlicht wird (Nr. 56 v. 20. 4.).

Die Juden und Judengenossen, größtenteils Emigranten aus dem Reich, wie Feuchtwanger, Heinrich und Thomas Mann u. a. beherrschen völlig die

ausschließlich für Auslandpropaganda bestimmte Monatschrift in deutscher Sprache „Das Wort“. Hier werden allerhand literarische und theoretische Probleme des Kommunismus unter Lobhudeleien auf Stalin und entsprechend widerlicher Greuelheze gegen das Deutsche Reich in gut bezahltem Eifer verzapft. Aber die Deutschen in der Sowjetunion findet man auch hier kein Wort.

Wie in den ersten Jahren des Kriegskommunismus, als das Chaos in der Sowjetunion blutige Orgien feierte, die Mosklauer Regierung ängstlich bemüht war, die Sowjetblätter nicht über die Grenze zu lassen, so ist auch de facto heute die deutschsprachige Presse der Sowjetunion, mit Ausnahme der genannten beiden Judenblätter, die ausschließlich auf Auslandpropaganda eingestellt sind, den Zeitgenossen außerhalb der Sowjetunion schwer zugänglich.

Die Schlußfolgerungen liegen auf der Hand.

Carlo von Cügelgen.

## Die deutsche Presse im Ausland

### Ergänzungen und Veränderungen

Das Juniheft 1938 unserer Zeitschrift „Deutschtum im Ausland“ schloß im ersten Teil der großen Übersicht über Entstehung und Entwicklung der deutschen Presse im Ausland („Die volksdeutsche Presse in Europa“) mit einem kurzen Hinweis auf die völkische Kampfpresse der Nachkriegszeit und nach 1933.

Gerade diese Kampfpresse hat mit an entscheidender Stelle seit dem Zusammenbruch von 1918 und der Neuordnung Europas die Haltung der deutschen Volksgruppen beeinflusst. In einer Zeit, da alle überkommenen Traditionen sinnlos, alle Zusammenhänge auseinandergerissen waren, als die „Minderheiten“ in einem zähen und hartnäckigen Kampf um Rechte und Sicherheiten verhandeln mußten, begann diese Presse ihren Kampf um die innere Erneuerung und Ausrichtung der Volksgruppe.

Es ist das entscheidende Merkmal dieser Presse, daß sie bis zur letzten Zeile aus einer klaren weltanschaulichen Überzeugung geschrieben wurde. Und es ist ferner kennzeichnend für sie, daß sie weniger ihre Aufgabe in der Nachrichtenübermittlung, als vordringlich in der weltanschaulichen Ausrichtung und Schulung ihrer Leser und der damit hinter ihr stehenden jungen Mannschaft der Volksgruppe sah.

Im Deutschtum Rumäniens entstand diese Presse der Erneuerungsbewegung aus dem kleinen Blättchen „Selbsthilfe“, das 1922 erstmals erschien, das das Hakenkreuz auf der Vorderseite trug und der Fahnenträger der Bewegung des Mannes war, der heute verantwortlich die Geschicke der deutschen Volksgruppe in Rumänien leitet: Fritz Fabritius. Mit der steigenden Bedeutung der Erneuerungsbewegung der Deutschen in Rumänien änderte die „Selbsthilfe“ im Juni 1932 ihren Titel in „Ostdeutscher Beobachter“ — Kampfblatt für das ehrlich arbeitende Volk“ und wurde damit zum stärksten Sprachrohr der

nationalsozialistischen Bewegung. Seine politische Erziehungsarbeit unterstützten wirkungsvoll die „Sachsenburg, Deutsches Bürger- und Bauernblatt für Siebenbürgen“, die im Mai 1932 entstand, aber gleichzeitig mit dem „Ostdeutschen Beobachter“ nach dem ministeriellen Verbot der deutschen Erneuerungsbewegung im Juni 1934 ihr Erscheinen einstellen mußte.

Das Verbot der Bewegung erzwang gleichfalls die Einstellung des in Mühlabach erscheinenden „Unterwalder Beobachters“ und des „Besessarabischen Beobachters“ in Sarutino.

Als Blatt der Erneuerungsbewegung bestand ferner die „Deutsche Tageszeitung“, die nunmehr für das ganze Land die Linie der Erneuerungsbewegung fortsetzte. Nach der innervölkischen Spaltung 1935 wurde sie Blatt der Deutschen Volkspartei Rumäniens (Dr. A. Bonfert), während sich die Volksgemeinschaft der Deutschen in Rumänien zunächst im „Aufbau“, dann im „Süd-Ost“ eine neue Tageszeitung schuf. Zu seiner 1000. Folge (5. Mai 1939) konnte ihm Landesobmann Fritz Fabritius bestätigen: „Der „Süd-Ost“ hat nun drei und ein halbes Jahr hindurch, von November 1935 bis heute, in tausend Folgen seinen Dienst am Volk verrichtet. Er hat es unter Verhältnissen getan, die man kennen muß, um die ganzen Schwierigkeiten zu begreifen, die sich ihm entgegenstellten. Ein solches Unternehmen erfordert neben den fachlichen Fähigkeiten und Kenntnissen auch eine nicht ungewöhnliche seelische Kraft der Anpassung an die besonderen Aufgaben, die dem Blatt im Kampf um neue Gedanken erwachsen, und ein hohes Maß an Selbstbescheidung, Disziplin und Treue.“

In der „Deutschen Tageszeitung“ verfügt die deutsche Volksgruppe in Rumänien über ein zweites, allein weltanschaulich ausgerichtetes Kampfblatt. Es darf heute, nach der erfolgten innervölkischen Einigung, als ein glückliches Ereignis angesehen werden, daß beide Blätter der Erneuerungsbewegung ihre Kraft nicht mehr gegeneinander, sondern gemeinschaftlich für das Gesamtwohl der Deutschen in Rumänien einsetzen können.

Es wurde bereits in unserem Bericht über die deutsche Presse in Rumänien im Jahre 1938 (Seite 314/15) auf die große, dem deutschen Zeitungswesen durch das rumänische „Gesetz über die Kontrolle der Unterhaltsmittel periodischer Veröffentlichungen“ vom 13. April 1938 entstehende Gefahr aufmerksam gemacht. Das Gesetz verlangte, daß sämtliche Zeitungen, die mehr als 30mal im Jahre erscheinen, in eine Aktiengesellschaft umgewandelt würden. Gleichzeitig erfolgte eine Änderung im Besteuerungssystem der Aktiengesellschaften, wobei ein Mindestkapital von 250 000 Lei vorausgesetzt wurde.

Da es für keine deutsche Zeitung, namentlich für die kleineren Wochenblätter der Provinz, möglich gewesen wäre, diesen drückenden steuerlichen Bestimmungen nachzukommen, sahen sich die meisten der Blätter gezwungen, anstatt wöchentlich nunmehr alle vierzehn Tage zu erscheinen. Es wurde, um die entstehende Lücke auszufüllen, die Notlösung getroffen, in der Zwischenwoche entweder ein neues Blatt herauszubringen oder sich mit einem anderen am gleichen Ort erscheinenden Blatt abzuwechseln.

Die „Bistritzer Deutsche Zeitung“ wechselt so mit den „Sächsisch-Regener Nachrichten“ ab; die „Mediascher Zeitung“ füllte die Lücke aus mit der neu errichteten Wochenschrift „Weinland“, der „Groß-Roller-Vote“ erschien im Wechsel mit dem „Schäßburger Anzeiger“; die beiden in Reschiza erscheinenden deutschen Blätter „Reschizaer Zeitung“ und „Reschizaer Wochenblatt“ lösten sich gegenseitig in der Erscheinungs-

weise ab. Andere Blätter jedoch mußten sich den Bestimmungen fügen. So erschienen das „*Dravizauer Wochenblatt*“, die „*Deutsche Zeitung*“ in Klausenburg, die „*Sathmarer Schwabenpost*“, die „*Deutsche Tageszeitung*“ seit Mai 1938 nur noch alle vierzehn Tage. Die größeren Blätter wechselten ihre Unternehmungsform und wurden Aktiengesellschaften.

Das neue Gesetz brachte aber nicht nur der volksdeutschen, sondern ebenso der nationalrumänischen Provinzpresse erhebliche Schwierigkeiten. So beschloß man endlich aus vernünftigen Erwägungen heraus und um das schon an sich geringe rumänische Zeitungswesen nicht völlig zu ersticken, Ausnahmestimmungen für die Provinzpresse sowie alle Blätter, die eine kleinere Auflage als 7500 Stück haben, zu schaffen. Diese besonderen Bestimmungen traten mit dem 1. Oktober 1938 in Kraft. Sie gewährten auf Grund jeweiliger Sondergenehmigungen Erleichterungen und hatten zur Folge, daß ab 1. Oktober 1938 der alte Zustand wiederhergestellt wurde und die Ersatzblätter wieder verschwanden.

### Jugoslawien

Zwei Blätter haben in der deutschen Volksgruppe vom ersten Tage ihres Erscheinens ab ihre Aufgabe als weltanschauliche Kampfblätter unter Beweis gestellt: Der „*Volkstruf*“ in Panschowa und der „*Slawonische Volksbote*“ in Esseg.

Auch hier darf erfreulicherweise festgestellt werden, daß, nach der innervölkischen Einigung der Volksgruppe, diese Blätter sich in vertieftem Maße ihrer Aufgabe widmen können, jeden Deutschen der Volksgruppe der Erneuerungsbewegung zu gewinnen und ihr damit nach der äußeren Einheit auch eine klare innere Richtung zu geben.

Zwei weitere Blätter haben im letzten Jahr die Zahl der deutschen Zeitungen vermehrt. Von größter Bedeutung war die Gründung der „*Deutschen Nachrichten*“ in Agram (24. Dezember 1938). Sie sind heute mit der tapferen „*Gottscheerer Zeitung*“ das einzige volksbewußte Blatt im Westen Jugoslawiens. Es ist zu hoffen, daß die „*Deutschen Nachrichten*“, die innerhalb des Deutschtums in Slowenien und Kroatien eine seit dem Eingehen der „*Cillier Zeitung*“ fühlbare Lücke ausfüllen, die tapfere Haltung, die sie bisher bewiesen haben, beibehalten und auch wirtschaftlich auf eine gesunde Basis kommen.

In Batscha Palanka entstand ein neues Wochenblatt „*Heimat*“ (25. März 1939), dessen Richtung in den drei Worten seines Untertitels: „*Chre, Blut und Boden*“ zum Ausdruck kommt.

### Ungarn

Mußte im Vorjahr in diesem Heft festgestellt werden, daß es der volksdeutschen Bewegung Dr. Baschs an einer eigenen Tages- oder auch nur Wochenzeitung fehlte, so ist nunmehr endlich der Anfang zu einer Besserung gemacht worden. Vor Jahresfrist (12. Juni 1938) stellte sich die „*Günser Zeitung*“, bis dahin ein seit 1874 bestehendes, unscheinbares, kleines, politisches Wochenblatt, in den Dienst der berechtigten Wünsche des volksbewußten ungarländischen Deutschtums. Als Hauptschriftleiter übernahm einer der engsten Mitarbeiter Dr. Baschs, Dr. Goldschmidt, die Leitung des Blattes. Daneben, mehr als Flugschrift, erschienen noch der „*Deutsche Volksbote*“ und „*Volk und Heimat*“. Im November 1938 erfolgte die Gründung des Volksbundes der Deutschen in Ungarn. Wenige Wochen später erteilte Ministerpräsident Imredy

die Erlaubnis, die bisherige Fünfwochenschrift „Deutscher Volksbote“ vom 1. Januar 1939 ab als Wochenzeitung erscheinen zu lassen. Mit dem 1. Januar 1939 verfügt also das volksbewusste ungarländische Deutschtum endlich über sein eigenes deutsches Blatt. Zugunsten des neuen Blattes stellte die Volksführung die Blätter „Volk und Heimat“ und die „Günser Zeitung“ ein. Gleichzeitig erschien als das Blatt der Volksdeutschen Jugend Ungarns im gleichen Verlag wie der „Deutsche Volksbote“ der „Junglamera“.

Es ist im höchsten Grad bedauerlich, daß trotz der behördlichen Bewilligung der beiden Blätter noch immer chauvinistische Kreise in Ungarn versuchen, diejenigen Deutschen, die Bezieher und Leser der beiden deutschen Blätter sein wollen, als Staatsverräter zu verdächtigen oder ihnen die Beschaffung der Blätter unmöglich zu machen. Die ständigen Klagen aus den Kreisen der deutschen Bauernschaft werfen ein bezeichnendes Licht auf den Willen gewisser Kreise in Ungarn, die sich noch immer nicht damit abfinden können, daß es vorbei ist mit dem Assimilationsstandpunkt und daß es heute das unbestreitbare Recht eines jeden Volkes ist, sich zu dem angestammten Volkstum auch vor der Öffentlichkeit und gerade dort bekennen zu können!

### Slowakei

Entscheidend hat die Neuordnung Europas im September 1938 und März 1939 die deutsche Presse im heutigen slowakischen Staatsgebiet verändert. Es bestand als völkisch eingestelltes Blatt bis zum Zusammenbruch lediglich das Wochenblatt „Deutsche Stimmen“ der Karpatendeutschen Partei — in gewissem Sinne ein Schwesterblatt der „Rundschau“ Konrad Henleins. In Rásmark erschien, mit einer nie zweifelstfreien deutschen Haltung, die „Karpathenpost“ in Preßburg schließlich noch der in jüdisch-freimaurerischem Geist geleitete „Grenzbote“. Die „Deutsche Stimmen“, oftmals verboten und beschlagnahmt, haben in den sechs Jahren ihres Bestehens nicht wenig dazu beigetragen, das Karpatendeutschtum unter Franz Karmasins Führung zu erwecken und für größere Aufgaben vorzubereiten. Mit dem Umsturz von 1938 und der neuen Stellung der deutschen Volksgruppe entstand die Notwendigkeit, über ein eigenes deutsches Tageblatt zu verfügen. Es gelang schließlich im November 1938 den „Grenzboten“ zu kaufen und das Blatt damit wieder in deutschen Besitz überzuführen. Somit verfügt die deutsche Volksgruppe in der Slowakei heute im „Grenzboten“ über eine Tageszeitung, die alle deutschen Siedlungsgebiete der Slowakei erreicht und in „den Deutschen Stimmen“ über ein Blatt, das die Aufgabe hat, die nationalsozialistische Bewegung und nationalsozialistisches Gedankengut bis in die kleinste Hütte zu tragen.

Als Gegengewicht gegen die „Karpathenpost“, deren zweifelhafte Haltung nicht länger in der Zips maßgebend sein durfte, erschien am 15. April 1939 erstmals „Die Karpathendeutsche Bauernzeitung“, die der Deutschen Partei nahesteht und neben landwirtschaftlich-fachlichen Fragen auch politische und weltanschauliche Fragen des Bauerntums und des Zipsers Deutschtums behandelt.

Schließlich verfügt die deutsche Volksgruppe in den „Deutschen Pressebriefen aus der Slowakei“ über einen ausgezeichneten Informationsdienst.

## Sudetenland und Protektorat Böhmen — Mähren

Im tschechischen Landesteil stellten am 14. September 1938 „Die Zeit“, die „Rundschau“ und die „Sudetendeutschen Pressebriefe“ ihr Erscheinen als Protest gegen die verschärften Zensurbestimmungen der Tschechen ein. Es kam der Anschluß der sudetendeutschen Gebiete an das Reich. Wenige Tage später, am 4. Oktober 1938, erschien „Die Zeit“ wieder, zunächst in Dresden. Aus geschichtlichen Gründen soll an dieser Stelle die Begründung festgehalten werden, die die erste im Reich erscheinende Nummer der „Zeit“ für die Einstellung gab: „Das Unterbrechen des Erscheinens war zunächst aus politischen Gründen notwendig geworden. Als wir uns vor nahezu drei Wochen schweren Herzens entschlossen, das Erscheinen zu unterbrechen, war hierfür in erster Linie die Erwägung maßgebend gewesen, daß die vollständige Unterbindung jeder Meinungsäußerung und wahrheitsmäßigen Berichterstattung notwendigerweise dazu geführt hätte, daß die tschechische Regierung die „Zeit“ als ein Beweisstück gegen die Interessen des Sudetendeutschums hätte verwenden können. Denn schon die Unterlassung von Berichten, die die Zensur nicht hätte passieren können, wurde bereits in den letzten Tagen des Erscheinens von der tschechischen Propaganda dazu benutzt, den Eindruck zu erwecken, als ob die Verhältnisse im Sudetengebiet ‚gar nicht so arg‘ wären. Ein derartiger Mißbrauch der Zensurorgane konnte nicht anders verhindert werden als dadurch, daß man von der Herausgabe des führenden sudetendeutschen Blattes überhaupt Abstand nahm. Der Plan, die „Zeit“ in einer anderen sudetendeutschen Stadt erscheinen zu lassen, scheiterte an dem allgemeinen Chaos, das in den folgenden Tagen im Sudetengebiet einsetzte. So mußte abgewartet werden, bis der Tag gekommen war, auf den wir alle so sehnsüchtig warteten: den Tag der Heimkehr ins Reich.“

Die „Zeit“ ist heute das amtliche Organ des Gaues Sudetenland der NSDAP. und steht unter der Leitung des alten sudetendeutschen Nationalsozialisten Dr. Karl Viererbl.

Die deutsche Presse im restlichen tschechischen Staatsgebiet verteilte sich einmal auf die wenigen deutschbewussten Blätter, von denen namentlich der „Tagessbote“ in Brünn mit seinen verschiedenen Kopfsblättern seine alte liberale Haltung völlig über Bord geworfen hatte und als „Volksdeutsche Zeitung“ sich restlos in den Dienst der von Ernst Runtz geführten deutschen Volksgruppe in der Tschecho-Slowakei und des gesamten Deutschums nationalsozialistischer Weltanschauung stellte.

In der deutschen Volksinsel Iglau setzte sich der „Mährische Grenzboten“, ein zweimal wöchentlich erscheinendes tapferes Blatt, dessen nationalsozialistische Gesinnung ihm ständige behördliche Schikane eingetragen hatte, vorbildlich für das Deutschum der Stadt und des Iggandes ein. Es ist heute Mitteilungsblatt der NSDAP. für den Kreis Iglau.

Alle anderen deutschsprachigen Blätter waren in Gesinnung und Haltung alles weniger als deutsch. Das galt, neben den zahlreichen jüdischen Boulevardblättern in Prag, Brünn und Olmütz, namentlich von der amtlichen „Prager Presse“ und der (im 111. Jahrgang stehenden) „Deutschen Zeitung Böhemia“. Beide Blätter stellten mit dem 31. Dezember 1938 ihr Erscheinen ein — nicht ohne daß die „Bohemia“ ihrer „freibeitlichen Gesinnung“ nachweinte und die „Prager Presse“ als letzte Neuigkeit mit den Worten Eindruck zu machen suchte: „Mit Stolz kann die ‚Prager Presse‘ am letzten Tage ihres

Erscheinens die der Weltöffentlichkeit vielleicht unbekanntes Tatsache mitteilen, daß an ihrer Wiege der Gedanke des Präsidenten-Befreiers L. G. Masaryk stand, welcher die Gründung der „Prager Presse“ wünschte als eines Sprechers und Vertreters des Friedensgedankens und der kulturellen Solidarität Europas und insbesondere als eines Mittlers zwischen der tschecho-slowakischen resp. slawischen Kulturwelt und dem deutschen Volke.“ Daß sie der Erfüllung dieser Aufgabe nie nachgekommen ist, verschweigt sie schamhaft.

Der Ausrichtung und Unterrichtung der restlichen deutschen Presse in der Tschechei diene schließlich der von der Pressestelle des Deutschen Arbeitsamtes in der Tschecho-Slowakei herausgegebene „Prager Zeitungsdiens“, dessen Artikel und Korrespondenzen (es erschien auch eine Ausgabe in tschechischer Sprache) wegen ihrer klaren und sauberen Haltung auch heute noch zahlreiche Verwendung finden.

Seit der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren ist den beiden deutschen Blättern in Brünn und Iglau noch der „Der Neue Tag“ in Prag als das Blatt des Reichsprotectors zur Seite getreten.

## Polen

Die Presse der Erneuerungsbewegung in Polen beschränkt sich auf zahlenmäßig nur wenige Blätter. Es handelt sich dabei einmal um die beiden Hauptblätter der Jungdeutschen Partei für Polen, die „Deutschen Nachrichten“ in Posen und deren Kattowitzer Kopfblatt „Der Aufbruch“. Der Untertitel „Für Volkstum und Sozialismus“ kennzeichnet das Programm der Zeitungen, die als Parteiblätter darüber hinaus nicht lokale Interessen vertreten, sondern der ganzen deutschen Volksgruppe in Polen dienen.

Der „Völkische Anzeiger“, der seit 1934 in Lodz als Wochenschrift der deutschen Erneuerungsbewegung in Polen erschien, stellte am 31. März 1938 sein Erscheinen ein. Es erfolgte „im Zuge der Vereinheitlichung unserer gesamten Presse, die darauf hinausläuft, daß dem Gesamtdeutschtum dieses Staates eine große deutsche Tageszeitung, ohne Rücksicht auf die einzelnen Teilgebiets-sonderheiten, geschaffen werde“. Die bisherigen Leser erhielten vom 1. April 1938 ab die „Deutschen Nachrichten“ zugestellt.

Schließlich ist zu nennen „Der Deutsche Weg“ in Lodz, das Wochenblatt der Bewegung Ludwig Wolfs, das als „Kampfblatt der Deutschen in Polen“ und des „Deutschen Volksverbandes“ seine größte Verbreitung in Mittelpolen hat und dessen kämpferischer und aufklärender Werbearbeit nicht zuletzt die deutschen Wahlerfolge in den mittelpolnischen Städten mit zu verdanken sind.

Nicht nur die hier genannten Blätter, sondern das gesamte deutsche Zeitungs-wesen in Polen unterliegt seit geraumer Zeit wieder unerhörten polnischen Schikanemaßnahmen. Nabezu jede Zeitungsausgabe trägt am Kopf die Bemerkung „Nach der Beschlagnahme zweite Auflage“; der „Aufbruch“ wurde Mitte Mai auf die Dauer von 14 Tagen überhaupt verboten! Die völlig sinnlosen und brutalen Zensurmaßnahmen der polnischen Behörden, die sogar soweit gehen, daß sie Artikelübersetzungen aus polnischen Zeitungen, die also bereits in der Staatsprache in der Öffentlichkeit erschienen sind, beanstandet, kann ein Mensch mit einigermaßen gesundem Menschenverstand schon nicht mehr begreifen! Sie entspringen entweder einer unvorstellbaren Angst

vor dem Deutschtum oder aber sie erfolgen lediglich, um die deutsche Presse wirtschaftlich zugrunde zu richten. Wir müßten im zweiten Falle eine solche Kampfweise als durchaus unehrenhaft und unanständig bezeichnen!

### Reichsdeutsche Zeitungen und Zeitschriften im außerdeutschen Europa

Zur Vervollständigung unserer Ergänzungen über die volksdeutsche Presse in Europa seien die Blätter der reichsdeutschen Kolonien in Europa genannt.

Neben den örtlichen Blättern der deutschen Kolonien in den größeren Städten des Landes und neben den kleineren Vereinsblättern sind maßgebend für alle Auslandsdeutschen: in Frankreich die im 4. Jahrgang stehende „Deutsche Zeitung in Frankreich“; in der Schweiz die im 2. Jahrgang erscheinende „Deutsche Zeitung in der Schweiz“; in Großbritannien die ebenfalls im 2. Jahrgang stehende „Deutsche Zeitung in Großbritannien“ und seit Beginn 1939 die „Reichsdeutschen Nachrichten in den Niederlanden“. — Ein „Mitteilungsblatt der Reichsdeutschen in Rumänien“ erschien erstmals am 15. Februar 1939 in Bukarest. — Im 3. Jahrgang steht bereits der „Italienbeobachter“, das parteiamtliche Organ der Landesgruppe Italien der W. der NSDAP., dessen Inhalt und dessen Ausgestaltung volle Anerkennung verdienen. — Im 4. Jahrgang erscheinen auch die „Deutschen Nachrichten“, das Mitteilungsblatt der Reichsdeutschen in Ungarn. — Gewonnen in der äußeren Aufmachung hat seit einiger Zeit die „Zeitung der Deutschen in Norwegen“, die von den Auslandsdeutschen in Norwegen herausgegeben wird. — „Der Deutsche in Schweden“ ist entsprechend das Mitteilungsblatt für das Deutschtum in Schweden. — Ein neues Gesicht hat die „Deutsch-Belgische Rundschau“ erhalten. Sie ist nicht zuletzt durch ihre bessere Aufmachung ein Blatt geworden, das den Reichsdeutschen in Belgien wirklich etwas bietet und das auch als Organ der Deutsch-belgischen Gesellschaft eine gewisse repräsentative Bedeutung besitzt.

Oskar Hartung.

# Die deutschsprachige Presse in Übersee

## Nennenswerte Ergänzungen

Im Gegensatz zu den weltgeschichtlichen Veränderungen im europäischen Raum ist in der Neuen Welt, so weit es die deutschsprachige Presse betrifft, so ziemlich alles beim alten geblieben. Zwar fanden die Hammerschläge, mit denen der Führer sein Großdeutschland schmiedete, auch in der deutschsprachigen Presse in Übersee einen Widerhall, doch war diese zu weit vom Schauplatz des Geschehens entfernt, um direkt von ihm berührt zu werden, und mußte sich daher mit einer seismographischen Registrierung dieser epochalen Wandlung begnügen, um dann allerdings beim Losbrechen der neuerlichen Verleumdungswelle der Weltdemokratien bis auf wenige Ausnahmen tapfer ihren Mann zu stehen.

Seit dem Erscheinen der Presse-Sondernummer unserer Zeitschrift (Juni 1938) haben sich in der deutschsprachigen Presse in Übersee nachstehende nennenswerte Veränderungen vollzogen:

### Vereinigte Staaten von Amerika

Nach 82jährigem Bestehen ist im Herbst vorigen Jahres die „Westliche Post“, einst das Organ von Carl Schurz und die Stimme des Deutschtums im Mittelwesten Amerikas und eine der ältesten und angesehensten deutschsprachigen Zeitungen, eingegangen, nachdem ein Versuch, die Zeitung wenigstens als Wochenblatt am Leben zu erhalten, gescheitert war. Die Zeitung war bereits im Januar 1933 von ihren Inhabern, den Gebrüdern Buder, als ein unrentables Geschäft aufgegeben worden. Fünf Jahre hindurch vermochten die Angestellten des Blattes, technisches Personal wie Schriftleitung, die Zeitung zu halten, wenn auch unter großen persönlichen Opfern. Aber auch sie mußten ihren Bankrott erklären, als die ehemaligen Inhaber die rückständige Miete einlagten und eine Beschlagnahme der Anzeigengelder erwirkten. Und unter dem Deutschtum der Stadt fand sich niemand, der eingesprungen wäre, wenngleich es gerade in St. Louis genügend reiche deutschstämmige Familien gibt, denen die Rettung der Zeitung ein leichtes gewesen sein würde. Inzwischen hat St. Louis in dem „Deutschen Wochenblatt“ eine neue deutsche Zeitung erhalten.

Vor einem ähnlichen Schicksal konnte in Detroit die „Detroitter Abendpost“, deren Inhaber im November vorigen Jahres den Bankrott anmeldete, nur dadurch bewahrt werden, daß sich in dieser Stadt eine Gruppe verantwortungsbewusster Männer fand, die im Interesse des dortigen Deutschtums die seit dem Jahre 1854 bestehende Zeitung vor dem Untergang bewahrte.

In finanziellen Schwierigkeiten befindet sich die als Kopfblatt des Cleveland „Wächter und Anzeiger“ in Pittsburgh erscheinende Tageszeitung „Volkssblatt und Freiheitsfreund“. Gegenwärtig sind Bestrebungen im Gange, durch Verschmelzung dieser Zeitung mit dem Wochenblatt „Der Sonntagssbote“ dem Deutschtum Pittsburghs wenigstens ein deutschsprachiges Organ zu sichern.

Im Verlag der „National Weeklies“ in Winona, Minnesota, ist als Sonntagsausgabe der in diesem Verlag erscheinenden Wochenzeitungen „America-Herald“, „New Jersey Journal“, „Columbia“, „Die Rundschau“, „Columbus Herald“, „Milwaukee Herald“, „Texas Wochenblatt“ und „Dakota

Freie Presse" Mitte April 1939 die „Deutsche Sonntagspost“ herausgekommen.

Die vom „Amerikadeutschen Volksbund“ herausgegebenen Wochenzeitungen „Deutscher Weckruf und Beobachter“ (New York), „Deutscher Weckruf“ (Chicago) und „Philadelphia Deutscher Weckruf“ tragen seit November vorigen Jahres den Untertitel „The Free American“ und dokumentieren damit den auch in dem überwiegend in der Landessprache geschriebenen Textteil zum Ausdruck kommenden amerikanischen Charakter dieser Kampfpresse.

### Kanada

Inmitten des Abwehrkampfes, den die „Deutsche Zeitung für Canada“ seit Monaten gegen die Widerfächer der deutschen Heimat und gegen die Deutschenbeher in Kanada führt, kündigt das Blatt die Einrichtung eines eigenen Druckereibetriebes und damit ihre Unabhängigkeit auch in technischer Hinsicht an. Mit ihrer Ausgabe vom 22. März 1939 erscheint die Zeitung in einem größeren Format, um ihr somit auch äußerlich das Gepräge zu geben, das ihr als dem führenden Organ des Deutschtums von Kanada zukommt.

### Brasilien

Die Entwicklung der deutschsprachigen Presse in Brasilien wird bestimmt durch die scharfe sog. Nationalisierungspolitik der brasilianischen Regierung, die unter dem Druck der jüdisch-amerikanischen Heßkampagne und unter Führung chauvinistisch eingestellter Nativistenkreise alles angeblich Fremde, d. h. alles Nicht-lusobrasilianische vernichten will. Nach der Hochstuf deutschfeindlicher Propaganda Ende vorigen und Anfang dieses Jahres (Septemberkrieß und Eingliederung des böhmisch-mährischen Raumes), die zu dem Verbot aller deutsch-brasilianischen Zeitungen zu führen drohte, ist heute, im Frühjahr, wieder eine deutliche Besserung in dem Verhältnis von Deutschland und Brasilien eingetreten. Nach wie vor aber sind die deutschbrasilianischen Presseerzeugnisse in ihrer Haltung äußerst vorsichtig, so, daß man sowohl über die staats- wie volkspolitische Lage aus ihnen kaum etwas erfährt. Eine manchmal erschreckende Inhaltlosigkeit macht sich bemerkbar als Folge der notwendigen Vorsicht, die man aber hier und da doch wohl etwas übertreibt. Mit Ausnahme der Wochenzeitung „Fürs dritte Reich“ und kleiner Lokalblätter sind bisher noch keine deutschbrasilianischen Zeitungen eingestellt bzw. verboten worden. Sie werden aber gezwungen, mit einer gewissen Regelmäßigkeit offizielle Veröffentlichungen und Berichte des Departamento Nacional de Divulgaçao in portugiesischer Sprache in ihre Spalten einzurücken.

### Südwestafrika

Seit Beginn des Jahres 1939 erscheint die „Swakopmunder Zeitung“, die in ihrem 40jährigen Bestehen schon verschiedene Wandlungen erlebt hat, in neuem Gewande. Die Zeitung, die längst über die Grenzen Swakopmunds hinaus ein Blatt des Südwestdeutschtums geworden ist, trägt ihrer Verbreitung und Zielfezung Rechnung mit dem neuen Titel „Deutscher Beobachter, Zeitung der Deutschen Südwestafrikas“.

Walter Rappé.

# Ein Vorkämpfer des Deutschtums in Nordschleswig Pastor Schmidt-Wodder zum 70. Geburtstag

Mit dem Ringen um Nordschleswig ist der Name von Pastor Schmidt-Wodder untrennbar verbunden. Weite Kreise des Grenz- und Auslandsdeutschtums werden gerade jetzt seiner gedenken, wo er das 70. Lebensjahr vollendet.

Johannes Schmidt wurde am 9. Juni 1869 in T o n d e r n geboren. Sein Vater war hier der erste preussische Seminardirektor, der 1864, im Jahr der Befreiung Schleswig-Holsteins von der dänischen Herrschaft, sein Amt angetreten hatte. Schon im Jahre 1870 wurde der Vater als Pastor nach S c h w e n s t r u p auf A l s e n versetzt. Und so knüpfen sich seine Jugenderinnerungen hauptsächlich an diese schöne, fruchtbare Ostseeinsel. Auch als Johannes Schmidt später das Gymnasium in S a d e r s l e b e n besuchte, freute er sich immer darauf, in den Ferien nach Alsen zurückkehren zu können.

Nach bestandener Reiseprüfung studierte Johannes Schmidt in K i e l, L e i p z i g und G r e i f s w a l d Theologie und trat im Jahre 1896 sein erstes und einziges Pfarramt in dem kleinen Dorf W o d d e r im Westteil des Kreises Hadersleben, in der Nähe der alten Grenze, an. Da der größte Teil der Gemeinde Wodder aus dänischgesinnten Nordschleswigern bestand, wurde Johannes Schmidt schon allein durch das, was er täglich erlebte, auf die Bedeutung des Nationalitätenproblems in Nordschleswig hingewiesen und zum Nachsinnen darüber angeregt, wie man das Verhältnis des deutschen und des dänischen Volksteils zueinander fruchtbarer gestalten könnte. Aber in die politische Arena hineingedrängt wurde er erst durch die verständnislose deutsche Politik, die um die Jahrhundertwende in Nordschleswig getrieben wurde. Es waren größtenteils aus dem Süden eingewanderte Beamte, die ohne wirkliche Kenntnis des Problems und der Psyche der Bevölkerung den grenzpolitischen Kurs bestimmten. Die bodenständige deutsche Bevölkerung stand abseits, kritisch eingestellt, aber ohne die Möglichkeit, eingreifen und bessern zu können. Die dänische Volksgruppe in Nordschleswig nutzte die Fehlgriffe der preussischen Politik nach Kräften aus und konnte allein auf Grund der preussischen Fehler ihre Reihen weiter ausbauen und kräftigen. Die Unerträglichkeit dieser Zustände führte Pastor Schmidt-Wodder im Jahre 1907 zum ersten Male an die Öffentlichkeit, wo er den staatlichen Eingriffen die Wichtigkeit einer bodenständigen deutschen Volkstumsarbeit gegenüberstellte. In ähnlichen Gedankengängen bewegten sich damals die Aufsätze, die der junge Theologe J o h a n n e s T i e d j e veröffentlichte (nach dem später die Tiedje-Linie benannt wurde) und die gesammelt unter dem Titel „Die Zustände in Nordschleswig“ erschienen. Im Jahre 1909 schloß sich ein Kreis von Deutschen um Pastor Schmidt zusammen und gründete den „Verein für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark“. Der Krieg unterbrach diese Arbeit, die auf einen Ausgleich zwischen den beiden Nationalitäten aufgebaut war und ein gegenseitiges Achtungsverhältnis erstrebte.

Dass Pastor Schmidts Gedanken aber in die Zukunft wiesen, zeigte die Tatsache, daß er in dem Augenblick, als mit dem Zusammenbruch des Bismarck-Reiches die deutschen Beamten das Land verlassen mußten und der Abstim-

mungskampf begann, er als der vom Vertrauen seiner Landsleute getragene Führer vor seine Landsleute treten konnte. Unermüdllich war er während der Abstimmungszeit tätig für die deutsche Sache, und nach der neuen Grenzziehung hielt er als deutscher Abgeordneter seinen Einzug in den dänischen Reichstag, wo er in unerschrockener Weise sowohl für die Lebensinteressen Nordschleswigs als auch für die Ehre und die Gleichberechtigung des deutschen Volkes eingetreten ist. Fast 20 Jahre lang hat Pastor Schmidt-Wodder in Kopenhagen die deutsche Volksgruppe Nordschleswigs vertreten. Zugleich ließ er im Lande selbst dem Aufbau des deutschen Organisationsnetzes seine wertvolle Unterstützung. Mit der deutschen Jugend Nordschleswigs hat ihn immer ein besonders enges Vertrauensverhältnis verbunden.

Weit über die Grenzen seiner engeren Heimat hinaus wurde der Name Pastor Schmidts bekannt durch seine Arbeit an dem Zusammenschluß der deutschen Volksgruppen, und an den Nationalitätentongressen, die fast alle Volksgruppen Europas umfaßten. Auf unzähligen Tagungen hat Pastor Schmidt nicht allein über die Lage in Nordschleswig, sondern auch über das Verhältnis von Volk und Staat beachtliche Ausführungen gemacht.

Durch alle Zeiten hindurch ist Pastor Schmidt seiner nordschleswigschen Heimat treu geblieben. Als ihn nach dem Kriege das Vertrauen Nordschleswigs in die vorderste Front der Politik rief, verlegte er seinen Wohnsitz von Wodder nach seinem Geburtsort Tondern. 20 Jahre hat er in Tondern gelebt, davon allerdings immer einen Teil des Jahres in Kopenhagen, inmitten der Reichstagsarbeit. Zu Ostern hat er Tondern verlassen und ist zu seinen Söhnen übergesiedelt, die den Landbesitz Petersholm bei Törsbüll (Kreis Apenrade) in Besitz haben.

Pastor Schmidt-Wodder wird noch viel für seine Heimat wirken können. Er hat selbst kürzlich erklärt, er denke nicht daran, sich zur Ruhe zu setzen. Viele werden in diesen Tagen seiner gedenken.

## Europa

### Nordschleswig

Der Tag der nationalen Arbeit / Die erste Rede des Parteiführers Dr. Möller im dänischen Reichstag / Der dänische Grenzverein an der Arbeit / Die deutsche Volksgruppe und die dänische Verfassungsreform / Der Parteitag in Hadersleben

Die deutsche Volksgruppe Nordschleswigs hatte in diesem Jahr umfassende Vorbereitungen getroffen, um den 1. Mai als ein wahres Fest deutscher Volksgemeinschaft zu feiern. In allen Städten und größeren Orten kamen die deutschen Volksgenossen zusammen, um mit dem ganzen deutschen Volk diesen nationalen Feiertag zu begehen. An den meisten Orten wirkte die deutsche Jugend an der Ausgestaltung der Feiern mit. In Gravenstein wurde ein Marsch der „Schleswigschen Kameradschaft“ und der Partei durch den Ort veranstaltet. Anschließend sprach der um die deutsche Jugendbewegung in Nordschleswig sehr verdiente Lehrer Carl Tönder. In Apenrade sprach Pg. Wilhelm Diechgräber und in Sonderburg Pg. Rudolf Stehr.

\*

Am 11. Mai hielt der neugewählte Abgeordnete der deutschen Nordschleswiger, Parteiführer Dr. Möller, seine erste Rede im dänischen Reichstag. In einstündiger Rede behandelte Dr. Möller alle wichtigen Probleme seiner nordschleswigschen Heimat. Er schilderte die unglückliche Kapitalordnung, die Nordschleswig nach der Eingliederung in den dänischen Staat erfahren habe, für die Dänemark allein die Verantwortung trage. Diese ungenügende Kapitalordnung habe dazu geführt, daß Nordschleswig der ärmste Landesteil Dänemarks sei. Es sei die Pflicht jedes Volkes, bei der Einverleibung eines Landesteils die einverleibte Bevölkerung auf gleichem Fuß mit dem übrigen Volk zu stellen, nicht allein hinsichtlich der Gesetze des Landes, sondern auch wirtschaftlich. Darin liege der Unterschied der Einverleibung eines Landesteils und einer Bevölkerung gleichen Stammes und der Übernahme einer Kolonie. Nordschleswig müsse verlangen, daß es unter gleichen Bedingungen leben könne wie das übrige Land. Nordschleswig müsse Entschädigungen verlangen für die erlittenen Verluste, die sich auf mehrere hundert Millionen Kronen beliefen. Bei der Grenzziehung 1920, so führte Dr. Möller weiter aus, seien die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Deutschland und Dänemark zerrissen. Dies sei von großem Schaden für den Landesteil gewesen. Die zerrissenen Bande müßten wieder angeknüpft werden, denn Nordschleswig könne niemals wirtschaftlich ohne enge Verbindung mit dem deutschen Markt gedeihen. Dr. Möller ging dann auf die vielen Entgleisungen eines Teils der dänischen Presse ein, die ihren Lesern in vielen Fällen ein völlig verzerrtes Bild von dem Nationalsozialismus in Deutschland gegeben habe. Solche Propaganda sei, so betonte Dr. Möller, nicht zu vereinbaren mit dem dänischen Neutralitätswillen. Die nordschleswigsche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit wende sich gegen jede Verhezung. Die nordschleswigsche Bevölkerung habe keine Furcht vor der

neuen Ordnung in Europa, die Adolf Hitlers Genialität bisher geschaffen habe. Nordschleswig empfinde keine Furcht, und doch fühle sich die Bevölkerung nicht sicher. Sie wisse nämlich nicht, ob sie trotz Fleiß und Sparsamkeit in Haus und Heim bleiben könne. Dr. Möller schloß seine Rede mit den Worten: „Hohes Ehing, gib der Grenzbevölkerung Sicherheit, sende keine Soldaten nach Nordschleswig, sondern gib ihr eine Sanierung, eine auf den Grund gehende Sanierung. Aber tue es jetzt!“

Die starke Wirkung der Rede Dr. Möllers zeigte sich darin, daß eine ganze Anzahl dänischer Abgeordneter sich bemühte, seine Argumente zu entkräften. Aber Dr. Möller hatte in einer Erwidrerung Gelegenheit, den von ihm eingenommenen Standpunkt nochmals zu unterstreichen.

\*

Der dänische Grenzverein, dessen Hauptaufgabe die Unterstützung des südlich der Grenze, in Flensburg und Südschleswig lebenden Dänentums ist, hielt am 17. und 18. Mai in Nykøbing auf der Insel Falster seine Jahresversammlung ab. Die dort mitgetheilten Zahlen zeigten, daß in Dänemark eine außerordentlich intensive Arbeit im Gange ist, um den Grenzverein weiter auszubauen. Während dieser im Jahre 1920 bei seiner Gründung 29 Vereine und 9000 Mitglieder zählte, ist er jetzt auf 188 Vereine mit 82 560 Mitgliedern angewachsen. Allein im letzten Jahr sind 7 Vereine mit 7000 Mitgliedern hinzugekommen. Die Sammlung, die in jedem Jahre am Düppeltag (18. April) für das Dänentum südlich der Grenze veranstaltet wird, hat in diesem Jahre 200 000 Kronen erbracht gegenüber 175 000 Kronen im Vorjahr. Der Grenzverein hat ferner einen Kampffonds angesammelt in Höhe von 246 000 Kronen. Weniger günstig war das, was der Vorsitzende des Grenzvereins, Rektor S. P. Hansen, von dem Dänentum südlich der Grenze mitteilen konnte. Dort hätten die dänischen Schulen in Flensburg im vorigen Jahre einen Rückgang von 67 Kindern, in diesem Jahre von 88 Kindern gehabt. In zwei Jahren seien von der gesamten dänischen Schülerzahl in Flensburg (700) nicht weniger als 155 in deutsche Schulen übergetreten. Rektor S. P. Hansen glaubte diesen Rückgang auf deutschen Druck zurückführen zu können. Demgegenüber muß erwähnt werden, daß „Flensborg Avis“ offen genug war, einzugestehen, daß sich früher „weniger gute Elemente“ den dänischen Organisationen angeschlossen hätten, die jetzt wieder ausgeschieden wären.

Die innerdänische Politik wird augenblicklich beherrscht von dem Kampf für oder gegen eine neue Verfassung. Das bisherige Zweikammersystem soll abgelöst werden durch ein Einkammersystem. Das Landsting, das bisher durch eine indirekte Wahl zustande kam, soll durch eine Volksabstimmung abgeschafft werden. Die deutsche Volksgruppe Nordschleswigs, die erst eben einen mit stärkster Energie geführten Wahlkampf hinter sich hat, hat sich an diesem dänischen Verfassungskampf nicht beteiligt. Sie erklärte vor der Volksabstimmung: „Wir haben unsere Wahl schon getroffen. Unsere Verfassung ist die nationalsozialistische Idee des Führers. Aus dieser Idee heraus bauen wir unsere Volksgruppe auf, führen wir den Kampf um unsere nordschleswigsche Heimat und dienen wir der Gesamtheit unseres Volkes. Wir stehen in der Front des neuen Europa. Wir wissen, daß es heute wichtigere Dinge gibt, als dänische Verfassungsfragen. Wir kämpfen um die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit und um gesunde Grundlagen für das Bauerntum unserer Heimat. In diesem Ringen um die werktätige Bevölkerung liegt unser Volkregime und

unser Volksgruppensozialismus begründet. Auf diese Aufgaben konzentrieren wir unsere Kräfte.“

Diese Gedanken bildeten auch das Leitmotiv für den großen Parteitag der NSDAP. Nordschleswig, der am 21. Mai in der nördlichsten Stadt des Landes, in Hadersleben, stattfand. Der Tag wurde, wie auch im Vorjahr, eingeleitet durch die Flaggenhissung im Garten des „Bürgervereins“. Es folgten dann Sondertagungen der verschiedenen Ämter und Organisationen: Schleswigsche Kameradschaft, Rassenwalter, Presse und Propaganda, Schulung, Kommunalpolitik, Bauern, Handwerker und Arbeiter. Auf der dann folgenden Amtswalvertagung wurden folgende Referate behandelt: Deutsche Selbsthilfe (Pg. P. Larsen), Innere Organisation der Partei (Pg. Hansen) und Volksgruppensozialismus (Pg. Rudolf Stehr). Am Nachmittag wurden die neu in die Partei eintretenden Mitglieder der Jugendorganisationen durch den Parteiführer verpflichtet. Anschließend fand ein Marsch zum Friedhof statt, wo an dem deutschen und dem dänischen Kriegerehrenmal Kränze niedergelegt wurden. Der Parteitag wurde durch eine große richtunggebende Rede Dr. Möllers abgeschlossen.

Der Haderslebener Parteitag hat erneut den zähen Lebenswillen der deutschen Volksgruppe Nordschleswigs unter Beweis gestellt.

S. R.

## Ungarn

**Festlicher Auftakt der Arbeit des Volksbundes der Deutschen in Ungarn / 30 000 Deutsche marschieren in Etkő / Dr. Basch: Die 700 000 Deutschen Ungarns sind ein Volk geworden!**

Da während der Maiwoche alle Kräfte der deutschen Volksgruppe im Wahlkampf für die Parlamentswahlen angespannt waren, konnte der Bericht unseres Mitarbeiters aus Budapest nicht rechtzeitig eintreffen. Wir bringen daher heute den kurzen Bericht eines reichsdeutschen Teilnehmers am Tage von Etkő und fügen einen Auszug aus der Rede an, die der Volksgruppenführer Dr. Franz Basch dort am 30. April gehalten hat.

Wer am Sonntag, den 30. April 1939, in Etkő, dem kleinen, etwa 1800 Seelen zählenden deutschen Dorf in der Schwäbischen Türkei, Zeuge war der Eröffnung der ersten Ortsgruppe des Volksbundes der Deutschen in Ungarn und des Aufmarsches und des begeisterten Bekenntnisses von 30 000 Volksgenossen zu Volk und Heimat, und wer überdies in der Geschichte des ungarländischen Deutschtums und des ganzen Südostdeutschtums nur einigermaßen Bescheid weiß, der hat es zutiefst verspürt, daß dieser 30. April ein Tag von allergrößter geschichtlicher Bedeutung für die deutsche Volkwerdung in Ungarn gewesen ist und alle Zeit bleiben wird. Hatte man aus dem Wirken der „Volksdeutschen Kameradschaft“, aus der Gründungsverammlung des Volksbundes in der Hauptstadt und aus dem Gauball in Fünfkirchen mit seinen 3000 Teilnehmern vielleicht nur den Eindruck gewinnen können, daß die Jungmannschaft der Volksgruppe stürmisch und begeistert vorangeht, so erbrachte der Tag von Etkő für jedermann, der ihn miterleben durfte, und vor allem auch für die ungarische Öffentlichkeit den klaren und eindeutigen Beweis, daß hier ein Volk marschierte und daß die Stunde des Aufbruchs für das ganze ungarländische Deutschtum gekommen ist. In Etkő ist das zur Wirklichkeit geworden, was die

vollstädtische Jugend Ungarns in der Schluffstrophe eines ihrer Lieder fangt: „Denn heute, da hört uns die Jugend, und morgen das ganze Volk!“ Ebenso wie die Worte, die der Ehrenvorsitzende des Volksbundes, Dr. Agidius Faullstich, in der bisher größten Massenversammlung dieser Volksgruppe sprach, keine leere Phrase, sondern bitterster Ernst und heiliges Gelöbniß des Einsizes bis zum äußersten sind: „Wenn wir nicht als Deutsche sein können, dann wollen wir überhaupt nicht mehr sein!“ —

Niemals werde ich die siebenstündige Personenzugfahrt von Budapest bis Eökö vergessen, zusammen mit der vollstädtischen Jugend der Hauptstadt und mit den Vertretern aus den deutschen Dörfern der Ofener Berge. Ein kleines Erlebnis von einem Halt auf einer größeren Zwischenstation sei eingeschaltet: Neben unserem Sonderwagen hielt gerade der Speisewagen des D-Zuges Budapest—Ugram. Als der Koch den fröhlichen Gesang mit Ziehharmonikabegleitung aus unserem Wagen herauschallen hörte, kommt er aus seiner Küche und fragt ganz ungläubig: „Seid ihr Deutsche?“ Auf unser „Ja“ fragt er weiter: „Deutsche Kolonie aus Budapest?“ Und als ihm erwidert wird: „Nein! Volksbund der Deutschen in Ungarn!“ zieht er sich sofort, als ob er beleidigt wäre, zurück!

Je mehr wir uns Eökö näherten, desto stärker belebten sich die Stationen. In Bonyhad waren drei Doppelposten Gendarmerie mit aufgezplantem Seitengewehr am Bahnhof postiert. Und dann die letzte halbe Stunde vor dem Ziel: Überall aus allen Himmelsrichtungen, auf den Straßen, Feldwegen und Fußsteigen, über Hügel, Felder und Wiesen strömten die Menschen dem Festort zu, trotzdem gerade jetzt zeitweise Regenschauer herniederrauchten.

In Eökö selbst war nicht die Tatsache allein, daß die Deutschen Ungarns zum ersten Male unter den Fahnen und Standarten ihres Volksbundes und an der Führung ihrer Volksgruppe vorbeimarschierten, daß sie zu Tausenden und aber Tausenden Hand und Arm zum deutschen Gruß erhoben, daß sie sich in brausenden Sieg-Heil-Rufen begeisterten und zu Sprechchören vereinten, all dies war nicht das Entscheidende. Wir im Dritten Reich haben größere Aufmärsche und Kundgebungen in den letzten Jahren erlebt. Aber selbst für mich als Reichsdeutschen war das Erstmalige, das Erschütternde und Erhebende zugleich an dem Eököer Erlebnis, daß hier keine Ortsgruppen, keine geübten Gliederungen und Formationen aufzogen, sondern daß hier ein ganzes Volk marschierte: Jungkameraden und Mädchen, Männer und Frauen, Mütter mit ihren Säuglingen im Arm oder ihren Kindern an der Hand, gebrechliche Greise und Greisinnen wie auch manch hinkender Kriegsverletzter. Und ebenso überzeugend und eindrucksvoll war es, wie dieses Volk sich geschlossen und begeistert zu seinen führenden Männern, insbesondere zu dem Führer der Volksgruppe, Dr. Franz Basch, und zu dem Führer des Bonyhader Bezirks, Dr. Heinrich Mühl, bekannte, und wie es einmütig das unbedeutende reaktionäre Magyaronentum und die politisierende Geistlichkeit in der Führung des UOB. ablehnte.

Aus der Folge 18 des Wochenblatts „Deutscher Volksbote“ (Hauptchriftleiter Dr. Georg Goldschmidt), die auch eine große Zahl eindrucksvoller Bilder vom 30. April enthält, bringen wir einen Auszug aus der Rede, die Dr. Franz Basch bei der Kundgebung in Eökö gehalten hat:

„30 000 Vertreter unseres Volkes liefern in diesen Stunden den Beweis für Freund und Feind, daß die 700 000 Deutschen unseres Vaterlandes in den letzten Jahren im tiefsten Sinne des Wortes ein Volk geworden sind.

Aus den Kinderschuben ist unsere Volksgruppe herausgewachsen, und in diese Kinderschube ist unser Volk nicht mehr hineinzuzwingen. Wir sprechen es offen aus, daß der Schmerz der Kinderschube für unser Volk unerträglich geworden ist. Wer also des Glaubens ist, man kann — trotz eherner, geschichtlicher Entwicklung — unser Volk in eine Zeit, in der es vor 20 bis 30 Jahren lebte, zurücktreiben, begeht beinahe ein Verbrechen, das nur eine tiefste Auflehnung zur Folge haben kann.

Man kann uns wohl durch Unverständnis und Kurzsichtigkeit Schwierigkeiten bereiten, Prügel zwischen die Beine werfen. Man wird aber alsobald zur klarsten Erkenntnis gelangen, daß je größer die uns bereiteten Schwierigkeiten sind, um so wichtiger die Kraft unserer Ahnen im Herzen unseres Volkes den Willen zur Abwehr fählen wird.

Es kann uns unter keinen Umständen als Verbrechen angerechnet werden, daß uns zutiefst das Bewußtsein erfüllt, daß wir zu einem der wertvollsten Völker der Erde gehören, daß wir stolz darauf sind, ein Volk der Treue, der Leistungen und der Ordnung zu sein. Wir erwarten daher mit Recht, daß man diese unsere Eigenart ebenso anerkennt, wie unsere Verlässlichkeit und aufbauenden Fähigkeiten für Heimatstaat und angestammtes Volkstum.

Alle Bestrebungen des Volksbundes sind von einem redlichen Willen beseelt. Wir haben nicht nur ein ehrliches Gewissen, sondern auch ein gutes und dankbares Auge für all jene Mächte und Menschen hier im Vaterlande, die uns Verständnis entgegenbrachten. Darum gilt unser erster Dank am heutigen Tag vor allem der hohen ungarischen Regierung, für die mutige Tat, daß sie uns den Volksbund genehmigt hat, in einem Wochenblatt offen für unser gutes Recht kämpfen läßt und vor einigen Tagen auch die Erlaubnis erteilte, für die Errichtung eines eigenen Deutschen Hauses die Sammeltätigkeit zu beginnen.

Mehr denn je erfordert heute mit Recht unser Heimatstaat den eisern geschmiedeten politischen Willen zur Einigkeit und Eintracht aller seiner Söhne. Wir wissen, daß unser Staat gewaltige Aufgaben einer Erneuerung zu lösen hat. Dieser ungeheure Leistungen erheischenden Erneuerung gegenüber haben wir schon um so mehr größtes Verständnis, weil auch unsere deutsche Volksgruppe inmitten einer alle unsere Kräfte erfordernden Wiedergeburt steht.

Wir werden also im Laufe der kommenden Zeiten zur Gründung weiterer Volkstumsschutzorganisationen schreiten müssen.

Die deutschen Schulfragen können noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Am reiflos aufrichtig zu sein, muß ich offenherzig verkünden, daß es uns jetzt vor allem auf die Regelung der Lehrerfrage ankommt. Wie alle Volksgruppen auf der Welt, wünschen wir unabänderlich, daß in den deutschen Gemeinden vor allem solche Lehrer die Jugend unseres Volkes unterrichten müssen, die sich nicht nur der deutschen Sprache bedienen können, sondern nachweislich dem deutschen Volkstum angehören und sich nicht lediglich durch ein gelegentliches Lippenbekenntnis als Deutsche geben, sondern als volksverwurzelte Männer auch das gesetzlich uns verbrieftete Recht des völkischen Bekenntnisses ehrlich zu eigen machen können. Nur solche Lehrer können nach unserer unveränderlichen Auffassung eine Gefinnungsschule, die allein sowohl den vaterländischen wie den deutsch-völkischen Pflichten obliegen kann, leiten und den erwünschten Ruhezustand und die so nötige Befriedigung bringen.

Man wird sich damit abfinden können, daß der Volksbund die Verwirklichung jenes Jakob Bleyerschen Traumes ist, dem deutschen Volk in Ungarn eine Organisation zu erkämpfen, in dem nur Männer führende Posten bekleiden, die vom Volke selbst dazu ausersehen und erkoren werden. Wir haben diesen Traum Jakob Bleyers im Volksbund jetzt verwirklicht. In unserem Volksbund kämpfen und kommandieren nur Männer, denen Ihr — das Volk allein — das Recht dazu durch Eure Volksstimme erteilt habt. Im Volksbund hat weder jetzt noch in der Zukunft ein anderer das Recht hineinzureden als der Mann des Volkes. Darum betrachten und bezeichnen wir den Volksbund als die erste eigenständige Organisation des Volkstums in Ungarn.

Wir werden auch den Mut haben, in deutsche Gemeinden zu gehen, wo das deutsche Herz noch schlummert und Angst oder Mutlosigkeit den glühenden Glauben und den Kampfesmut fürs deutsche Volkstum nicht aufflammen läßt. Wir werden vor keiner deutschen Gemeinde Halt machen und insbesondere dort unsere Fahne entrollen, wo gefährdetes aber noch lebendiges deutsches Volkstum des Schutzes des Volksbundes bedürftig geworden ist.

Da es unser Grundsatz ist, unseren Kampf stets offen und aufrichtig zu führen, auch die innigsten Regungen unseres Herzens niemals zu verheimlichen, führe ich abschließend jene Wünsche unseres Volkes an, von denen wir niemals werden lassen können:

Anerkennung des Grundsatzes, daß die Volks- und Staatstreue auch bei einem völkisch bewußten Volk, wie wir es jetzt schon sind und immer mehr werden, in einem Herzen ohne Schaden für die Interessen unseres Volkes und Vaterlandes Platz haben können.

Bekennnis zur deutschen Volksgemeinschaft und aller daraus fließenden Rechte und Pflichten.

Sauberste Unabhängigkeit aller volksdeutscher Organisationen.

Uneingeschränktes Recht der Jugend unseres Volkes, von allen Volkstumsorganisationen unserer Volksgruppe erfaßt zu werden, damit sie im völkischen Gefüge unseres Volkes den ihr gebührenden Platz einnehmen könne.

Erfte Achtung vor dem Muttervolk und seinem großen Führer, dem aufrichtigen Freund unseres ungarischen Vaterlandes.

Und als Letztes: Wie keine andere Volksgruppe, sind wir schicksalhaft dazu erkoren, zwischen unserer ungarischen und der Heimat unserer Ahnen, zwischen Ungarn und dem gewaltigen Dritten Reich die hehre Mission der Vermittlung zu erfüllen, und somit Brücken zu schlagen von Staat zu Staat und Volk zu Volk, die beide dazu auserwählt sind, an der Neugestaltung Europas entscheidend mitzuwirken.

## Rumänien

Stephan-Ludwig-Roth-Feiern in ganz Rumänien — Hundertjähriges Bestehen der „Germannia“ — Anzufriedenheit der deutschen Volksgruppe mit der Verschleppungspolitik der rumänischen Regierung im Westen

Die Deutschen Rumäniens haben am 11. Mai in allen ihren Gauen einen Tag festlich begangen, der geeignet war, in schwerer Zeit den Lebensmut und die Ausdauer neu zu beleben. An diesem Tag waren es 90 Jahre, seitdem der siebenbürgisch-sächsischen evangelische Pfarrer und Volksführer Stephan Ludwig Roth den Märtyrertod gestorben ist. Die Zeitungen, die schon

seit längerer Zeit aus dem reichen Schatz kraftvoller Worte manchen guten Gedanken hervorhoben, brachten über die Feiern, besonders die Hauptfeier, die in St. L. Roth's Vaterstadt begangen wurde, eingehende Berichte.

Zu bemerken ist, daß auch in rumänischen Kreisen von dem Rothfest Kenntnis genommen worden ist. So hat der gegenwärtig an der Herausgabe aller Schriften Roth's arbeitende Biograph des Volksmannes, Dr. Otto Folberth, in dem rumänisch-deutschen Kulturinstitut in rumänischer Sprache einen Vortrag über Roth gehalten, während der rumänische Geschichtsforscher Univ.-Professor Lupasch in einer Sitzung des rumänischen Kulturvereins „Astra“ in Klausenburg in einer sehr warm gehaltenen Rede seiner gedachte.

Zu Pfingsten feierte der Musikverein „Hermannia“ in Hermannstadt seinen hundertjährigen Bestand durch künstlerische Darbietungen, an denen auch Wiener Symphoniker und reichsdeutsche Solisten mitwirkten.

Das von der Deutschen Volksgemeinschaft in Rumänien im Oktober 1935 geschaffene „Volksprogramm“ ist in seinem organisatorischen Teil außer Kraft gesetzt und durch ein Organisationsstatut ersetzt worden, das in alle Einzelheiten hinein die völkische Arbeit neu ordnet. Es ist zu bemerken, daß hierbei vor allem diejenigen Volksgenossen mitgearbeitet haben, die von Sommer 1935 bis in den Herbst des vergangenen Jahres eine gegnerische Sonderstellung gegen die Volksgemeinschaft eingenommen hatten; sie haben damit ihren Willen zu einträchtiger Zusammenarbeit mit der Gesamtheit der Volksgenossen zu erkennen gegeben. Auch die völkische Arbeit der Frauen ist neu geregelt worden, woran ebenfalls eine bisherige Oppositionelle das Hauptverdienst hat. Man ist in den Kreisen der Volksgenossen nun freilich auch der Meinung, daß des Organisierens genug gewesen ist, und hofft, daß in dem Bett der durchgeführten Neuordnung nun die inhaltliche Arbeit zum Wohle des Volkes einen fruchtbaren Verlauf nehmen werde.

Ein Zeichen für die sich kräftigende Eintracht unter den Volksgenossen ist auch der erfreuliche Umstand, daß diejenigen Kreise, die sich bisher in übertriebenem Konservatismus abseits gestellt hatten, nun in ihrer Gesamtheit in die „Nationale Arbeitsfront“ eingetreten sind und damit der nationalsozialistischen Erneuerungsbewegung unter den Deutschen Rumäniens zu einem vollen Sieg verholfen haben.

In den letzten Apriltagen hat in Bistritz in Siebenbürgen ein gut verlaufener Handwerkerabend stattgefunden. Er war ein Glied in der Reihe der Veranstaltungen, die der Hebung des Gewerbestandes unter den Deutschen Siebenbürgens dienen. Ein besonders wichtiger Gedanke, der hierbei ausgesprochen wurde, ist der, daß es heute an Lehrlingen mangelt, während andererseits eine Überproduktion an Akademikern Schwierigkeiten hervorruft. Der Gewerbeverband richtet sein Hauptaugenmerk auf die Beseitigung dieser miteinander in Verbindung stehenden Uebelstände.

In den letzten Berichten war wiederholt von Berührungen der Deutschen Volksleitung mit der Regierung die Rede, wobei es an schön klingenden Versprechungen von Seiten der letzteren nicht gefehlt hat. Nachgerade aber macht sich in deutschen Kreisen immer stärker die Unzufriedenheit damit geltend, daß den Worten nicht in vollem Maße auch entsprechende Taten folgen. Gewisse Zusagen, so die Unterstützung der deutschen Volksschule durch die von Deutschen mitbewohnten Gemeinden, müssen immer von neuem betrieben werden, weil die im einzelnen maßgebenden Behörden sich, nicht anders als früher, um die Verordnungen der Regierung nicht kümmern. Unwillen erregt auch der Umstand, daß bei Ernennungen von Verwaltungs-

beamten das deutsche Element nicht annähernd entsprechend berücksichtigt wird. Ganz besonders arg ist es in dieser Hinsicht in der Armee bestellt. Berufs-offiziere werden vorzeitig in den Ruhestand geschickt, und seit einigen Jahren gelingt es nur ganz ausnahmsweise deutschen Freiwilligen, den Grad von Reserveoffizieren zu erreichen. Während der teilweisen Mobilisierung im April und März mußten deutsche Reservemänner öfters Schmähungen ihres Volkstums mitanhören. Es besteht die Absicht, über diese unlieblichen Dinge bei der Regierung mit allem Nachdruck vorzusprechen. Um auch noch eine Enttäuschung zu verzeichnen, sei bemerkt, daß zwar, wie früher einmal berichtet, die offene Besteuerung derjenigen Wirtschaftsbetriebe, die ihre Bücher in deutscher Sprache führen, aufgehoben ist, daß jedoch die Steuerorgane die ebenfalls mit Kosten verbundene Übersetzung der gesamten Buchführung und Korrespondenz ins Rumänische unter dem Vorwand verlangen, daß die letzteren die deutsche Sprache nicht beherrschen; demgegenüber kann darauf hingewiesen werden, daß jener Ministerrat vom 1. August 1938, von dem auch in ausländischen Blättern viel Aufhebens gemacht worden war, ausdrücklich von Beamten, die in Gegenden der Volksgruppen tätig sind, die Kenntnis der dort üblichen Sprachen verlangt. Es soll weiter nicht unvermerkt bleiben, daß seit den großen Ereignissen im März des Jahres die Pressezensur gegenüber Zeitungsaussäßen, die zur Politik des Deutschen Reiches in deutschem Sinne Stellung nehmen, sich sehr unfreundlich und willkürlich verhält. All diese und noch manche anderen unerfreulichen Erscheinungen finden einigermaßen ihre Erklärung in der gegenwärtigen nervösen Stimmung, die wie in den übrigen Ländern Europas so auch in Rumänien herrscht. Man hat eine, wenn auch ganz unbegründete Angst vor Deutschland und ist auch besorgt, Ungarn und Bulgarien könnten auf Gelegenheit warten, revisionistische Wünsche zu verwirklichen. Da ist es nicht unbegreiflich, daß solche Empfindungen an den Volksgenossen jener Mächte im Lande selbst ausgelassen werden. Man darf aber hoffen, daß mit dem Verschwinden jener Gewitterwolken auch die Gehässigkeit gegen die Volksgruppen aufhören und die Regierung die Kraft haben wird, ihre nach außen hin so oft verkündeten guten Vorsätze auch wirklich durchzuführen.

Am 9. Mai ist, ziemlich unerwartet, ein Gesetz über das zu wählende Parlament auf Grund der Verfassung von 1938 erlassen worden. Das Parlament wird unter dem Gesichtspunkt der Berufsstände gewählt werden. Die Wahlen für Kammer und Senat werden am 1. und 2. Juni vorgenommen werden, und am 7. Juni wird das neue Parlament zusammentreten. Es ist nun der deutschen Volkführung die bestimmt nicht leichte Aufgabe gestellt, durchzusetzen, daß der deutschen Volksgruppe die ihr verhältnismäßig gebührende Anzahl von Vertretern in beiden Häusern zugestanden wird.

Am 30. April ist in Hermannstadt ein Volksgenosse eigenartiger Prägung im Alter von 78 Jahren gestorben, der einstige höhere Verwaltungsbeamte Gustav Baron B e d e u s. Er war von einem rastlosen Eifer befeelt, auf den verschiedensten Gebieten, praktischen wie wissenschaftlichen, Reformen durchzuführen. Manches ist ihm dabei gelungen, anderes trug den Stempel des Utopismus. Was ihn aber in allen von ihm unternommenen Arbeiten verehrungswürdig machte, war seine hingebende Volksliebe und seine bis an die Grenzen der Selbstaufopferung gehende Uneigennützigkeit.

## Polen

Kriegspsychose und wirtschaftliche Schädigung des Deutschtums — Polnische Luftschuldanleihe unter dem Deutschtum — Die Vorfälle von Tomaszow — Ein Beispiel der polnischen Pressehege — Isolierung vom Mutterland durch Pressebeschränkungen und Filmboykott — Mißbrauch der Amtsgewalt durch polnische Starosten — Willkürjustiz oder polnische Gerichtsbehörden — Beispiele für Überfälle

Die in Polen immer stärker um sich greifende **Kriegspsychose** bedeutet im Verein mit der ungezügelter **Deutschenhege** eine tägliche Gefährdung des ansässigen Deutschtums, dessen alle völkischen Gebiete umfassende **Verlustbilanz** heute bereits erschreckend groß ist. Der polnische Staat und seine Organe scheinen dabei weder in der Lage noch überhaupt gewillt zu sein, den Schutz der Volksgruppe und ihrer Angehörigen vor direkten Bedrohungen durch den entfesselten Pöbel zu übernehmen. Außerdem sind die Deutschen in ganz besonderem Maße von den Folgen der allgemeinen **Wirtschaftslähmung** betroffen, die ein Ergebnis der Kriegspsychose ist und die nach der drei Monate dauernden Mobilisierung zu ernststen Schwierigkeiten der polnischen Wirtschaft geführt hat. Daß die deutsche Bevölkerung von diesen Erscheinungen in erster Linie in Mitleidenschaft gezogen wird, ist jedem klar, der den seit Jahr und Tag systematisch durchgeführten Wirtschaftskrieg gegen die Deutsche Volksgruppe verfolgt. Entlassungen, Boykottaktionen, Agrarreform und Grenzzonengesetz, die unter deutschfeindlichen Vorzeichen betriebene Konzessionierung einer Reihe von Berufen, das System der Geldstrafen, das z. B. in den Schulstreikprozessen die deutschen Arbeiter Ostoberschlesiens in die Knie zwingen sollte, — alle die, zur wirtschaftlichen Schwächung des Deutschtums seit langer Zeit angewandten Methoden konnten zwar die Volksgruppe in ihrem nationalen Bekenntnis nicht schwankend machen, führten aber zwangsläufig zu ihrer wirtschaftlichen Erschöpfung. Die deutsche Bevölkerung Polens ist daher von der augenblicklichen polnischen Wirtschaftskrise in **doppelt**em Maße betroffen.

Es muß daher als ein Beispiel einer fast bis zur Selbstaufgabe gehenden staatsbürgerlichen Pflichterfüllung gelten, wenn die deutsche Volksgruppe sich in einem Maße an der Zeichnung für die **Luftschuldanleihe** beteiligt, das die wirtschaftliche Kraft des einzelnen und der Organisationen des Deutschtums weit übersteigt. Trotz der gelegentlichen Anerkennung dieser Leistung durch polnische Faktoren, hat das **schwache Gesamtergebnis** der Luftanleihe die staatlichen Organe veranlaßt, von den Deutschen die Erhöhung (!) der gezeichneten Summen zu verlangen, wobei die bisher angewandten Methoden des moralischen Terrors noch übertroffen wurden. Es wird mit rücksichtsloser Ausweisung aus der Grenzzone gedroht, wenn die gezeichneten Summen nicht noch nachträglich erhöht werden. Man hat Direktoren deutscher Banken nachts aus dem Bett geholt und ihnen durch die Polizei mitteilen lassen, daß sie sich am frühen Morgen auf der Starostei zu melden hätten. Dort wurden die Betroffenen mit allen Mitteln seelischen Terrors bearbeitet, um nicht nur sie zu zusätzlicher Zeichnung zu bewegen, sondern auch zu veranlassen, einen entsprechenden Druck auf ihre deutschen Bankkunden auszuüben. In vielen Fällen

erklärten die Polizeiorgane klipp und klar, daß man alle Deutschen, die nicht genügend für die Luftanleihe geben, öffentlich anprangern und ihnen „Lehren erteilen werde, an die noch Kinder und Kindeskinde denken werden“.

\*

Während auf der einen Seite die Beteiligung der Deutschen bei der Aufbringung der Steuern und Zeichnung der Luftanleihe als eine Selbstverständlichkeit aufgefaßt wird, deren Nichterfüllung oder nicht genügende Erfüllung — ein sehr dehnbarer Begriff! — schärfste Repressalien nach sich zieht, ist man auf der anderen Seite nicht bereit, den Deutschen die verfassungsmäßig garantierten Grundrechte zu gewähren. Besonders kraß beleuchten die Vorfälle von Tomaszow diese Einstellung. In dieser etwa 40 Kilometer südöstlich von Lodz gelegenen Stadt, in der etwa 1000 deutsche Familien leben, kam es zu schweren deutschfeindlichen Ausschreitungen. Dabei wurden bis auf wenige Ausnahmen die Geschäftsräume, Werkstätten und Privatwohnungen der Angehörigen der deutschen Volksgruppe zerstört und zahlreiche Deutsche, unter ihnen auch Kinder, durch Schläge schwer verletzt. Nach den bisherigen Feststellungen sind zwei Deutsche an den Folgen der ihnen zugefügten Verletzungen gestorben. Die Zahl der übrigen Schwerverletzten ist nicht festzustellen, da sich kein Deutscher in Tomaszow mehr auf die Straße wagt. Die Deutschen sind in der Nacht, um nur das nackte Leben zu retten, aus Tomaszow nach Lodz geflohen. Die Ausschreitungen haben von Tomaszow auf die umliegenden Kolonistendörfer übergreifen. Die polnischen Behörden geben nun nicht den Deutschen, von denen ein Maximum von staatsbürgerlicher Pflichterfüllung gefordert wird, den ihnen zumindest zustehenden Schutz des Staates vor derartigen Überfällen, sondern sie lassen durch die „P.L.“, die amtliche polnische Telegraphenagentur, noch eine Meldung verbreiten, die den Gipfelpunkt des Zynismus darstellt und die einzige Meldung ist, die die volksdeutschen Blätter bringen dürfen. Die „Lodzer Freie Presse“ wird wegen einer wahrheitsgemäßen Darstellung der Lage konfisziert und erscheint in ihrer zweiten Auflage mit einem großen weißen Fleck auf der ersten Seite. Die „P.L.“ will die Schuld den deutschen Arbeitern in die Schuhe schieben, die angeblich provoziert haben sollen. Den Hauptteil der polnischen Meldung nimmt eine in den Tönen höchster Begeisterung verfaßte Schilderung der polnischen Heskundgebung ein, die den Ausschreitungen voranging und sie verursachte. Diese Versammlung wird „Patriotische Versammlung der Polen“ genannt und muß als solche in der volksdeutschen Presse dargestellt werden!

\*

Die polnische Öffentlichkeit wird dabei aber nicht müde, immer neue Maßnahmen der Behörden und „patriotische Aktionen der polnischen Bevölkerung“ zu fordern, wobei meistens das „illoyale Verhalten der deutschen Minderheit“ als Begründung herhalten muß. Zu welchen unglaublichen Ergüssen sich die polnische Presse dabei versteigt, beweist ein Artikel des „Dziennik Bydgoski“, den man nicht anders als wahn Sinnig bezeichnen kann. Die Verfasserin (!) warnt die Deutschen, in denen sie Feinde des polnischen Staates sieht, daß es ihnen im Falle eines Krieges mit dem westlichen Nachbarn schlecht ergehen würde. Solange es Frieden sei, hätten die Deutschen nichts zu fürchten, aber sobald der erste Schuß falle, würden die polnischen Soldaten schon dafür sorgen, daß die

Feinde Polens im eigenen Lande vernichtet würden. „Die polnischen Wälder haben genug Äste, um die Deutschen daran aufzuknüpfen“ — das ist der fromme Wunsch dieser polnischen „Frau“, die sich scheinbar ihre große Vorgängerin, Maria Konopnicka, die Verfasserin des heute noch bei allen deutschfeindlichen Versammlungen gesungenen Hafßgesanges „Rota“, zum Vorbild genommen hat.

\*

Von einem abgrundtiefen Haß umgeben, durch unaufhörliche Maßnahmen der Behörden unterdrückt, hat die deutsche Volksgruppe einen unerhört schweren Stand. Der parlamentarische Vertreter der deutschen Volksgruppe machte daher aus Anlaß der Massenausweisungen aus der Grenzzone einen erneuten Versuch, die Warschauer Regierungsstellen zu einer Änderung der dem Deutschtum gegenüber angewandten Entrechtungs politik zu bewegen. Die am 11. Mai d. J. von Senator Hasbach an den Ministerpräsidenten gerichtete Interpellation ist so bemerkenswert, daß wir sie im wesentlichen wiedergeben.

„In der allerjüngsten Zeit häufen sich in erschreckendem Umfang die Fälle, in denen die Regierungsorgane die Anwendung des Grenzzonegesetzes für notwendig erachtet haben. So stelle ich fest, daß insbesondere in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen in den letzten Tagen und Wochen zahlreiche Ausweisungen stattgefunden haben, so in allerletzter Zeit u. a. in den Kreisen Neutomischel, Birnbaum, Samter und Wongrowitz. Im Kreise Neutomischel war die Zahl der Ausgewiesenen gestern auf 101 Personen angewachsen. Die Mehrzahl der Ausgewiesenen ist bisher völlig unbestraft, unter ihnen befinden sich eine ganze Reihe von minderjährigen Kindern.

Da es sich in den angeführten Fällen fast ausschließlich um Angehörige der deutschen Volksgruppe handelt, muß ich mit Bedauern feststellen, daß offenbar ein tiefes Mißtrauen gegen die Angehörigen der deutschen Minderheit Platz gegriffen hat. Demgegenüber muß ich feststellen, daß die deutsche Volksgruppe in ihrer Gesamtheit keinen Anlaß zu diesem Mißtrauen gegeben hat. Im Gegenteil: ich stelle fest, daß die deutsche Volksgruppe sich in dieser durch internationale Spannungen hervorgerufenen hochkritischen Zeit sich durchaus loyal und korrekt verhalten hat.

An dieser Tatsache können Unbesonnenheiten einzelner Heißsporne nichts ändern. Die deutsche Volksgruppe in Polen hat hinlänglich bewiesen, daß sie sich in ihrer staatsbürgerlichen Haltung nicht durch außenpolitische Ereignisse beeinflussen läßt.

Ich weise die Regierung darauf hin, daß eine derartige weitere Anwendung des Grenzzonegesetzes nicht zu der von allen besonnenen Kreisen im Staate gewünschten Beruhigung und Entspannung führen wird, sondern dem Treiben der chauvinistischen Elemente im Lande Vorschub leistet, denen seit jeher an der Verschärfung der Gegensätze zwischen Polen und Deutschen gelegen ist.

Die schwere Sorge um das Schicksal meiner deutschen Volksgruppe sowie das Verantwortungsgedühl als vom Staatspräsident ernannter Senator der Republik zwingen mich zu folgenden Fragen an die Regierung:

1. Billigt die Regierung die bisherigen Maßnahmen der Verwaltungsbehörden?

2. Ist die Regierung gewillt, die Verwaltungsbehörden anzuweisen, die bisherige Ausweisungspraxis einzustellen, die zum Teil den Charakter einer Massenausfiedlung annimmt?

3. Wie gedenkt die Regierung die durch die ungerechtfertigte Anwendung des Gesetzes entstandenen Schäden moralischer und materieller Art wieder gut zu machen?

Diese Interpellation des Senators Hasbach ist wichtig vor allem wegen ihrer bedeutsamen grundsätzlichen Ausführungen. Was die Ausweisungen anbelangt, so sind nur diejenigen zurückgenommen worden, die von dem Starosten in Neutomischel erlassen worden waren. Die in ruhigem Tone gehaltene Interpellation von Senator Hasbach wird von der polnischen Presse als ein „feindliches Zeichen gegenüber Polen“ bezeichnet!

Gleichzeitig begrüßt man eine Interpellation des bekannten Pofener Raffehausbesitzers und Abgeordneten Jozwiak, der Maßnahmen gegen die deutsche Presse, vor allem gegen die „Deutsche Rundschau“ und gegen das „Pofener Tageblatt“ fordert, da sie „falsche Nachrichten über eine angebliche Bedrückung der Deutschen in Polen“ verbreiten und dadurch dem Ansehen des polnischen Staates schaden.

Dem polnischen Interpellanten scheint es also nicht zu genügen, daß die volksdeutschen Zeitungen in vielen Fällen nicht einmal die Tatsache einer Entdeutschungsmaßnahme oder eines der täglich sich ereignenden Überfälle ihren Lesern melden dürfen. Es wird doch kein Mittel unverzagt gelassen, die deutsche Presse lahmzulegen, angefangen von den laufenden Konfiskationen bis zu länger dauernden Verboten. So erschien in der Druckerei, in der in Posen die „Deutschen Nachrichten“ und der „Aufbruch“ gedruckt werden, der Starost zusammen mit dem Sicherheitsreferenten und verbot den Druck dieser beiden Zeitungen. Erst nach längeren Verhandlungen gelang es, die Erlaubnis für den Druck der „Deutschen Nachrichten“ zu erhalten. Der Druck des für Schlessien bestimmten „Aufbruch“ wurde für die Dauer von 14 Tagen unter sagt. Um der deutschen Volksgruppe in Polen den geistigen Zusammenhang mit dem Geschehen nicht nur im Mutterland, sondern auch in der ganzen Welt unmöglich zu machen, wird ein rücksichtsloser Kampf mit dem Ziel der restlosen Entfernung sämtlicher deutscher Druckerzeugnisse aus den Zeitungständen, den öffentlichen Lokalen und den Buchhandlungen geführt. Da man praktisch keine reichsdeutschen Zeitungen in Polen mehr bekommen kann, ist der Entzug des Postdebüts, der auf eine große Zahl reichsdeutscher Zeitungen und Zeitschriften ausgedehnt wurde, eigentlich nur eine — allerdings sehr bezeichnende — Formsache.

Es liegt auf derselben Linie des Versuchs, das Deutschtum kulturell zu isolieren, wenn — wie die Warschauer Blätter melden — in Polen keine deutschen Filme mehr gespielt werden sollen. Wo es vereinzelt Kinobesitzer dennoch versuchen, deutsche Filme laufen zu lassen, da wird — wie in Lodz — von organisierten Horden die Zurückziehung des Films erzwungen. Man will damit nicht nur das ansässige Deutschtum treffen, sondern vor allem auch einen großartigen Schlag gegen den deutschen Film führen, dessen künstlerische Qualitäten gleichzeitig herabgesetzt werden.

In erster Linie muß immer das Eigentum der Volksgruppe erhalten, wenn man seine Gefühle gegen das Dritte Reich abregieren will. Das Bedauerliche ist nur, daß die unteren Verwaltungsbehörden in ihren willkürlichen Aktionen mit sehr schlechtem Beispiel vorangehen. Das Beispiel des Posener Starosten, der es sich nicht nehmen ließ, den Druck deutscher Zeitungen in der Druckerei höchstpersönlich zu untersagen, wird noch übertroffen von dem Vorgehen des Starosten in Karthaus, das nichts anderes darstellt, als offenen Mißbrauch der Amtsgewalt. Die Polen versuchen nämlich seit längerer Zeit, mit aller Gewalt die Genossenschaft in Berent (Kreis Karthaus) in ihre Gewalt zu bekommen. Der Starost lud nun den ersten Vorsitzenden der deutschen Genossenschaft vor und forderte von ihm die Niederlegung des Vorsitzes. Als der Deutsche dieser Forderung selbstverständlich nicht nachkam, wurden in seinem Besitztum Bücherrevisionen durchgeführt und Steuerhinterziehungen konstruiert. Dann wurde dem Vorsitzenden der Genossenschaft versprochen, das Steuerungsverfahren, mit dem man den Deutschen wirtschaftlich vernichten wollte, sofort niederzuschlagen, wenn er sich aus der Genossenschaft zurückzöge. Vom Starosten wurden dann eine Reihe von Polen veranlaßt, Aufnahmegefuche in die Genossenschaft einzureichen, die zum überwiegenden Teil deutsch ist. Zur selben Zeit, als die Generalversammlung stattfinden sollte, wurden aber 40 deutsche Genossen unter der Androhung von Geldstrafen vorgeladen, ihre Ausweispapiere vorzulegen. Auf diese Weise sollte auf der Generalversammlung eine künstliche polnische Mehrheit geschaffen werden, um die weitere Neuaufnahme von Polen und damit die Polonisierung der Genossenschaft durchzuführen. Infolge Anwendung dieser widerrechtlichen Methoden wurde dieses Ziel auch tatsächlich erreicht. Der Starost erschien persönlich und erklärte in einer Ansprache, daß die Genossenschaft unbedingt aus dem deutschen Genossenschaftsverband austreten und sich dem polnischen Verbands anschließen müsse! Da die deutschen Genossen ja zum größten Teile nicht anwesend waren, konnte auch der Beschluß tatsächlich gefaßt werden.

Ein anderer Starost ließ die jungen Burschen des Dorfes Grabowiec nach Straßburg bringen und hielt dann zu ihnen eine Rede, in der er betonte, daß die Deutschen ihr Recht verloren hätten und daß jeder mit ihnen machen könne, was er wolle. Die Deutschen könnten beschimpft, mißhandelt und sogar totgeschlagen werden. Es werde deshalb keiner zur Verantwortung gezogen werden.

Das Gegenstück zu dem offenen Amtsmißbrauch der polnischen Verwaltungsbehörden stellt die Willkürjustiz der polnischen Gerichte dar. Nur als Beispiel führen wir den Fall des Mitarbeiters der „Deutschen Vereinigung“, Günther Poinke aus Thorn, an, der vom Gericht zu acht Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er nach Aussage eines Polizisten, der von einem Nebenzimmer die geschlossene Mitgliederversammlung belauschte, den Staat als den größten „Dieb“ am Volke bezeichnet haben soll. Poinke hatte aber erklärt, daß der Staat der erste Dieb in der Welt sei! Die Verdrehung ist also offensichtlich, trotzdem schentte das Gericht der böswilligen Aussage des Polizisten Glauben und ließ keinen einzigen Entlastungszeugen, die von der Verteidigung aus den Versammlungsteilnehmern heraus beantragt worden waren, zur Aussage zu! Derartige „Prozesse“ wegen angeblicher Be-

leidigung des polnischen Staates könnte man in großer Zahl anführen! In dem Prozeß gegen junge deutsche Mädchen aus G n e s e n, über den wir im Maiheft berichteten, wurden die Angeklagten zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt. Hauptgrund für die Verurteilung waren nationalsozialistische Mädchen- und Frauenzeitschriften, die man bei den jugendlichen Angeklagten vorfand. Der 62jährige pensionierte deutsche Schulleiter Michael Hointis aus Altbielitz wurde wegen angeblicher Beleidigung der polnischen Nation zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, und zwar ebenso wie in den bereits angeführten Fällen — o h n e Bewährungsfrist, obwohl es sich in allen Fällen um unbescholtene und nicht vorbestrafte deutsche Menschen handelt. Wenn es zu einer Verurteilung kommt, so ist die Öffentlichkeit und vor allem die Angehörigen wenigstens über das Schicksal der Betroffenen unterrichtet, es gibt aber zahlreiche Fälle, bei denen Deutsche verhaftet werden, ohne daß irgendeine behördliche Verständigung erfolgt. So wurden vor längerer Zeit verhaftet der Hauptgeschäftsführer des „Landbundes Weichselgau“ in Dirschau, Obuch, und der Syndikus dieser Organisation, Schulze, ohne daß bis heute bekannt wurde, aus welchem Grunde die Verhaftung erfolgt war und wo sich die Verhafteten befinden. Unter diesen Umständen ist es natürlich weder der Verteidigung noch den Angehörigen möglich, irgendeinen Kontakt mit den zweifellos unschuldig Verhafteten zu erlangen. Dasselbe gilt für den vor mehreren Monaten verhafteten Kreisleiter der Jungdeutschen Partei, W i e b e aus Nordpommernellen, über dessen Schicksal immer noch nichts bekannt ist. Die Methoden sind bisher von keinem Land angewandt worden, das Anspruch erhebt, zur europäischen Zivilisation gerechnet zu werden.

\*

Über den täglichen Terror, der dem Deutschtum gegenüber in unerhörter Brutalität angewandt wird, könnte man viele Seiten schreiben, aus denen die Not des gequälten Deutschtums uns entgegensehen würde. Wir müssen unsere Berichterstattung auf Einzelfälle beschränken, die sich beliebig vermehren lassen. Der beste Beweis für die Unterdrückung der deutschen Bevölkerung ist der nicht mehr abbreisende F l ü c h t l i n g s t r o m deutscher Volksangehöriger in das Reich und das deutsche Danzig. In Walddorf (Kreis Graudenz) drangen zwei Polen in das Haus des deutschen Landwirts Pomerente ein und forderten mehrere anwesende Volksdeutsche auf, das Haus zu verlassen, während eine etwa 20 Mann starke polnische Gruppe vor dem Haus wartete. Als die Anwesenden das Haus verließen, zerstörten die Polen die gesamte Einrichtung des Hauses. Die draußen wartende Menge, die zum Teil mit K a r a b i n e n bewaffnet war, schlug indessen die Fensterscheiben ein. Als die Hausinsassen auf den Boden flüchteten, holten die Polen eine Leiter, bestiegen das Dach, rissen die Dachsparren ab und bombardierten die Hauseigentümer mit Steinen. Darauf schoß der Sohn Pomerentes in Notwehr auf die Polen, von denen zwei verletzt wurden. Die Polizei verhaftete Pomerente und sechs andere Volksdeutsche. Das Dorf Walddorf wurde von der Außenwelt vollkommen abgeriegelt. In Eichfelde (Kreis Zempelburg) wurde der volksdeutsche Arbeiter Will, weil er eine an seinem Haus angebrachte Karikatur des Führers entfernte, von mehreren Polen niedergeschlagen und schwer verletzt. Die Jagd auf deutsches Eigentum und die systematische brutale Vernichtung deutschen Besitzes hält auch in Ostoberschlesien unvermindert an. Heime des Deutschen Volksbundes, Büche-

reien usw. werden zerstört. Die Durchführung dieser Überfälle zeigt, daß sie nach bestimmtem System von langer Hand vorbereitet wurden. In einer Nacht allein wurden in drei deutschen Schulen die Fensterscheiben eingeschlagen. Ein geradezu unglaublicher Vorfall ereignete sich in Antonienhütte in Oberschlesien. Dort wurde das deutsche Hochamt in der katholischen Pfarrkirche gestört. Durch das Verhalten von ungefähr 150 Polen, die diese Demonstration lange vorbereitet hatten, wurde die Abhaltung des deutschen Hochamtes unmöglich gemacht. Das katholische Polen, das sich gerne auf seine enge Verbindung mit der katholischen Kirche beruft, macht also in seiner Deutschfeindlichkeit nicht einmal vor ruchlosen Angriffen auf Kirche und Gottesdienst Halt! Ein anderer Fall ereignete sich in Nikolai in Oberschlesien, wo am Sonntag die Besucher des deutschen Gottesdienstes in der katholischen Pfarrkirche photographiert wurden, wobei auch die Namen der Kirchgänger notiert wurden. In beiden Fällen erklärte die herbeigerufene Polizei, daß sie nicht imstande sei, gegen die Ruhestörer vorzugehen. Zum Abschluß unserer Beispielreihe der täglichen polnischen Gemeinheiten sei noch die Zerstörung der deutschen Bäckereien in Bismarckhütte und in Zalenze angeführt.

### **Eupen-Malmedy**

**Probegligisches Manöver — Heinrich Bartholemy bleibt Schöffe — Wahlterror — Heimattreuer wird relegiert — Zeitungspheantassen — Die Parole der Heimattreuen Front**

In unserem letzten Bericht behandelten wir das Ergebnis der Kammerwahlen vom 2. April, die Schärfe der Auseinandersetzungen zwischen der Heimattreuen Front und den vereinigten altbelgischen Parteien und die klare Selbstbehauptung des bodenständigen Deutschtums gegenüber dem vielfältigen Druck seiner Gegner, die ihre Hoffnungen, die Heimattreue Front zu schlagen, nicht erfüllt sahen. Nach der Wahl ließen die Bemühungen der Heimatfeinde nicht nach, die bodenständige Bevölkerung unter Druck zu setzen und ihr vor Augen zu führen, daß die Zugehörigkeit zur Heimattreuen Front vielfache Schädigungen bringen könne. Besonders charakteristisch war das Verfahren, das gegenüber dem heimattreuen Eupener Schöffen Heinrich Bartholemy angewandt wurde.

Im Eupener Stadtrat verfügt die heimattreue Fraktion (insgesamt sieben Sitze) über eine Mehrheit von einer Stimme. Als christlicher Gewerkschaftler ist Heinrich Bartholemy von der Brüsseler Zentrale abhängig; diese verlangte nunmehr von ihm unter der Drohung der Entlassung, aus der Heimattreuen Front auszuschneiden und auf sein Schöffenamt zu verzichten. Auch verbot sie ihm mit sofortiger Wirkung, an weiteren Sitzungen des Stadtrates teilzunehmen. Da der Führer der Heimattreuen Fraktion und der Heimattreuen Front, Stefan Gierets, erkrankt war, erhoffte die sechsköpfige heimatfeindliche Gruppe im Falle eines Rücktritts Bartholemys, in einer überraschend angesetzten Sitzung das dann fällige Schöffenamt für einen der ihrigen zu gewinnen und so die heimattreue Mehrheit zu stürzen. Dieses plumpe Überraschungsmanöver wurde jedoch rechtzeitig durchschaut und durchkreuzt; Heinrich Bartholemy lehnte das Ansinnen der Brüsseler Zentrale ab.

In einer großen Versammlung der Heimattreuen Front wurde die Bilanz des Wahlkampfes gezogen und zugleich noch einmal die Methoden der Heimatsfinden gründlich erörtert und angeprangert, jene Methoden, kraft deren materielle Abhängigkeiten der Wähler ebenso ausgenutzt wurden wie die Möglichkeiten, die der Hirtenbrief des Bischofs von Lüttich als Mittel des Gewissensdrucks geboten hat. Nicht nur das: es ergab sich, daß bei diesen Wahlen auch die Gendarmerie wieder höchst einseitig in die Aktion getreten war. Insbesondere in den Ortschaften Raeren und Walhorn wurde die Propaganda heimattreuer Wahlhelfer von der bewaffneten Macht behindert, Material beschlagnahmt und Verhaftungen vorgenommen, ja die Verhafteten in den Polizeiuunterkünften brutal mißhandelt.

Auch der Fall eines Schülers deutscher Volkszugehörigkeit vom Lehrerseminar in Verviers war aufschlußreich für das probelgische Verfahren, Anhänger der Heimattreuen Front zu schädigen. Kurz vor der Abschlußprüfung wurde der Seminarist, der aus Nidrum stammt, relegiert, und zwar mit der ausdrücklichen Begründung, sein Bekenntnis zur Heimattreuen Front habe seine „antibelgische Haltung“ erwiesen, eine um so rechtswidriger Entscheidung des belgischen Unterrichtsministeriums, als die Heimattreue Front ja keineswegs eine verbotene Partei ist, sondern genau so legal ist wie alle übrigen Parteien in Belgien.

Ungeachtet der Geschlossenheit und Stärke der heimattreuen Bewegung hat sich innerhalb Belgiens die gegen das bodenständige Deutschtum Eupen-Malmedys gerichtete Agitation überhaupt verschärft. Während man den Bürgermeister von St. Vith, Freres, der mit Hilfe altbelgischer Stimmen als „Unionist“ gewählt wurde, als den „Abgeordneten Eupen-Malmedys“ in Brüssel und Verviers feierte, brachten Zeitungsberichte die seltsamsten Dinge über die Lage im deutschen Grenzgebiet. Es sind die alten Lügen, als ob die Heimattreue Front eine „verschwindende Minderheit“ sei, die die friedliche Bevölkerung drangsalriere, „gewalttätige Aktionen“ vorbereite und „im Solde des Reiches“ stehe. Daß man solche Phantasien, wie sie etwa in der Brüsseler „Gazette“ und in noch groteskerer Aufmachung in einem Bilderaufsatz der Pariser „Regards“ fanden, in Belgien verbreiten kann, zeigt anschaulich die Unkenntnis über die angeblich doch wiedergefundenen Brüder. Zusammengefaßt aber gehören alle diese Phantasien in das weiträumige Kapitel, die Rechte der Eupen-Malmedyer als gleichberechtigte Staatsbürger einzuschränken, beziehungsweise durch Verfälschung der Wirklichkeit eine gar nicht bestehende „Gefahr“ vorzutäuschen und so den staatlichen Organen naheulegen, gegen die „Umtriebe“ der Heimattreuen einzuschreiten.

Demgegenüber lautete die heimattreue Parole, die auf der bereits erwähnten Versammlung der Heimattreuen Front durch den Sprecher Kerrot festgelegt wurde: „Die Heimattreue Front setzt ihre Arbeit in alter Unermüdllichkeit fort. Nichts hat sich für sie geändert. Voraussetzung, Ausrichtung und Ziel ihrer Arbeit bleiben unverändert bestehen. Ihr Glaube an den Sieg ihrer gerechten Sache bleibt unerbittlich. Keinerlei Erscheinungen von äußerlicher Bedeutung vermögen daran etwas zu ändern.“

## Vereinigte Staaten von Amerika

Amerikas Reaktion auf die Judenheze — Die machtvolle Rundgebung des Amerikadeutschen Volksbundes in New York — Untersuchung der „Nazitätigkeit“ ergibt keinerlei Sensationen — Zum Kapitel „Einigungsbestrebungen im Deutschtum“ — Der alte Nationalbund soll neu entstehen — Die Deutsch-Amerikanische Berufsgemeinschaft

Die Reaktion auf die maßlose Heze des Judentums gegen Deutschland, wie wir sie bereits in unserem letzten Bericht (Heft 2/3) feststellen konnten, hat nach der großartigen Führerrede vom 28. April, in der der Führer dem Präsidenten der Vereinigten Staaten eine gründliche Absfuhr erteilte, noch weiter um sich gegriffen. „Wir wollen nicht gegen Deutschland kämpfen“ ist der Grundton der vielen hunderttausend Stimmen, die sich in der Presse und im Rundfunk, im Parlament wie in den Kirchen des Landes nunmehr Gehör verschaffen.

Diese Ernüchterung, die selbst die verjudete Presse trotz allen Gezeters nicht länger ignorieren kann, vor allem aber das lawinenartige Anwachsen einer zum Teil bereits organisierten, überwiegend aber rein instinktmäßigen Judentumgegnerschaft, hat selbstverständlich auch auf das Deutschtum des Landes eine nachhaltige Wirkung ausgeübt. In das deutsche Vereinsleben ist neues Leben eingezogen, und mehr denn je zuvor hat man wohl in allen Kreisen des Deutschtums die Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses aller deutschstämmigen Menschen zur Wahrung ihres Volkstums und zur Abwehr der Deutschenheze erkannt. Allerdings ist von einer Verwirklichung dieses Zieles gegenwärtig noch wenig zu spüren, denn immer noch nicht wollen die innervölkischen Kämpfe um die Führung zu Ende kommen, immer noch klaffen die Gegensätze zwischen den jungen amerikadeutschen Organisationen und den älteren Deutschtumsverbänden.

Im Vordergrund des öffentlichen Interesses stand auch im letzten Vierteljahr wiederum der „Amerikadeutsche Volksbund“, der durch seine Großrundgebungen in New York, Chicago und Los Angeles zur Feier von Washingtons Geburtstag, wie durch das nach wie vor auf ihn niederprasselnde Trommelfeuer der Gegner von sich reden machte.

Zu einer der größten und eindrucksvollsten Rundgebungen des Amerikadeutschtums in den letzten Jahren gestaltete sich die im New Yorker Madison Square Garden am 20. Februar veranstaltete Washington-Feier des Amerikadeutschen Volksbundes. Trotzdem seitens der New York beherrschenden jüdisch-marxistischen Kreise alles versucht worden war, um diese Rundgebung zu unterbinden, und es an öffentlichen Drohungen nicht mangelte, konnte die Feier, zu der über 22 000 Personen erschienen waren, ohne nennenswerte Störungen durchgeführt werden. Ein Polizeiaufgebot von 1700 Beamten, das größte, das jemals zum Schutz einer Rundgebung aufgeboten wurde, hatte das gesamte Straßenviertel um den Madison Square Garden abgeriegelt und mußte immer wieder von dem Gummiknüppel Gebrauch machen, um die auf über 20 000 geschätzten Gegendemonstranten, die sich zu einem Sturm auf den Garden anschickten, in Schach zu halten.

Die Festrede zum Geburtstag des ersten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika hielt der neue Präsident des Deutsch-Amerikanischen Zentralbundes von Philadelphia, Pastor Sigmund von Bosse, der energisch gegen die jüdisch-kommunistische Heze Stellung nahm und die Rückkehr Amerikas

zu den Idealen des Landesvaters Washington forderte. Andere Redner waren der Führer des Amerikadeutschen Volksbundes Fritz Ruhn, die Gauleiter Markmann und Froboese, sowie der Bundeswerbeleiter Kunze. Ein Zwischenfall ereignete sich, als sich während der Rede Ruhns ein Jude namens Isidor Greenbaum auf diesen zu stürzen versuchte. Der von dem Ordnungsdienst überwältigte und der Polizei übergebene Jude wurde am Tage darauf vor Gericht zu einer Geldstrafe von 25 Dollar wegen „ungebührlichen Betragens“ verurteilt. Eine jüdische Zeitung zahlte das Geld. Wegen Störung der Kundgebung wurde die amerikanische Heßjournalistin Dorothy Thompson, die Gattin des bekannten amerikanischen Schriftstellers Sinclair Lewis, vom Ordnungsdienst ins Freie befördert. Die erfolgreiche Kundgebung des Bundes war natürlich in den nächsten Tagen Gegenstand zahlreicher Kommentare. Die jüdischen und marxistischen Blätter stellten die Forderung auf sofortiges Verbot des Bundes und Deportierung seiner Anhänger, während im Kongreß der Vereinigten Staaten der Abgeordnete John Martin von Colorado, ein linksgerichteter Anhänger Roosevelts, sich zu einer Brandrede gegen das gesamte Amerikadeutschtum verstieg, aus der wir nachstehende Stellen wiedergeben wollen:

„In einer Stadt, in der Washington seinen Amtseid als erster Präsident der Vereinigten Staaten leistete, fand eine Massendemonstration von Ausländern statt, von denen viele die Uniform eines ausländischen Diktators trugen, des größten Feindes gegenüber allem, für das Washington eintritt und gegenüber allem, was Amerika auszeichnet.“

„Es waren Menschen vom Blute und von der Treue jener angeworbenen heßischen Soldaten der Revolutionszeit. Menschen vom Blut und von der Treue jener deutschen Botschaft in Washington vor dem Kriege, die sich damals verschworen hatten, unsere Schwesterrepublik Mexiko zu einem Kriege gegen unser Land und die amerikanische Industrie zu treiben, bis sie offiziell aus unserem Lande vertrieben wurden.“

„Jeder Mann, der an dieser Massenversammlung teilnahm und mit ihr sympathisierte, ist ein Verräter (!) an der amerikanischen Demokratie und Regierung, einerlei, ob er ein naturalisierter Bürger ist oder auf amerikanischem Boden geboren wurde. Im Weltkrieg galt die Treue dieser Leute dem Kaiser, jetzt gilt sie Hitler.“

„Unter anderen Trugschlüssen, die aus dem Weltkrieg hervorgingen, befand sich der Trugschluß, daß wir von dem Bindestrichamerikanertum befreit seien. Jetzt müssen wir feststellen, daß wir an ihrer Stelle sogar hundertprozentige Sunnen (!) im Lande haben.“

Der Abgeordnete schloß seine haßerfüllten Ausführungen, die vom größten Teil des Abgeordnetenhauses mit Beifall aufgenommen wurden, mit der Bemerkung, wenn er die Macht hätte, würde keiner der Teilnehmer dieser Kundgebung länger als 24 Stunden die freie Luft Amerikas atmet haben. Martins Heßrede blieb indessen nicht unwiderrprochen. Der Abgeordnete Hawks von Wisconsin zollte dem deutschen Anteil am Aufbau Amerikas Tribut und stellte die Frage, warum man sich über eine Versammlung von Deutschen so aufrege, während man über die kommunistische Tätigkeit im Lande schweige.

„Wir haben die Deutschen und die Italiener beschimpft, aber nichts wird über die schleimige und schmutzige Tätigkeit der Kommunisten gesagt. Anstatt daß wir fünf Millionen Dollar für die Befestigung von Guam

auswerfen, sollten wir das Geld dem Justizdepartement zur Verfügung stellen, damit es den Kommunisten das Handwerk legen kann!"

Im New Yorker Stadtrat will man unter Bezug auf die Rundgebung eine Gesetzesvorlage einbringen, die das Tragen „ausländischer Uniformen“ verbietet und es außerdem jeder Organisation untersagt, eine eigene uniformierte Truppe zu besitzen. Der Bund hat darauf erwidert, daß er seine Uniformen beibehalten werde, solange die Heilsarmee, die Rabbiner und Freimaurer ihre Uniformen nicht auch ablegen.

\*

Anfang April veröffentlichte das Justizdepartement der amerikanischen Bundesregierung das Ergebnis ihrer Untersuchung des Amerikadeutschen Volksbundes in Form eines 14bändigen Berichtes. Wie zu erwarten war, enthält der Bericht keinerlei Sensationen, so sind irgendwelche Gesetzesverletzungen seitens des Bundes und seiner Mitglieder nicht festgestellt worden, auch ist der Beweis für eine Verbindung des Bundes mit Deutschland oder reichsdeutschen Stellen nicht erbracht.

Der Bericht, der 175 Photographien, Broschüren und andere Beweisstücke enthält, stellt in der Hauptsache eine Schilderung des Ursprungs und der Tätigkeit des Bundes dar und macht keinerlei Vorschläge bezüglich etwaiger, gegen den Bund zu ergreifenden Maßnahmen. In dem Bericht heißt es, eines der Hauptziele des Bundes sei die Förderung „des Deutschtums und deutscher Ideale in Amerika“; der Bund habe zur Zeit seiner Untersuchung 6617 Mitglieder gehabt, die sich auf 50 Ortsgruppen verteilen. Ferner stellt der Bericht fest, daß in den Sommerlagern des Bundes zwar ausschließlich die deutsche Sprache erlaubt sei, daß jedoch die Lehrgänge sich auch mit amerikanischer Geschichte und Aufklärung über den Bolschewismus befaßten. Man habe keinerlei Anhaltspunkte dafür gefunden, daß die Mitglieder des Bundes bewaffnet seien oder im Gebrauch von Schusswaffen ausgebildet würden. Mitglieder der NSDAP. gehörten dem Bunde nicht an. Als Unterorganisationen des Bundes wurden in dem Bericht der Ordnungsdienst, die Jugendschaft, der Amerikadeutsche Siedlungsbund und der Deutsche Konsumverband bezeichnet; der Bund besitze im eigenen Verlag vier Zeitungen in New York, Chicago, Philadelphia und Los Angeles.

Den Bau eines Deutschen Hauses in der Stadt New York regt der Amerikadeutsche Volksbund in einem Aufruf an das völkische Deutschtum an. Das Haus, für dessen Bau die Summe von hunderttausend Dollar durch Verkauf von Anteilsscheinen aufgebracht werden muß, soll in dem gegenwärtig von jüdischen Emigranten überschwemmten, einst aber kerndeutschen Stadtteil Yorkville entstehen und einen großen Saal sowie kleinere Räume, vor allem aber Schulzimmer, Leseräume und ein deutsches Kino enthalten.

\*

Aber das Kapitel „Einigungsbestrebungen“ ist bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht viel zu sagen, jedoch ist es Pflicht des Chronisten, die bisherige Entwicklung aufzuzeichnen. Das Ziel aller Einigungsbestrebungen ist das Wiederaufrichten des alten Deutsch-Amerikanischen Nationalbundes der Vereinigten Staaten (German American National Alliance), der machtvollsten Vorkriegsorganisation des Deutschamerikanertums.

Dieser aus dem Deutschamerikanischen Zentralbund von Pennsylvanien im Jahre 1901 entstandene Bund, der etwa zwei Millionen Mitglieder umfaßte und unter Führung des Dr. Heramer stand, wurde ein Opfer des Weltkrieges; er mußte sich im Mai 1918 selbst auflösen, um einem zwangsweisen Verbot durch die Landesregierung zuvorzukommen.

Die durch die Auflösung des Nationalbundes verwaiste Führung wollte nach Kriegsende die „Steuben Society of America“ übernehmen, der es indessen nicht gelang, auch nur annähernd den Einfluß zu gewinnen, den der alte Nationalbund gehabt hatte. So entstanden in fast allen größeren Städten Amerikas und in einigen Staaten örtliche Dachverbände des Deutschtums, z. B. die Deutsch-Amerikanische Konferenz von Groß-New York, die Vereinigten Deutschen Gesellschaften von New York, der Deutschamerikanische Zentralbund von Pennsylvanien, die Bürgerliga von Ohio, der Bürgerbund in Chicago und die unzähligen Verbände deutscher Vereine in anderen Städten. Es fehlte diesen Spitzenorganisationen jedoch samt und sonders ein fest umrissenes Programm und die zur Durchführung eines solchen erforderliche Autorität. Hin- und hergerissen zwischen der Neigung, in der örtlichen amerikanischen Parteipolitik eine Rolle zu spielen oder den mühevolleren Weg einer zielbewußten Deutschtumsarbeit zu gehen und in der ständigen Furcht lebend, eines Tages als „nazifreundlich“ verschrien zu werden, haben diese Spitzenverbände bis heute nur geringe positive Leistungen aufweisen können. Sollten daher die gegenwärtig angestrebten Einigungsbemühungen zu einem Erfolg führen, wäre das im Interesse des gesamten Deutschtums nur zu begrüßen.

Eine Neugestaltung der Deutsch-Amerikanischen Konferenz, der bisherigen Spitzenorganisation des Deutschtums der Vereinigten Staaten, forderte Ende Januar der Präsident des Verbandes der Bayerischen Vereine, der namhafte Arzt Dr. Louis A. Ewald:

„Die Deutsch-Amerikanische Konferenz ist daran, ihr inneres Gefüge und ihre Ausrichtungen den gegebenen Verhältnissen entsprechend zu ändern,“ erklärte er. „Es kann uns kein gerechtdenkender Mensch verübeln, wenn wir versuchen, die Kulturschätze, die positiven Charakterveranlagungen des Deutschen, seinen Willen zur Arbeit, Sauberkeit und Ordnung im amerikanischen Sinne zu perpetuieren, und es kann uns niemand übelnehmen, wenn wir den heißen und aufrichtigen Wunsch hegen, zwischen unserer Wahlheimat und dem Lande unserer Geburt oder Herkunft Frieden und Eintracht zu erhalten. Es kann uns niemand den Vorwurf machen, unamerikanisch zu sein, wenn wir unseren Kindern die Sprache unserer Väter und Vorfäter erhalten wollen, denn nirgends ist in allen diesen Bestrebungen unsererseits der Wunsch vorhanden, Amerika zu schaden oder amerikanische Interessen und Belange außer acht zu lassen.“

Wenn sich die Feindschaft gegen alles Deutsche in wüsten Tiraden, ja in Kriegsdrohungen gegen das Land unserer Geburt auswirkt, so ist es nach unserer Meinung unser Recht und unsere Pflicht, diesem Halt zu gebieten und unsere Stimmen warnend zu erheben.

Ich komme heute zu Ihnen als ein Deutschstämmiger, der die letzten Ereignisse mit größter Besorgnis betrachtet und der Sie herzlich bitter, alles Trennende zu vergessen, alle Sonderinteressen zurückzustellen und sich einzuordnen und unterzuordnen in eine freiwillig, alle positiven Kräfte umfassende Front gegen die überhand nehmende Flut von Verleumdungen, Lügen und Willkürlichkeiten allen Deutschen gegenüber.

In diesem Sinne möchte ich hoffen, daß Sie bereit sind, in den neuen Zielen mit uns zu arbeiten, zum Wohle des Völkerfriedens, zum Wohle des Deutsch-Amerikanismus und zum Wohle der alten Heimat."

Anfangs Februar vollzog die Steuben Society of America ihren Austritt aus der Deutsch-Amerikanischen Konferenz von Groß-New York und Umgebung. In einer der Öffentlichkeit unterbreiteten Erklärung begründet der Verband, der bekanntlich im November des Vorjahres an einer jüdischen Rundfunkkundgebung gegen das nationalsozialistische Deutschland teilnahm, seinen Austritt damit, daß mit der Einführung des Führerprinzips in der D.A. das Recht der demokratischen Selbstbestimmung verletzt worden sei.

Der Austritt der Steuben Society wurde von der D.A. selbst als Erleichterung ihrer künftigen Aufgaben empfunden, in den Kreisen des Deutschtums sogar mit einem Aufatmen begrüßt. Lediglich die „New Yorker Staatszeitung“ weint dem scheidenden Verband einige Tränen nach.

Die nach dem Fiasko des letztjährigen „Deutschen Tages“ (vgl. Heft 2/3, 1939) einer Umbildung unterzogenen „Vereinigten Deutschen Gesellschaften von Groß-New York“ haben durch ihren neuen Präsidenten Willy Warncke ein Arbeitsprogramm verkündet, dessen wesentlichste Punkte lauten:

Zusammenfassung und damit Zusammenarbeit und Hebung des Gemeinschaftsgefühls der Vereine und darüber hinaus der Großverbände.

Förderung deutscher Sprache und Kultur mit besonderer Berücksichtigung der Jugendarbeit.

Gemeinsamer Kampf gegen die Deutschenhese.

Aufklärung über amerikanische und deutschamerikanische Tagesfragen und Probleme.

Der Verband erstrebt nach den „Irrungen und Wirrungen“ der letzten Jahre freundschaftliche Zusammenarbeit mit dem Amerikadeutschen Volksbund, der Deutschamerikanischen Berufsgemeinschaft und der Deutsch-Amerikanischen Konferenz.

Bezüglich des diesjährigen „Deutschen Tages“ wurde der Beschluß gefaßt, sich nur dann an der Feier zu beteiligen, wenn sie das gesamte Deutschtum der Stadt umfasse und nicht von einem einzelnen Großverband oder einer bestimmten Gruppe veranstaltet werde.

Auch in anderen Teilen des Landes machen sich Einigungsbestrebungen bemerkbar. So hat die unlängst in Chicago gegründete „Deutschamerikanische Einheitsfront“ (German American Alliance) eine rege Propagandatätigkeit in der deutschsprachigen Presse entfaltet und will bereits in 15 Staaten festen Fuß gefaßt haben. Einer Mitteilung der „Einheitsfront“ in der Chicagoer „Sonntagspost“ zufolge, haben sich bereits 250 Vereine dem neuen Verband angeschlossen.

Ziel und Zweck der „Einheitsfront“ sind in den Satzungen wie folgt niedergelegt:

1. Die Deutsch-Amerikanische Einheitsfront hat das Bestreben, das gesamte Deutsch-Amerikanertum in allen seinen volkspolitischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten sowie kulturellen Bestrebungen zu organisieren, alle diesbezüglichen notwendigen Aktionen zu beraten und durchzuführen.

2. Die Deutsch-Amerikanische Einheitsfront wird parteipolitisch unabhängig und unbeeinflusst geführt. Sie setzt es sich aber zur Pflicht, bei einer Wahlaktion entscheidend einzugreifen.
3. Die Deutsch-Amerikanische Einheitsfront soll in keiner Weise in das deutsch-amerikanische Organisationsleben eingreifen, sondern dazu berufen sein, dasselbe moralisch zu unterstützen und zu fördern.
4. Die Deutsch-Amerikanische Einheitsfront macht es sich zur Pflicht, die Freundschaft mit allen anderen Volksstämmen des Landes zu suchen und zu fördern, um so auf Grund der Landesverfassung die politische, wirtschaftliche und kulturelle Gleichstellung aller Staatsbürger herbeizuführen.

In einem Aufruf der „Einheitsfront“ heißt es an anderer Stelle:

„Dem Chicagoer Zweig gehören schon ungefähr 100 000 Mitglieder an, und es zeigen sich schon Erfolge. Die Presse, die Stadtverwaltung, die Schulbehörde sind schon auf die Einheitsfront aufmerksam geworden und horchen auf. Aber das ist erst der Anfang. Die „German American National Alliance“ muß sich über das ganze Land erstrecken, wenn wir unseren Einfluß im ganzen Lande durchführen wollen. Deutsche Schulen, deutsche Zeitungen, deutscher Rundfunk, deutsche Kultur, deutsches Lied und deutsches Vereinswesen müssen uns erhalten werden. Unsere Kinder müssen dem Deutschamerikanertum erhalten bleiben und sie müssen stolz sein, daß die Wiege ihrer Vorfahren in deutschen Landen stand. Dies alles kann erreicht werden, wenn wir eineinig sind und uns zu einer nationalen Einheit zusammenschließen. Die Heimat ist erstarrt; laßt uns auch als Deutschamerikaner erstarken, indem wir uns zur „German American National Alliance“ zusammenschließen und in jeder Stadt einen Zweigverband gründen.“

Wieweit diese Bestrebungen von Erfolg begleitet sein werden, läßt sich heute noch nicht voraussagen; es ist bei aller Anerkennung des guten Willens der Träger dieser Bewegung eine gewisse Skepsis am Platze, denn zu oft schon sind aus den Kreisen des bürgerlichen Vereinsdeutschtums Einigungsversuche unternommen worden, die jedoch samt und sonders an dem Fehlen einer festen weltanschaulichen Grundlage scheitern mußten.

Zu diesen verschiedenen Einigungsbestrebungen hat Mitte März der *Amerikadeutsche Volksbund* wie folgt Stellung genommen:

Seit Jahren hat der Amerikadeutsche Volksbund seine dringenden Warnrufe in das verzettelte Deutschtum unseres Landes gesandt, um es endlich zur Besinnung und Einigkeit zu bringen. Harte Kämpfe mußten erst bestanden und die krasseste Verfolgung durch deutschfeindliche Elemente mußte ertragen werden, bis schließlich ein gewisser Teil dieses Deutschtums aufgeschreckt und den Sammlungsbestrebungen zugänglich gemacht wurde. Im Herbst des vergangenen Jahres war die breite Masse der ewigen Versprechungen und Halbheiten verschiedener Vereins sammelverbände müde geworden und folgte eindeutig und begeistert den von der Führung des Amerikadeutschen Volksbundes gewiesenen Weg. Der Erfolg war so durchschlagend, daß in Auswertung dieser Begeisterungswelle der Amerikadeutsche Nationalverband ins Leben gerufen wurde.

Diesem neuen Verbands ist von einer riesigen Gefolgschaft die hehre Aufgabe gestellt worden, den Zusammenschluß aller Deutschstämmigen in USA. in wohlgedachter und großzügiger Weise, aber unüberstürzt, zur Wirklichkeit zu machen.

In verschiedenen Teilen des Landes witterten plötzlich einige Leute Morgenluft und setzten sich daran, ebenfalls Einheitsfronten zu gründen, die aber jeder stärkeren Grundlage entbehren und deshalb nur wieder von zersplitternder Wirkung sein müssen.

Für alle aufrechten Amerikaner deutschen Blutes gibt es in Zukunft nur einen Verband der Einigung, und das ist einzig und allein der Amerikadeutsche Nationalverband. In sechs Großstädten ist unter seiner Leitung das Werk der Einigung fast abgeschlossen, während in zwei weiteren Großstädten die Verhandlungen soweit vorgeschritten sind, daß auch dort bald die fertige Tatsache bekanntgegeben werden kann. Allerdings wurde bei dem Aufbau des Amerikadeutschen Nationalverbandes keine schreiende Reklame benutzt, sondern mit Besonnenheit und in aller Stille zunächst ein starkes Fundament gelegt, auf dem ein sicheres Gebäude errichtet werden konnte. Nachstehend geben wir die Verfassung der amerikadeutschen Öffentlichkeit bekannt, wie sie in knapper, eindringlicher Form von den dem Verbands angehörigen Vertretern ausgearbeitet, festgelegt und gebilligt worden ist:

### Verfassung des Amerikadeutschen Nationalverbandes

1. Der Nationalverband steht auf dem Boden der amerikanischen Verfassung und tritt ein für die Flagge des Landes.

2. Der A. N. tritt für eine Erhaltung der amerikanischen Unabhängigkeit ein und bekämpft alle Bestrebungen, die Vereinigten Staaten in die politischen Wirren und Kriege mit anderen Nationen zu verwickeln.

3. Der A. N. sieht seine hervorragende Aufgabe darin, ein besseres politisches Verständnis und wirtschaftlich freundliche Beziehungen mit Deutschland herzustellen bzw. aufrecht zu erhalten.

4. Der A. N. bekämpft daher jegliche deutschfeindliche Lüge und Heze.

5. Der A. N. bekämpft jede Form des jüdischen Marrismus, jeden zerstörenden Klassentampf und jede untergrabende internationale Tätigkeit auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Er tritt ein für nationale und soziale Gerechtigkeit, als notwendige Grundlage einer gesunden amerikanischen Politik.

6. Der A. N. bekämpft den Staat und Volk zerstörenden Atheismus. Er verteidigt die Freiheit der Religion.

7. Der A. N. tritt ein für die Erhaltung des christlich-arischen Fundaments der amerikanischen Zivilisation und Kultur und fordert daher für dieses so bestimmte Amerikanertum Schutz und Recht zur Sicherung seiner führenden Stellung in allen Belangen des amerikanischen Lebens.

8. Der A. N. besteht auf völkischem Gebiet zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung eines zielbewußten Deutschtums im Dienste des Aufbaus der amerikanischen Nation. Zur Befundung seiner ewigen völkischen Verbundenheit mit der alten Heimat und dem Deutschtum der übrigen Welt veranstaltet der A. N. einen jährlichen **Großdeutschen Tag**. Diese Feier soll im ganzen Lande an demselben Tage veranstaltet werden, und zwar an dem ersten Sonntag im Oktober.

9. Als unbedingt erforderliche Voraussetzung zu einem wirksamen Schutz des Amerikadeutschtums fordert der A. N. einen engen wirtschaftlichen Zusammenschluß desselben im ganzen Lande.

10. Für die Erkenntnis und Verbreitung seiner Grundsätze und zur Erreichung seiner Ziele fordert der A. N. den Ausbau einer landweiten Erziehung der amerikadeutschen Jugend.

Im Zuge der Einigungsbestrebungen ist nunmehr auch seitens der „deutschen Ungarischen Vereine“ (diese Bezeichnung hat sich aus der Vorkriegszeit erhalten und umfaßt die aus Ungarn und aus dem Burgenland stammenden Deutschen genau so wie die Siebenbürger Sachsen und die Donau-Schwaben) eine Bewegung im Gange, die auf einen Zusammenschluß aller „Deutsch-Ungarn“ hinczielt. Eine Vertretertagung in Philadelphia hat sich bereits mit diesem Gedanken befaßt und soll nunmehr praktische Vorschläge ausarbeiten.

Unter neuer Führung steht seit dem 1. April dieses Jahres die „Deutsche Amerikanische Berufsgemeinschaft“, eine aus dem früheren Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband hervorgegangene Organisation. An die Stelle des scheidenden Landeswalters Otto H. Johannsen ist F. W. Buttig getreten. Die Berufsgemeinschaft, die in fast allen größeren Städten des Landes Ortsgruppen besitzt, unterhält eigene Schulen, eine gut ausgebaute Stellenvermittlung, besitzt mehrere Eigenheime, Sommerlager, Ferienheime und hat sich in den letzten Jahren besonders der Freizeitgestaltung und der Jugendarbeit angenommen.

Die D A B - Jugendenschaft in Newyork ist zum Frühjahr mit einer ausgezeichneten Broschüre „Wir, Erlebnisse deutscher Jugend in USA.“ vor die Öffentlichkeit getreten. Das Büchlein, das aus der Jugendgruppe heraus entstand, enthält neben einer Reihe von Fahrtberichten auch einen Abriß über die schicksalsreiche Geschichte von zwölf Jahren deutscher Jugendbewegung im Osten Amerikas.

Bereits zu Beginn des Jahres 1927 entstand in dem „Deutschen Pfadfinderbund“ in Newyork die erste deutsche Jugendbewegung, der im Jahre 1929 der „Jungsturm“ folgte. Das Jahr 1933 brachte die Neubelebung des Pfadfinderbundes, der sich im Zuge der großen Umwälzung des Jahres 1933 dann auflöste und sich als „Deutsche Jungenschaft“ dem Bund „Freunde des Neuen Deutschlands“ unterstellte. Im Herbst 1934 kam es zu neuen Spaltungen, so daß bald drei verschiedene Jugendgruppen im Lande bestanden. Heute besitzen sowohl der „Amerikadeutsche Volksbund“ als auch die „Deutsch-Amerikanische Berufsgemeinschaft“ ihre eigenen Jugendgruppen, die seit 1936 ihre eigenen Wege gehen.

Gleichzeitig hat auch die Jugendenschaft des Amerikadeutschen Volksbundes zu ihrem großen „Tag der Jugend“ im März dieses Jahres eine Sondernummer ihrer Zeitschrift „Junges Volk“ herausgebracht, die ebenfalls einen Rückblick auf die zehnjährige Tätigkeit der nationalsozialistisch ausgerichteten Jugendenschaft in Groß-Newyork gibt und in zahlreichen Aufsätzen und vielen Bildern die Entwicklung dieser Jugendbewegung veranschaulicht.

In dem Lager des marxistisch eingestellten Deutschtums, das durch den Zuzug von über 60 000 jüdischen und anderen Emigranten aus Deutschland seit 1933 eine bedeutende Stärkung erfahren hat, ist man besorgt um die künftige Entwicklung. Denn es hat sich herausgestellt, daß die hemmungslose Heße gegen

Deutschland und alles, was deutsch ist, Folgen gezeitigt hat, die man nicht vorausah. Nachdem diese Kreise sechs Jahre lang den jüdischen Heeresfeldzug gegen das Dritte Reich mit allen Kräften unterstützt haben, müssen sie feststellen, daß sich die Reaktion nicht nur gegen solche Deutschamerikaner richtet, die verdächtig sind, Sympathien zu Deutschland zu haben, sondern daß bei den Massenentlassungen deutschamerikanischer Arbeiter und Angestellten auch ihre eigenen Landsleute mit getroffen wurden. Verzweifelt erlassen die „Arbeiter-, Kranken- und Sterbekasse“, der „Deutschamerikanische Kulturverband“ und andere Organisationen Aufruf über Aufruf, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, jedoch vergeblich, die einmal gerufenen Geister hören nicht darauf.

\*

Das neueste Nachwerk der jüdischen Greuelheze-Fabriken in USA. ist ein Buch, betitelt „The strange death of Adolf Hitler“, als dessen Verfasser ein gewisser Maximilian Bauer zeichnet, der nun allen Ernstes dem amerikanischen Publikum weismachen will, daß er seit 1933 den Doppelgänger des Führers gespielt habe und so den Führer vor Attentaten, Giftmordversuchen usw. gerettet habe. Der Führer sei übrigens längst tot, man habe ihm vor der Konferenz von München ein tödliches südamerikanisches Gift verabreicht. Aber ein anderer habe nunmehr die Rolle eines Doppelgängers übernommen.

\*

Angeichts der Tatsache, daß „das Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ nunmehr den Schlussstrich unter die Einwanderungsperiode gezogen hat — es wandern seit 1931 mehr Rückwanderer ab, als neue Einwanderer ins Land kommen — hat die amerikanische Statistik errechnet, daß es um die rassische Zusammensetzung des Amerikaners der Zukunft wie folgt bestellt sein wird:

37 Prozent englisches, 17 deutsches, 11 irländisches, 8 schottisches, 4 italienisches, 4 polnisches, 4 französisches, 2 niederländisches, 2 schwedisches, 2 russisches, 1,5 norwegisches, 7,5 Prozent Mischung kleinerer Rassen und Nationalitäten.

\*

Unter der Überschrift „Zwei Jahre sudetendeutsches Wirken in U S A.“ hat der Bundesleiter des Bundes der Sudetendeutschen, Erich Kühne, in einer Festschrift zur Sudetenfeier erstmalig die Arbeit dieses Bundes geschildert. Die ersten Anfänge eines Zusammenschlusses des Sudetendeutschtums in Amerika reichen in das Jahr 1926 zurück, als der namhafte Vorkämpfer des Nationalsozialismus, der Abgeordnete Hans Knirsch nach USA. kam, um die dort lebenden Sudetendeutschen für den Freiheitskampf der Heimat einzusetzen. Aber auch in diesem erfahrenen Kämpfer und Organisator dürfte sich damals die Erkenntnis durchgerungen haben, daß einer Zusammenfassung des Auslandsudetendeutschtums erst die politische Einigung im Sudetenraum selber vorangehen müsse. Hans Knirsch gab seinen Plan vorderhand wieder auf und kehrte zu neuem Wirken in seine Heimat zurück.

Doch der Anfang war einmal getan, das Interesse für einen Zusammenschluß der bisher nur vereinzelt in Vereinen der Egerländer und Böhmerwälder organisierten Sudetendeutschen war wachgerufen. Besonders in Newyork bemühten sich in der Folgezeit einige unentwegte pflichtbewußte Volksgenossen um das Zustandekommen einer sudetendeutschen Gruppe. Trotzdem dauerte es

bis zum Jahre 1936, ehe der heutige Bund der Sudetendeutschen in Amerika gegründet werden konnte, der schon nach Ablauf eines Jahres seine Mitgliederzahl vervielfachen und eine Reihe weiterer Ortsgruppen im Innern des Landes gründen konnte. Der Bund verlegte sich vornehmlich auf die Abwehr der gegenrassischen Propaganda und gab einen eigenen Pressedienst in deutscher und englischer Sprache, zuletzt nur noch in englisch, heraus. Soweit es die bescheidenen Mittel zuließen, wurden auch Hilfsbedürftige in der Heimat unterstützt oder Spenden an die Sudetendeutsche Volkshilfe übersandt.

Mit der Befreiung des Sudetenlandes hat die Arbeit des Bundes indessen nicht aufgehört, bis jetzt ist lediglich die Grundlage zur restlosen Erfassung aller Sudetendeutschen in Amerika geschaffen. Ein ansehnliches Netz von sudetendeutschen Heimatgruppen zieht sich heute über das Land und sollen als Sammelbeden für alle die Volksgenossen dienen, die noch nicht diesem Heimatbund angehören, denn die Arbeit des Bundes gilt fortan nicht mehr allein der engeren Heimat, sondern auch dem größeren Deutschland.

Im Juli nächsten Jahres kann der Orden der Hermannsöhne sein hundertjähriges Bestehen feiern. Diese bestimmt nicht alltägliche Jubelfeier soll in Form eines dreitägigen Festes in der Stadt Seattle im Staate Washington begangen werden.

Der Orden wurde im Sommer 1840 von einer Gruppe deutscher Einwanderer in Newyork mit dem Ziel gegründet, dem neueingewanderten Deutschen Schutz und Aufklärung gegen die Angriffe der Nativisten zu geben. Da die Gründer die deutsche Heimat verlassen hatten, um auf amerikanischem Boden die Freiheit zu finden, die ihnen damals in der Heimat nicht gegönnt war, wurde Hermann der Cherusker als Schuttpatron erwählt. Der Orden der Hermannsöhne ist heute über ganz Amerika verbreitet und vor allem im Mittelwesten und Westen sehr stark. Er besitzt 560 Logen mit einer Mitgliederzahl von etwa 100 000 und einem Kapital von ungefähr 20 Millionen Dollar.

## Brasilien

Die Hintergründe des antideutschen Kurzes in Brasilien — Der Einfluß des nordamerikanischen Wirtschaftsimperialismus — Weitere Fortdauer des „Nationalisierungs-Feldzuges“ — Die Vernichtung des deutschstämmigen Elementes das Ziel der neuesten Maßnahmen

Wer Brasilien, sein Land und seine Leute kennt und aufmerksam die nun bald zwei Jahre andauernde Pressenkampagne gegen Deutschland und das in Brasilien ansässige Deutschtum verfolgt, fragt sich unwillkürlich: Wie kommt es, daß mit einer kurzen Unterbrechung während des Weltkrieges die portugiesischstämmige, lusitanische, Brasilienbevölkerung Generationen hindurch in Ruhe und Frieden neben der andersstämmigen, vor allem den Deutschen und Italienern lebte, während heute zwischen beiden Gruppen Mißverständnis, Streit und Haß bestehen? Ist dieser anbrechende völkische Kampf von innen, von der brasilianischen Wirklichkeit her, bestimmt oder liegen die Gründe dazu woanders?

Es ist nicht zu verkennen, daß der im 19. Jahrhundert entstandene *n a t i o n a l e G e d a n k e* allmählich auch in dem jungen brasilianischen Staatsgebilde mächtig zu werden beginnt, vorbereitet durch die auf das Indianertum gerichtete brasilianische Romantik in den fünfziger Jahren und beeinflusst von französischen,

für Brasilien nicht passenden Nationalstaatsideen. Dies und der verständliche Wille der brasilianischen Bevölkerung zu einer der Größe und dem Reichtum des Landes entsprechenden politischen Machtstellung, sowie der aus der Kolonialzeit herstammende lusobrasilianische Herrschaftsanspruch in Politik, Sprache und Kultur können als die inneren, brasilianischen, Gründe für das heutige Geschehen in Brasilien bezeichnet werden. Sie reichen aber nicht aus, um das militante und so von Haß oft erfüllte Vorgehen brasilianischer Regierungskreise zu erklären. Dies wird vielmehr erst verständlich, wenn man Brasilien in seiner kontinentalen Verflechtung, vor allem in seiner Abhängigkeit von USA. erkennt.

Die Vereinigten Staaten, die eigentlichen Sieger des Weltkrieges, traten auf wirtschaftlichem Gebiet in Südamerika das Erbe Englands und Frankreichs an, die bis dahin die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes mit ihren ausgebauten Industrien zufrieden stellten. Durch die zwangsläufige Umstellung der englischen und französischen Industrie auf die Kriegsindustrie während des Krieges, war es der jungen nordamerikanischen Industrie ein Leichtes, den dadurch freiwerdenden südamerikanischen Markt zu erobern, ein Vorgang, der nach Beendigung des Krieges zum Teil durch die Anstrengungen Englands rückgängig gemacht wurde, indem England, vor allem seine Positionen in Argentinien ausbaute. Der englisch-amerikanische Wettlauf dauerte fort, schien aber schließlich sich zugunsten von USA. zu entscheiden, das mit allen Mitteln zu einer wirtschaftsimperialistischen Politik in Südamerika überging. Schon schien der Kampf gewonnen, da entstand in dem wiedererstarteten Deutschland ein neuer gefährlicher Konkurrent, der nicht wie England eine ganze Welt zur Handelsbetätigung zur Verfügung hatte, sondern, abgesehen von den südosteuropäischen Agrarstaaten, die südamerikanischen Rohstoffländer zum Ausbau seiner lebensnotwendigen Industrien dringend benötigte. Deutschland aber hatte kein Geld; es mußte durch Qualität ersetzen, was USA. und England durch eine finanzielle Überlegenheit erreichten. Das Vertrauen in die deutsche Ware war da und wuchs ständig; ein lebhafter Handel, der in Verträgen auf der Basis der Kompensation seinen Niederschlag fand, bahnte sich an. Sowohl das rohstoffarme Deutschland, als auch die rohstoffreichen südamerikanischen Staaten fuhren dabei gut. Wer mit dieser Entwicklung nicht zufrieden war, waren die Vereinigten Staaten, die ebenso wie sie Mittelamerika und einige südamerikanische Staaten bereits in ihren wirtschaftlichen Machtbereich einbezogen hatten, auch das übrige Südamerika, vor allem das reiche Brasilien, in ihrer Abhängigkeit wünschten. Hinzu kam, daß infolge des lang andauernden japanisch-chinesischen Konfliktes auch der fernöstliche Markt für USA. fragwürdig wurde und nach Ersatz schrie.

Da bediente sich USA. eines Tricks: es verlegte den Konkurrenzkampf gegen die vordringende deutsche Wirtschaft in Südamerika vom wirtschaftlichen Gebiet in den politischen und ideologischen Bereich. Nicht mit den üblichen Mitteln des wirtschaftlichen Wettbewerbes, wie günstigere Lieferfristen und Zahlungsbedingungen, Angebot besserer Waren und dergleichen, versuchte es Südamerika zu erobern, sondern indem es ideologisch die sogenannten „Demokratien“ gegen die „totalitären Staaten“ zum Schutze der freien Nationen auspielte und politisch von imperialistischen Absichten vornehmlich des Dritten Reiches in Südamerika redete. Das internationale Judentum verrichtete bei dieser sich entfesselnden antideutschen Hetzpropaganda wertvolle Helferdienste und war unmittelbar oder mittelbar der Träger der Presselügen, die zuerst von der „Deutschen Gefahr“ in Südbrazilien faselten und dann, als dies nicht mehr

zog, jenen Irrsinn von deutschen Annektierungsplänen in Patagonien in die Welt setzten. Wie fadenscheinig diese jüdisch-demokratische Politik auch ist und wie wenig sie die eigentlichen Interessen der südamerikanischen Staaten im Auge hat, so hat sie doch eine ungeheure Wirkung ausgeübt, vornehmlich in Brasilien, wo infolge des integralistischen Putsches vom 10./11. Mai 1938 und wegen der Mißerfolge des brasilianischen Faschismus (Gefangennahme Plinio Salgado) verhältnismäßig leicht die öffentliche Meinung gegen die autoritären Staaten Deutschland und Italien gewonnen werden konnte. So wurde der günstige Handelsvertrag zwischen Brasilien und Deutschland im Sommer 1937 nicht wieder erneuert; dafür erfolgte durch die Ernennung des brasilianischen Botschafters in Washington, Oswaldo Aranha, zum Außenminister, eine immer deutlicher zutage tretende Hinweisung Brasiliens zu U.S.A., die unter dem Eindruck der Rückgliederung Österreichs und der Sudetengebiete ihren Höhepunkt und zugleich ihren beginnenden Abstieg in den ersten Monaten dieses Jahres erlebte. Aber 14 Tage dauerten die Verhandlungen Oswaldo Aranhas, die er im Auftrag der brasilianischen Regierung im Februar mit Vertretern des Schatzamtes und der federalen Reservebehörden in Washington führte. Phantastische Nachrichten durcheilten die gesamte südamerikanische Presse über diese Finanzbesprechungen. So bringt die „La-Plata-Zeitung“ vom 18. Febr. 1939 eine Mitteilung der United Press von einer vorgesehenen Finanzhilfe U.S.A.s an Brasilien in Höhe von 250 Millionen Dollar. Weiter war von einem 2000 Millionen (!) Dollar betragenden Stabilisierungsfonds die Rede, über die Präsident Vargas freie Verfügung haben sollte „zur Stützung der brasilianischen Währung, um Nordamerikanern größeren Anreiz zur Kapitalanlage in Brasilien zu bieten“. Schließlich sollte der Goldvertrag von 1937 zwischen U.S.A. und Brasilien revidiert werden und Brasilien einen Goldkredit von „mindestens“ 50 Millionen Dollar erhalten. Je astronomischer die Ziffern in die Höhe schossen, um so mehr berauschten sie und — das war der Zweck der Übung — um so bereitwilliger stimmte die Öffentlichkeit in die allgemeine Roosevelt'sche Kriegsheze gegen Deutschland ein. —

Wie groß war die Ernüchterung, als endlich das amerikanisch-brasilianische Handelsabkommen bekannt wurde, das am 9. März im Kabinett des amerikanischen Außensekretärs Cordell Hull im Beisein von Morgenthau und Welles unterzeichnet wurde! Sehr viel realer waren die Ziffern geworden. Aus den 250 Millionen Dollar waren weniger als die Hälfte, 120 Millionen, geworden, und von den 2000 Millionen Dollar sprach man überhaupt nicht mehr. Durch Vermittlung der Export- und Importbank sollte zwar Brasilien die Aufnahme weiterer Kredite erleichtert bekommen, die aber lediglich zum Ankauf von Produkten aus Nordamerika verwendet werden sollten. An der Frage des Importes hatte aber Brasilien bekanntlich noch nicht gelitten; viel schwieriger ist das umgekehrte Problem des Exportes: wie Brasilien seinen Kaffee und seine Baumwolle los wird. — Der wichtigste der fünf Punkte des Abkommens war die Gewährung eines Goldkredites von 50 Millionen Dollar zur Errichtung einer brasilianischen Zentralbank. Die Erfüllung dieses Punktes, dem der letzte folgt, in dem sich Brasilien verpflichtet, am 1. Juli d. J. seinen im November 1937 eingestellten Schuldendienst wieder aufzunehmen, bedeutet nichts anderes, als den Milreis im Verhältnis zum Dollar zu stabilisieren. Eine solche Verkopplung von Dollar und Milreis ist jedoch gleichzeitig eine Verkopplung des Geschickes der brasilianischen Baumwolle mit der Texasbaumwolle. Was das aber für verheerende Folgen für Brasilien hat, wird dem

klar, der weiß, daß der Vorsprung der brasilianischen Baumwolle auf dem Weltmarkt zu einem bedeutenden Teil nur dem Abwertungsvorsprung des Milreis vor dem Dollar zu verdanken ist. Was soll ferner bei der Parität von Milreis und Dollar aus dem brasilianischen Kaffee werden, wenn die Währungen Kolumbiens und der kaffeeproduzierenden mittelamerikanischen Staaten frei bleiben? —

Bei einer Wiederaufnahme des nordamerikanischen Schuldendienstes, zu dem sich Brasilien in dem Abkommen vom 9. März verpflichten mußte, würde Brasilien bei einer tatsächlichen Durchführung derselben einen Präzedenzfall schaffen, der unweigerlich auch die große Zahl der englischen Gläubiger auf den Plan rufen wird. In diesem Zusammenhang sind die statistischen Angaben eines englischen Fachblattes von großem Interesse, wonach sich die englischen Investitionen in Lateinamerika im Jahre 1937, als Brasilien seine Schuldenzahlung aufkündigte, auf nicht weniger als 1155 Millionen Pfund Sterling beliefen. Von diesem gewaltigen Kapital haben nur etwa 43 % Zinsen abgeworfen; der Rest war unfruchtbar. Brasilien marschiert unter den südamerikanischen Schuldnern Englands an erster Stelle. Nach englischen Feststellungen entfallen 73 % der Investitionen in öffentlichen Schulden auf die drei Staaten Brasilien, Argentinien und Uruguay. Brasilien ist daran mit 50 % beteiligt.

Alles in allem ist dieser Handelsvertrag mit Nordamerika für Brasilien ein recht zweischneidiges Schwert, über das man recht geteilter Meinung sein kann, wenigstens von brasilianischer Seite her. In USA. ist man natürlich mit dem Ergebnis recht zufrieden, da man hofft, auf diese Weise zu einer Auftauung der in Brasilien eingefrorenen amerikanischen Kapitalien zu gelangen. Darüber hinaus würde sich eine Koppelung des brasilianischen Milreis mit dem Dollar im Hinblick auf das schwierige nordamerikanische Baumwollproblem sehr segensreich, allerdings zum Nachteil Brasiliens, auswirken. USA. hofft so einen Teil seiner verloren gegangenen Märkte wiederzugewinnen, sei es auf friedlichem Wege oder mit den radikaleren Mitteln der Devalorisierung, der Monopolbildung, des Dumping oder sogar unter Verwendung des so geschmähten deutschen Kompensations-Exportsystems (etwa Baumwolle gegen Gummi). Die Lage der brasilianischen Baumwollindustrie würde dann äußerst schwierig sein, gerade im Hinblick auf die bevorstehende Ernte, die von offizieller Seite auf 265 850 000 Kilogramm in Mittel- und Südbrasilien und auf 141 000 000 Kilogramm für Nordbrasilien geschätzt wurde. Es ist daher nicht verwunderlich, daß auf eine Verfügung des Banco do Brasil hin die Baumwollausfuhr nach Deutschland, auf der Basis der Begleichung auf dem Verrechnungswege, wieder für frei erklärt wurde. Man sieht daraus: wenn man von USA. noch so sehr gegen eine lebhafte Handelsbegebarung zwischen Deutschland und Brasilien arbeitet, so kann doch nicht verhindert werden, daß die beiden Länder auf Grund ihrer gegenseitig sich so glücklich ergänzenden Wirtschaftsstruktur immer wieder zueinander finden. Nach amtlichen Angaben bewegte sich der Handel zwischen Deutschland und Brasilien selbst in der unruhigen Zeit von Januar bis September v. J. wie folgt:

Einfuhr aus Deutschland 6,8 Millionen Goldpfund,  
Ausfuhr nach Deutschland 5,7 Millionen Goldpfund.

Die entsprechenden Angaben für USA. sind 6,4 Millionen und 8,9 Millionen; für England 2,7 Millionen und 2,5 Millionen; für Argentinien 3,5 Millionen und 1,1 Millionen. An der brasilianischen Ausfuhr war USA. mit 32,8 % betei-

ligt, Deutschland mit 20,99 % (an zweiter Stelle!), England mit 9,96 %, Frankreich mit 6,45 % usw. — Was spricht besser für die Notwendigkeit einer engen Fühlungnahme zwischen Deutschland und Brasilien als diese nüchternen Zahlen?

Verschiedene andere Tatsachen aus letzter Zeit deuten bereits auf eine sich langsam anbahnende Verständigung zwischen Deutschland und Brasilien hin. So reiste anfangs Mai der brasilianische Kriegsminister und Generalstabschef General Goes Monteiro nach Europa, um auf Einladung der Reichsregierung und der italienischen Regierung an den Herbstmanövern teilzunehmen. Ununterbrochen fließt der Strom brasilianischer Wissenschaftler, Flieger, Offiziere und Ingenieure, die als Gäste verschiedener Institute aus eigener Anschauung das Dritte Reich kennenlernen. Bei einem Musikwettbewerb, den die Wiener Musikakademie vom 12.—24. Juni d. J. veranstaltet, wird der brasilianische Komponist und Dirigent Villa Lobos, der bereits Ehrenmitglied dieser bedeutenden Musikinstitution ist, als Schiedsrichter teilnehmen. Schließlich sei auf Dr. Luthero Vargas, den Sohn des brasilianischen Bundespräsidenten, hingewiesen, der in Berlin und andern deutschen Städten sein Studium vervollständigen wird.

Die Reihe ließe sich beliebig fortsetzen. Es sollte nur gezeigt werden, wie trotz aller Heße von außen und von dritter Seite Brasilien und Deutschland immer wieder zu einer gegenseitig freundschaftlichen Haltung kommen müssen.

Nur auf diesem breiten Hintergrund wirtschaftlicher und politischer Zusammenhänge wird man auch die volkspolitischen Ereignisse in Brasilien verstehen, die man niemals aus dem Gesamtzusammenhang herausreißen und isoliert betrachten sollte. Erst jetzt werden wir verstehen, inwiefern die einschneidenden Schulgesetze des vergangenen Jahres, die Verbote deutschbrasilianischer Vereine, die Angriffe auf die kirchliche und persönliche Freiheit, alles das, was man von lusobrasilianischer Seite fälschlich „Nationalisierung“ nennt, nichts weiter ist, als die nach Brasilien hineinragende Hand der antideutschen Yankee-propaganda. Wenigstens ist der Anlaß zu diesen deutschfeindlichen Demonstrationen das Ausland, in erster Linie U.S.A. Von sich aus hätte die brasilianische Regierung gar keinen Grund gehabt, gegen die friedlich sich für Wohlstand und Ordnung betätigende deutschbrasilianische Bevölkerung vorzugehen, die mit den Portugiesischstämmigen in bestem Einvernehmen lebten. Nun aber die Gemüter erregt sind, wirkt sich lawinenartig der entfesselte Chauvinismus in Form von entvölkenden Maßnahmen und Bestimmungen aus, und erst jetzt beginnen die innerbrasilianischen Beweggründe der „Nationalisierung“ sich mit geltend zu machen. Beides zusammen bewirkt dann jenen Zustand, den wir von unserem letzten Länderbericht her kennen und der ähnlich, wenn auch etwas gemäßigter, heute noch fort dauert.

Im Zuge der Zentralisierung des brasilianischen Bundes, den Präsident Getulio Vargas am 8. April zum Einheitsstaat erklärte, wurden in aller Form den einzelnen brasilianischen Staaten die früheren Rechte genommen, ferner das Postmonopol durchgesetzt und nach europäischem Muster das sehr wichtige Grenzgesetz erlassen. Danach muß die Bevölkerung der Ortschaften, die nicht mehr als 150 Kilometer von der Grenze entfernt liegen, zu 99 % aus geborenen Brasilianern bestehen; der Schulunterricht muß ausschließlich in der portugiesischen Staatsprache erfolgen und der Klein- und ambulante Handel ebenfalls nur von geborenen Brasilianern ausgeübt werden. Ähnlich wie dieses Gesetz, nur in viel stärkerem Maße, werden sich in den ländlichen deutschbrasilianischen Koloniegebieten die Dekrete auswirken, die den

Gebrauch einer nichtportugiesischen Sprache von Behörden der kommunalen Verwaltung ausdrücklich verboten. „Rein Besucher“, so heißt es wörtlich, „wird von einem Beamten der kommunalen Verwaltung abgefertigt, der nicht seine Wünsche in Portugiesisch äußert“. Falls der Betreffende die Sprache nicht beherrscht, muß er mit einem Dolmetscher erscheinen. „Die Beamten, die die Bestimmungen dieses Dekretes übertreten, setzen sich schweren Strafen aus.“ — Sehr einschneidend für das brasilianische Deutschtum sind die laufend erscheinenden Zusatzbestimmungen zu den einzelnen Schulgesetzen, so das Schulbücherdekret, wonach am 1. Januar 1940 in keiner Volksschule und auch in keiner höheren Schule irgendwelche Lehrbücher verwendet werden dürfen, die nicht ausdrücklich vom Unterrichtsministerium genehmigt sind. Hervorzubeben seien weiter die schulgesezlichen Bestimmungen in Santa Catharina, die die Schulpflicht anordnen, die Schulentlassung regeln und ein Register des Schulzenfusses einführen. Nach diesem vom Staatsgouverneur von Santa Catharina erlassenen Gesetz sind die Eltern bzw. deren Stellvertreter unter Androhung hoher Geldstrafen verpflichtet, von sich aus ihre schulpflichtigen Kinder in den staatlichen oder gesezlich registrierten Schulen anzumelden. Artikel 9 des Dekretes besagt, „daß den Eltern die elterliche Gewalt über ihre Pflegslinge abgesprochen wird, falls jene fortfahren, den Schulbesuch der schulpflichtigen Kinder zu verhindern“.

Weiter sei darauf hingewiesen, daß die lange schon angekündigten Übersiedlungen brasilianischer Garnisonen aus dem Norden in das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet allmählich durchgeführt werden. So ist Mitte April das bisher in Rio stationierte 32. Jägerbataillon an Bord des Schiffes „Murtinho“ gegangen, um zunächst nach Florianopolis und von dort in die urdeutsche Kolonie Blumenau verfrachtet zu werden. Die Soldaten, die eine vollkommen neue Ausrüstung erhielten, stammen größtenteils aus dem russisch am meisten gemischten Nordosten Brasiliens. Geleitet und veranlaßt wurde diese Übersiedlung von General Meira de Vasconcellos, der ein einwandfreies Deutsch spricht, mit einer Deutschen aus Stettin verheiratet ist und seine abschließende militärische Ausbildung in Deutschland (Hannover) erhalten hat. Mit erlernter deutscher Gründlichkeit wird auf diese Weise versucht, das in Brasilien lebende Deutschtum seines angestammten Volkstums zu berauben.

Das Ziel dieser von Deutschnaß, Chauvinismus und jüdisch-amerikanischer Propaganda getragenen Maßnahmen ist eindeutig die Vernichtung des deutschstämmigen Elementes in Brasilien, auch wenn damit der brasilianischen Heimat wertvollste Kräfte für immer verloren gehen. Mit welcher Systematik und Raffiniertheit dabei vorgegangen wird, beweist ein Runderlaß eines führenden Mannes in dem satzsam bekannten „Nationalisierungsfeldzug“. Darin heißt es:

„Es ist bekannt, daß die Deutschstämmigen hier im Lande ihre Volkstumsarbeit in den letzten Jahren nur deshalb haben voranbringen können, weil sie auf vier wichtigen Säulen geruht hat, nämlich: auf den deutschbrasilianischen Schulen, den deutschbrasilianischen Vereinen, der deutschsprachigen Kirche und auf der deutschsprechenden Familie. Naturgemäß muß es sich also der vom Generalstab des Heeres organisierte Nationalisierungsdienst zur Aufgabe machen, diese vier Säulen zu vernichten. Die erfolgreiche Arbeit hat damit begonnen, zunächst die deutschbrasilianischen Schulen

zu erledigen; das ist bereits durch die einzelnen staatlichen Schulgesetze gelungen. Auch die zweite Säule (die Vereine) wird in absehbarer Zeit stürzen. (Die Absetzung von deutschbrasilianischen Vereinsvorständen und Einsetzung von lusobrasilianischen Offizieren als Vorsitzenden von deutschbrasilianischen Vereinen zeigen, daß auch diese Aktion bereits in vollem Gange ist.) Schwierig mag die Zerstörung der Kirche, der dritten Säule, sein, aber wir haben auch hier schon zu arbeiten begonnen. Auch der Angriff auf die vierte Säule, auf die deutschbrasilianische Familie, wird sehr schwierig sein, aber — so kann ich versichern — auch diese Säule wird fallen! Denn wir werden letzten Endes nicht davor zurückschrecken, jenen renitenten Eltern ihre Kinder fortzunehmen, um sie in staatlichen Anstalten zu guten Brasilianern zu erziehen!“

Tiefster Haß spricht aus diesen sich national gebärdenden Worten. Mit Vaterlandsliebe, mit wirklicher Sorge um die Fragen der brasilianische Heimat haben diese zerstörerischen Ideen nichts mehr zu tun. Aber ich wiederhole: dies Kraut ist nicht in Brasilien gewachsen, sondern hat seine geheimen Wurzeln draußen im Ausland, in der heßerischen und völkerverfeindenden internationalen Presse. Militärische Heißsporne, die auf diese billige Weise ihre ersten Sporen verdienen möchten, greifen sie auf und verpflanzen sie dann in das brasilianische Land, wo nicht nur eine andere Sonne als in U.S.A. und in Europa scheint, sondern wo auch die tieferen Entwicklungsgesetze vollkommen andere sind. Jedenfalls braucht man sich nicht zu verwundern, daß unter diesen anormalen Verhältnissen mancher brave Deutschbrasilianer sich aus seiner Heimat wegsehnt, in die Nachbarländer auswandert oder zusammen mit den reichsdeutschen Rückwanderern in die Heimat der Arväter geht, wo jeder fleißige Arbeiter, jeder, der etwas gelernt hat, noch immer sein Brot verdient. Jeder, der seine brasilianische Heimat liebt, sollte sich aber fragen, ob diese Auswanderungstendenz, zu der man große Kreise der brasilianischen Bevölkerung geradezu drängt, im Sinne einer wirklich nationalen Politik des Fortschrittes und des inneren Friedens liegt. Jedenfalls stellte der offizielle „Jornal do Brasil“ unter der Überschrift „Menschen, mehr Menschen!“ fest: „Unter den Problemen, die ständig auf der Tagesordnung des brasilianischen Lebens stehen, ist dieses des Mangels an Arbeitskräften eines der vordringlichsten.“ Auf jede Weise wolle man das Tempo der Einfuhr ausländischer Siedler beschleunigen — und vergißt auf der andern Seite, daß man durch die eigene entvokkende Gesetzgebung bestes und fleißigstes Menschenmaterial, das sich bereits bewährt hat, geradezu außer Landes treibt! „Allein der Staat São Paulo“, heißt es in dem genannten Bericht, „braucht, um alle seine agrarischen Möglichkeiten ohne Einschränkung zu mobilisieren, 200 000 Landwirte. Angenommen, daß in den übrigen Staaten mit stärkerer landwirtschaftlicher Entwicklung eine gleiche Anzahl von landwirtschaftlichen Arbeitern benötigt werden, brauchen wir also eine sofortige landwirtschaftliche Einwanderung von mindestens 400 000 Siedlern.“

Hier liegt der gleiche Widersinn vor wie bei der Tatsache, daß man auf der einen Seite über tausend deutschbrasilianische Privatschulen zwangsweise schließt und „nationalisiert“, obwohl sie den Staat keinen Pfennig kosten, und daß auf der anderen Seite nach einer amtlichen Statistik vom November v. J. nur 20 % der schulpflichtigen Kinder überhaupt zur Schule gehen. Demnach lernen 80 % der in Brasilien geborenen Kinder weder Lesen noch Schreiben, was ungefähr mit dem erschreckenden Hundertsatz des brasilianischen Analphabetentums übereinstimmt.

Dr. Ritter.

## Australien

Zur Erinnerung an die vor hundert Jahren erfolgte erste Ansiedlung von Deutschen in Australien und die damit verbundene Gründung der Lutherischen Kirche in Australien fanden zu Ende des Jahres 1938 in verschiedenen Orten vor allem Südaustraliens Feiern statt, in denen sich das Deutschtum Australiens sammelte und der Bedeutung der Vergangenheit gedachte.

Aber die Ursachen der Auswanderung aus dem Reich und die Einzelheiten der Ansiedlung ist im Rahmen dieser Zeitschrift schon mehrfach berichtet worden. Es sei nochmals daran erinnert, daß die Auswanderung unter der Führung des Pastors Kavel aus religiösen Gründen erfolgte. Die Auswanderer wollten sich der damals eingeführten kirchlichen Union nicht fügen und lieber die Heimat als den Glauben aufgeben. Die Starrköpfigkeit der Ansiedler in dogmatischen Dingen führte sogar dazu, daß schon 1846 eine kirchliche Spaltung der deutschen Lutheraner erfolgte, die heute noch nachwirkt. Es war bedauerlich, daß bei den Jubiläumsfeiern die Trennung des Deutschtums in Australien in zwei sich feindlich gegenüberstehenden Synoden, die Vereinigte Evangelische Kirche Australiens (Velka) und die Evangelisch-Lutherische Synode von Australien (Elfa) — wenn auch nicht offen — in Erscheinung trat. Von beiden Seiten erschienen umfangreiche Festschriften, die die Entwicklung der letzten hundert Jahre von ihrem Standpunkt aus betrachteten. Die offizielle Festschrift der Velka hat Pastor Sebart zum Verfasser, der seit 1902 in Australien lebt und seit 1909 als Pastor von Langweil das Amt verwaltet, das der Vater der Australischen Lutherischen Kirche, August Kavel, jahrzehntelang innehatte. Die Festschrift, ein nahezu 500 Seiten starkes Buch, ist in deutscher Sprache geschrieben und bringt zum erstenmal eine auf Grund des Quellenmaterials bearbeitete Darstellung der Geschichte der Velka. Das Deutschtum Australiens wird insfolgedessen hier von rein kirchlichen Gesichtspunkten aus behandelt. Da aber die Deutschen Australiens heute noch treu zu ihrem alten strengen Glauben stehen und in ihrer Kirche den Mittelpunkt ihrer gesamten Lebensäußerungen sehen, stellt das Werk einen äußerst wertvollen Beitrag zur Gesamtgeschichte des Deutschtums in Australien überhaupt dar. Aber die Entwicklung der lutherischen Kirche in Queensland berichtet in einem fast 300 Seiten starken Werk Pastor Theile in englischer Sprache. Auch hier findet sich viel wertvolles Material, das nicht nur für die Kenntnis der kirchlichen Geschichte von Bedeutung ist. Für die Elfa, die im Lauf ihrer Entwicklung mehr und mehr von ihrem deutschen Standpunkt abrückte und in das Fahrwasser der nordamerikanischen Missouri-Synode geriet, veröffentlichte Pastor Brauer eine Festschrift.

Bei den Feierlichkeiten selbst stand der von der Velka veranstaltete Festakt in Tanunda-Langweil im Mittelpunkt, während in der Elfa die Gemeinden die Gedenkfeier einzeln abhielten. Bei der Hauptfeier der Velka war neben sämtlichen hervorragenden Persönlichkeiten des Deutschtums auch der australische Gouverneur Sir Winston Dugan zugegen. Nach einem Umzug zum Grab Kavel's erfolgte dort vor Tausenden von Anwesenden eine Darstellung der kirchlichen Entwicklung des Deutschtums in Australien in der Form von Wechselreden, die durch die Lesung von Bibelstellen und den Gesang von Liedern religiösen Inhalts unterbrochen wurden. Der Schilderung der Auswanderung folgte die Darstellung der ersten mühsamen Versuche, in der fremden Erde Fuß zu fassen, die

Freude, eine neue Heimat gefunden zu haben und zum Schluß die feierliche Enthüllung eines Denkmals über dem Grab Ravels. Das Denkmal war von dem deutschen Architekten Langhans in Abelaide entworfen und von der deutschen Firma Habich in Nuriootpa ausgeführt worden. Eine in deutscher Sprache gehaltene Inschrift teilt das Wesentliche aus dem Leben und Wirken Ravels mit. In Klemzig, dem Ort der ersten Ansiedlung und der ersten Wirkungsstätte Ravels, war schon im Sommer 1936 ein Denkmal zu Ehren der ersten Einwanderer enthüllt worden. Dort ist die Inschrift in englischer Sprache gehalten. Das Klemziger Denkmal bildete auch jetzt wieder das Ziel zahlreicher Besucher. Begeisterung erregten die zahlreichen Telegramme und Glückwunschschriften, die aus dem ganzen Reich eingingen und größtenteils öffentlich verlesen wurden.

Von der australischen Presse wurde besonders vermerkt, daß auch am Grab von George Fife Angas, des unermüdblichen Helfers Ravels, eine Feier stattfand, bei der mit Rücksicht auf die anwesenden Vertreter der Familie Angas vornehmlich die englische Sprache benutzt wurde. Georg Fife Angas unterstützte seinerzeit Ravel mit Geldmitteln und durch seine Fürsprache, so daß ihm die Ansiedlung seiner Gemeinde möglich wurde. Ein Festzug, an dem sich die ganze deutsche Bevölkerung beteiligte, bildete einen Höhepunkt der Veranstaltungen, von denen ein Teil auch durch den Rundfunk übertragen wurde. Einzelseiern fanden nicht nur in verschiedenen Gemeinden Südaustraliens statt, sondern auch in Queensland und Neusüdwales. Für das Volkstumsbewußtsein der deutschen Lutheraner bedeuten diese Feiern trotz ihres vorwiegend kirchlichen Gehalts einen nicht zu unterschätzenden Wert.

## Grenz- und außendeutsche Fragen in reichsdeutschen Zeitschriften

Zusammengestellt von Hermann Haller, Tübingen

### I. Allgemeines und größere Teile

**Durach, Moriz:** Grenze. Eine methodische Skizze. In: Zeitschrift für Erdkunde, 6. Jg. 1938, S. 890—899. Untersucht die verschiedenen Arten der Grenzen, wobei der Volkstumsgrenze die höchste Bedeutung beigemessen wird.

**Pendl, Egon:** Die Volksgrenze als Forschungsaufgabe. In: Zeitschrift für Erdkunde, 6. Jg. 1938, S. 881—888. Betont die vorbringliche Behandlung der Volksgrenze.

**Halfar, Karl:** Volkszählung und Volkstumstypen. In: Zeitschrift für Erdkunde, 6. Jg. 1938, S. 88—890.

**Gierlich, Willy:** Volkswirtschaftliche Einzelprobleme der Umvolkung. In: Zeitschrift des Vereins der Freunde und Förderer der Universität Köln 1939.

**Maurer, Hermann:** Gesamtdeutsche Auswanderungsforschung und stammesgebundene

Volkspflege. Württemberg, 10. Jg. Dez. 1938, S. 120.

**Pfrenzing, Alfons:** Die mainfränkische Bauernauswanderung des 18. Jahrhunderts. In: Zeitschrift f. bayerische Landesgeschichte, 11. Jg. 1938, S. 445—467. Berichtet von Auswanderung nach Amerika, Holland, Spanien, vor allem aber nach dem Nord- und Südosten. Erwähnt die Gründe der Auswanderung.

**Wo steht die Jugend Europas?** In: Wille und Macht, Jg. 1939, S. 2/3. Berichte über Jugenderziehung in europäischen Ländern. Darin wird, wo es erforderlich ist, auch auf die volksdeutschen Jugendorganisationen hingewiesen.

**Sering, Max:** Geschichtliche Grundlinien auslandsdeutscher Siedlung in Osteuropa. In: Forschungen und Fortschritte, 15. Jg. 1939, Nr. 6, S. 74 f.

## II. Südosten

**Graber, Georg:** Völker und Rassen auf dem Boden Kärntens. In: Germanien, April 1939, S. 157—160. Geschichtliche und rassenkundliche Betrachtung der deutschen und windischen Bevölkerung.

**Wutte, Martin:** Die Bevölkerungsbewegung in Kärnten 1880—1934. In: Carinthia I. Geschichtliche Beiträge zur Heimatkunde Kärntens, 128, Jg. 1938, S. 86—110. Ausführliche Darstellung mit vielen statistischen Tabellen und 1 Karte. Greift zum Teil über die heutige Reichsgrenze hinaus. Auch Zu- und Abwanderung nach deutschen Volkswirtschaften angegeben.

**Penzl, Egon:** Der Anteil der österreichischen Alpenländer an der deutschen Ostkolonisation. In: Volkstum im Südosten, Febr. 1939, S. 36—40. Fortsetzung der Zeitschrift „Grenzland“ des deutschen Schulvereins Südmärk.

**Penzl, Egon:** Das neue Reichsgebiet in der Preshburger Donaupforte. 1. Die Engerau, 2. Ebenen. In: Burgenländische Heimatblätter, 7. Jg. 1938, S. 3/4, S. 59—64. Kurzer historischer und geographischer Abriss. Die Zeitschrift stellt infolge der Aufteilung des Burgenlandes mit diesem Heft ihr Erscheinen ein.

**Mull, Otto:** Geschichtliche und kulturelle Beziehungen zwischen dem Burgenland und der Slowakei (unter besonderer Berücksichtigung des dortigen Deutschtums). In: Burgenländische Heimatblätter, 7. Jg. 1938, S. 64—69.

**Durach, Moriz:** Böhmen und Mähren wieder Glieder des Reiches. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, 85. Jg. 1939, S. 105—110. Behandelt auch das Volkswirtschaft.

**Beher, Hans Joachim:** Schwaben in Böhmen. In: Schwaben, Monatschrift für Volkstum und Kultur (vormals Württemberg), Jg. 1939, S. 381—386. Würdigung der kulturellen Leistung einzelner Schwaben.

**Schwarz, Ernst:** Neue Forschungen zur deutschen Volkstumsgeographie Mittelmährens. In: Forschungen und Fortschritte, 15. Jg. 1939, Nr. 13, S. 167.

**Weinelt, Herbert:** Zur Herkunftsbestimmung alter deutscher Volkswirtschaften im ostmitteldeutschen Vorland auf Grund der Mundart. In: Zeitschrift für Mundartforschung, 15. Jg. 1939, S. 25—39.

**Weinelt, Herbert:** Die Slowakei im Mittelalter als deutsche Sprachinsel. In: Forschungen und Fortschritte, 15. Jg. 1939, Nr. 12, S. 156 f.

**Weinelt, Herbert:** Zur Deutschtumsgeographie in der Slowakei. In: Zeitschrift für Erdkunde, 7. Jg. 1939, S. 5/6, S. 218—234. Ausgezeichnete Zusammenfassung mit 4 guten Übersichtskarten.

**Braunias, Karl:** Das deutsche Volk und die Völker des Südostens. In: Nation und Staat, 12. Jg., S. 344—355.

**Penzl, Egon:** Die Stellung der Slaven im südböhmischen Europa. In: Nation und Staat, 12. Jg., S. 356—362.

**Klode, Helmut:** Die Magyaren und ihre Nachbarn. In: Nation und Staat, 12. Jg., S. 363—380.

**Vajsch, Franz:** Deutscher Aufbruch in Ungarn. In: Nation und Staat, 12. Jg., S. 204—211.

**Vajsch, Franz:** Die deutsche Volksgruppe in Ungarn. In: Volk und Reich, 1939, S. 2, S. 117—128. Das ganze Heft ist Ungarn gewidmet.

**Penzl, Hubert:** Das gesellschaftliche Gefüge des Landvolks im deutsch-magyarischen Grenzraum östlich des Neusiedler Sees. In: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, 2. Jg. 1938, S. 4, S. 800—835. Eingehende und gründliche Studie mit 1 mehrfarbigen Volkstumskarte, 10 Textarten und 2 Abbildungen.

**Dörner, Anton:** Wanderungen und Wandlungen deutscher Kultspiele in Vorderösterreich, Tirol und Deutschungarn. In: Forschungen und Fortschritte, 15. Jg. 1939, Nr. 7, S. 92—95.

**Horat, Karl:** Der Volkstanz in der Schwäbischen Türkei. In: Deutsches Archiv f. l. u. v., 2. Jg. 1938, S. 4, S. 836—858. Mit 5 Textarten, Noten und 6 Abb. auf 1 Tafel.

**Weinelt, Herbert:** Zur Volkstumsgeographie alter nordungarischer Städte. In: Südostdeutsche Forschungen, 3. Jg. 1939, S. 4, S. 823—827. Auseinandersetzung mit Edith Hoffmann über das Deutschtum Preshburgs.

**von Franzen, Otto:** Der Vierjahresplan und die Industrialisierung der südosteuropäischen Agrarstaaten. In: Europäische Revue, April 1939, S. 337—348.

**Stanglicsa, Franz:** Ansiedlungsgeschichte von Neu-Dasua und Neu-Banovci in der Militärgrenze. In: Mitteilungen des Österreichischen Instituts für Geschichtsforschung, 14. Erg.-Bd., 1939, S. 471—476. Ergänzung zu der Monographie von Haller auf Grund der Akten des Wiener Kriegsarchivs.

**Weber, Heinrich:** Andreas Weber, ein Grenzerpfarrer. In: Evangelische Diaspora, 21. Jg. 1939, S. 72—86. Lebensbild eines Pfarrers, der 58 Jahre in Syrmien gewirkt hat.

**Schüller, Franz:** Das deutsche Genossenschaftswesen Rumäniens in der Wende. In: Nation und Staat, 12. Jg. 1939, S. 427—438.

**Drend, Mich:** Deutsches Bauerntum in Rumänien. In: Nationalsozialistische Monatshefte, 1939, Nr. 109, S. 307—310. Kurze Charakterisierung der einzelnen Siedlungsgebiete.

**Bonfert, Alfred:** Die Aufgaben der deutschen Volksgruppe in Rumänien. In: Volk und Reich, Jg. 1939, S. 4, S. 304—307.

**Roth, Fritz:** Die germanische Vorzeit Rumäniens. In: Nat.-soz. Monatshefte, 1939, Nr. 109, S. 318—321. Läßt die Möglichkeit einer germanisch-deutschen Kontinuität offen.

**Comesan, Laurian:** Die Rolle der physischen Faktoren bei der völkischen Entwicklung der Theisebene. In: Südostdeutsche Forschungen, 3. Jg. 1939, S. 4, S. 797—809.

### Standpunkt eines rumänischen Forschers

**Frauenhoffer, Hans Ewald:** Die Pflege der Sippenkunde als völkische Aufgabe des Banater Deutschtums. In: Nat.-soz. Monatshefte, 1939, Nr. 109, S. 311—317. Dazu Bildbeilage „Deutsches Volkstum in Rumänien“.

**Studienfahrt nach Südosteuropa.** Bericht über die Balkan-Reise der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft. In: Weltwirtschaft, 26. Jg. 1938, S. 8. Darin auf S. 292 bis 297 ein sehr eingehender Bericht über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Siebenbürger Sachsen für Rumänien.

**Huß, Richard:** Zur Siebenbürger Namenkunde. In: Südostdeutsche Forschungen, 3. Jg. 1939, S. 4, S. 827—833.

**Jillich, Heinrich:** Stefan Ludwig Roth. In: Das Innere Reich, April 1939, S. 95 bis 109. Kurzer Lebenslauf, Bedeutung für das Sachsentum. (Zur 90. Wiederkehr seiner Erziehung.)

**Fittbogen, Gottfried:** Stefan Ludwig Roth. In: Südostdeutsche Forschungen, 3. Jg., S. 3, S. 781—796. Umreißt zuerst den Stand der Roth-Forschung und behandelt dann sein Verhältnis zu bedeutenden Zeitgenossen, wie Pictalozzi, Friedrich List usw., sowie sein Wirken in Siebenbürgen.

### III. Nordosten

**Conze, Werner:** Polnische Dorfforschung in Oberschlesien. In: Zeitschrift für Volkskunde, 9. Jg. 1938, S. 286—299. Setzt sich hauptsächlich mit der Monographie des polnischen Soziologen Josef Chalafinski über die Fabriksiedlung Koalnia auseinander.

**Kramer, Erich:** Vom deutschen Schulwesen in Polen. In: Nat.-soz. Monatshefte, 1939, Nr. 108, S. 204—211. Kommt zu dem Ergebnis, daß 80 v. S. der deutschen Schüler in Polen der Entbehrung ausgesetzt sind infolge Fehlens eines deutschen Schulunterrichts.

**Wallerstedt, Kurt:** Erbrecht und Erbsitten des Bauerntums in Polen. Ein Beitrag zu einer bäuerlichen Lebensordnung. In: Osteuropa, 14. Jg. 1939, S. 67, S. 415—426. Erwähnt auch die deutschen Volksinseln und den Einfluß deutschen Erbrechts auf die polnischen Erbsitten.

**Strzygowski, Hertha:** Bei Deutschen in Mittelpolen. In: Volkstum im Südosten, Febr. 1939, S. 41—46. Vier sehr ansprechende Kopfzeichnungen mit Erlebnisbericht.

**Röhrig, Fritz:** Die Gestaltung des Ostseeraumes durch das deutsche Bürgertum. Mit einem Anhang: Ist Riga 1201 gegründet worden? In: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, 2. Jg. 1938, S. 4, S. 765 bis 783.

**Horn, Werner:** Das Deutschtum im Memelgebiet auf Grund des Ergebnisses der Landtagswahl vom 11. Dezember 1938. Mit einer zweifarbigen Karte der Verteilung der Wähler in Punktmethode und begleitendem Text. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, 85. Jg. 1939, S. 3, S. 73—75.

**Geiger, Josef:** Das Deutschtum in Osteuropa. In: Nat.-soz. Monatshefte, 1939, S. 321—336. Ausgezeichneter Überblick über Entstehung, Eigenart und Lage der russland-deutschen Volksinseln.

**von Poletika, W.:** Annullierte Volkszählung 1937 und Bevölkerungsstand in der Sowjetunion. In: Allgemeines Statistisches Archiv, 28. Bd. 1939, S. 3, S. 322—356. Zeigt an Hand amtlicher Sowjetverlautbarungen die Anzulänglichkeit der Volkszählung 1937. Wichtig der wahrscheinliche Bevölkerungsstand 1938. Deutschtum nicht berücksichtigt.

**von Rügelen, Carlo:** Die Rußlanddeutschen. In: Nation und Staat, 12. Jg., S. 67. Guter Gesamtüberblick mit vielen statistischen Angaben.

### IV. übersee

**Bauer-Die, Kurt:** Die Chiledeutschen während des Weltkrieges. In: Auslandsdeutsche Volksforschung, 2. Jg. 1938, S. 464—472.

**Gradmann, W.:** Lüderis' Plan einer deutschen Volksiedlung in Übersee. In: AB. 2. Jg. 1938, S. 528—533.

**Hörmann, Bernhard Lothar:** Die Deutschen in Hawaii. In: AB. 2. Jg. 1938, S. 472—487. Die Deutschen sind heute schon fast vollständig im Amerikanertum aufgegangen.

**Reimann, Katharina:** Der Stand der Forschung über das Deutschtum in Wisconsin. In: AB. 2. Jg. 1938, S. 533—543.

**Oberader, Karl-Heinrich:** Karl von Rosenberg und der Kampf des brasilianischen Deutschtums um seinen staats- und volkspolitischen Standort im Kaiserreich Brasilien. In: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, 2. Jg. 1938, S. 87—127.

**Lehmann, Heinz:** Zur Karte des Deutschtums in den kanadischen Prärieprovinzen. In: Deutsches Archiv f. l. u. V., 2. Jg. 1938, S. 859—866. Mit einer mehrfarbigen Karte über die Verbreitung des Deutschtums in Westkanada.

Brödner, Ernst: Kanada — ein britischer Kontinent. In: Deutsche Rundschau, Februar 1939, S. 96—106. Mit 10 Bildern. Zum Schluß werden auch die Volksfranzosen und Volksdeutschen erwähnt und ihre Leistungen gewürdigt.

Kehlenbeck, Alfred P.: Die deutsche Mundartforschung in USA. In: Zeitschrift für Mundartforschung, Jg. 14 1938, S. 4. Kurzer Forschungsbericht.

Schröter, F. W.: Ferienreise der Deutschen Schule in Mexiko nach Tampico. In: Zeitschrift für Erdkunde, 7. Jg. 1939, S. 7, S. 267—271. Die Schule hat deutsche Siedler besucht, von deren Leben kurz berichtet wird.

Hintrager, Oskar: Die Volkszählung 1936 in Südwestafrika. In: Koloniale Rundschau, 30. Jg., S. 1, S. 43—48. Kritische Besprechung der veröffentlichten Zahlen, soweit sie das Deutschtum betreffen.

Jeß, Hans F.: Die Südafrikanische Union. Der „große Frel“ der Buren vor 100 Jahren. In: Zeitschrift für Politik, 28. Bd. 1938, S. 626—631. Erwähnt auch den deutschen Anteil.

Robenwaldt, Ernst: Die Rückwirkungen der Rassenmischung in den Kolonialländern auf Europa. In: Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie einschl. Rassen- und Gesellschaftshygiene, 32. Bd. 1938, S. 5, S. 385—396. Zeigt die Anwendung biologischen Denkens auf die volkspolitischen Probleme der Kolonien.

Robenwaldt, Ernst: Die Anpassung des Menschen an ein feiner Rasse fremdes Klima. In: Forschungen und Fortschritte, 15. Jg. 1939, Nr. 1, S. 14 f.

Fischer, Otto: Tropenmedizinische und tropenhygienische Probleme der deutschen Kolonien. In: Ärzteblatt für Südwestdeutschland, Jg. 1938, S. 15.

\*

Die Kartenbibliographie erscheint von jetzt ab in der selbständigen „Bibliographie des Deutschtums im Ausland“ und wird mit dieser zugleich der Vierteljahrschrift „Volkforschung“ beigelegt.

\*

Diesem Heft liegt ein Prospekt des Verlags Ernst Reinhardt, München, bei, auf den wir besonders hinweisen

---

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Hermann Rüdiger, Stuttgart-S., Danziger Freiheit 17. Verantwortlich für die Anzeigen: Otto Röhm, Stuttgart-S., D.A. I. Bf. 89: 4880. Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 10. Herausgeber: Deutsches Ausland-Institut, Stuttgart. Druck und Verlag: W. Kohlhammer, Stuttgart-S., Urbanstraße 12—16. Zuschriften, welche die Schriftleitung betreffen, sind an diese zu richten, alle übrigen an den Verlag.

**Kirche und nationale Frage in Livland  
während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts**

Der Pastor und Generalsuperintendent Ferdinand Walter und seine Zeit  
Von Dr. Heinrich Thimme. - Gr.-8°, IV und 144 Seiten. Kart. 5.80 RM.

„Am Vorabend des Ausbruchs eines neuen Zeitalters steht die Persönlichkeit Ferdinand Walters. Er wollte dem Lande die völkische Einheit schaffen, indem er die Eindeutschung der Letten befürwortete, doch nicht aus politischen Gründen, sondern aus tiefer sittlicher Verantwortung. . . . Ein wertvoller Beitrag für die Erforschung der baltendeutschen Geschichte und ihres Verhältnisses zum Lettentum.“  
(Auslandsdeutsche Volksforschung, Stuttgart)

**Die lettisch-literarische Gesellschaft und das Lettentum**

Von Dr. Jürgen von Hehn. - Gr.-8°, VIII und 160 Seiten. Kart. 6.20 RM.

„Das Buch stellt einen bedeutsamen Abschnitt aus der Kulturarbeit dar, die das baltische Deutschland am lettischen Volkstum geleistet hat.“  
(Ostland, Berlin)

**Volkstum und ständische Ordnung in Livland**

Die Tätigkeit des Generalsuperintendenten Sonntag zur Zeit der ersten Bauernreformen  
Von Dr. Konrad Hoffmann. - Gr.-8°, IV und 156 Seiten. Kart. 5.80 RM.

„Die Geschichte der baltischen Staaten lehrt, daß Ansichten über die Gegenwart ohne Hilfe der Geschichte nie umfassend sein können und andererseits nur lebendige Erfahrung der Gegenwart uns befähigt, Anschauung und Urteil über eine frühere Epoche zu gewinnen. . . .“  
(Hamburger Fremdenblatt, Hamburg)

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

**OST-EUROPA-VERLAG, KÖNIGSBERG (Pr) und BERLIN W 35**

Schriftenreihe  
der Stadt der Auslandsdeutschen

1. Heft:

**Schwebendes Volkstum  
im Gesinnungswandel**

**Eine sozial-psychologische Studie**

Von Dr. Robert Beck

1938. 76 Seiten. Brosch. RM. 3.60

**W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart-S**

# Deutschtum im Völkerraum

Geistesgeschichte der ostdeutschen Volkstumspolitik

Von Professor Dr. Rudolf Graemer

I. Teil

1938. X und 420 Seiten. Brosch., RM. 12.—, Leinen RM. 13.50

Dem Verfasser geht es darum, die natürliche Schicksalsgemeinschaft im deutschen Volkraum des Ostens an der grenzpolitischen Begegnung mit den raumverbundenen Völkern zu zeigen. Die staatliche Politik des alten Preußen und Österreich ist als entscheidender Tatbestand des Volkswerdens betrachtet, aber die eigenständige Volkstumspolitik der siebenbürgischen und baltischen Volksgruppe ist — vielleicht zum ersten Male — gleichberechtigt in die Darstellung einbezogen. Professor Graemer zeigt, wie sehr die Einheit deutschen Werdens über alle äußeren Trennungen hinweg sich durch ein gemeinsames Verhalten der einander fernem Volksteile bezeugt und wie im gleichen Bewußtsein und Verhalten der Deutschen gegenüber dem Ostraum sich das gesamtdeutsche Schicksal entkühlt. Diese „Geistesgeschichte der ostdeutschen Volkstumspolitik“ ist hier nicht „Geistesgeschichte“ im abstrakten Sinn einer Entwicklung begrifflicher Theorien und Lehrmeinungen, sondern Geschichte der lebendigen Gesinnungen und Überzeugungen, die dem tatsächlichen Handeln zugrunde gelegen haben. Daher ist auch der größere Teil des Werkes den Zeugnissen aus dem tatsächlichen, politischen Geschehen und den Äußerungen verantwortlicher Männer gewidmet. Der Verfasser verfolgt den Verdegang der volkstumspolitischen Ueberlieferung des Deutschthums von den Anfängen im alten Reich herauf und zeigt, wie in der ungeheuren Bedrängnis und Zerrissenheit der völkischen Kämpfe seit dem 19. Jahrhundert die innere Artung des deutschen Volkswußtseins sich unter verschiedensten Umständen und Bedingungen geltend macht. Auf diese Weise wird nicht nur wieder einmal die geistige Einheit deutscher Volksgeschichte dargetan, es wird auch — und das ist neu! — gezeigt, wie die Idee des arthaften Volkstums selbst in ihrer verpflichtenden Kraft für die Volksgemeinschaft und ihrer politischen Anwenbung auf die staatliche Ordnung eine eigentümlich deutsche Sache geworden ist, als deren weltgeschichtlicher Anwalt das großdeutsche Volkreich der Gegenwart vor die Nationen der Erde tritt.

W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart-S, Urbanstraße 12—16

## Seht, das ist Deutschland!

Ein buntes Kartenbilderbuch

zusammengestellt u. herausgegeben

von Bernhard Klaffe,

gezeichnet von Günter Liedtke

und Wilhelm Plünnecke.

Format 17,9 x 24,3 cm, 118 Seiten

Kartoniert RM. 3.—

Stets vorrätig bei

Dienst am Buch, Stuttgart Olgastr. 53

Dieses Buch zeigt das deutsche Land und seine Schätze, das deutsche Volk und seine kulturellen Leistungen in neuartigen, malerisch gestalteten bunten Kartenbildern über Deutschlands Städte, Burgen, Flüsse, Seen, Bodenschätze, Landwirtschaft, Wertarbeit, Bauernhäuser, Trachten, Sport, Leib- und Wagengerichte. Die bunten Kartenbilder werden ergänzt durch Duzende von Schwarzweißzeichnungen und viele übersichtliche Zusammenstellungen wissenschaftlicher Angaben wie: 300 Kurzbiographien, 100 Städtebeschreibungen, Kochrezepte, Volkslieder mit Noten, Wirtschaftsangaben, deutsche Vorkosten, Gesandtschaften und Konsulate, Verkehrsbeziehungen und vieles andere mehr. Wenn Sie dieses entzückende Buch, das übrigens als Geschenk für jeden Zweck besonders reizvoll ist, durchblättern, lernen Sie gleichsam spielend eine Menge wichtiger Tatsachen, und werden nie müde, darin zu lesen und die farbenschnönen Karten zu betrachten, die in ihrer Art keine Kunstwerke sind.



## „Du liebe Stadt Stuttgart!

**T**ausendfältig verbunden mit der deutschen Geschichte! Du heißt heute die Stadt der Auslandsdeutschen, Du hast es Dir mit zur Aufgabe gemacht, auslandsdeutsches Schicksal zu bewachen und zu betreuen. Hier in Deinen Mauern läßt Du deutscher Brüder Not sich ausklagen und gibst Allen Rat aus den Erfahrungen der Einzelnen. Du nimmst sie in Deinen Mauern auf, um sie getröstet und stolz deutschbewußt wieder hinausziehen zu lassen.“

**Der Führer der Memeldeutschen,  
SS-Oberführer Dr. Neumann**

in seiner Ansprache zum „Tag des Deutschen Volkstums“ am 24. Juni 1939  
im Ehrenhof des Deutschen Ausland-Instituts

